Heft 9 September 1995 A. – DM

C 12613 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Der grüne Generalissimus: Nie wieder Pazifismus!
- Rechte Genossen: Kriegseintritt der SPD
- EXTRA Vietnam II – die USA auf dem Balkan
- Geistiges: Die Dichter und der Suff
- »Picket Fences«: Tatort Postmoderne

in konkret September 1995

von konkret

an konkret

Die neue Republik von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Augen zu und durch!Der Antifaschismus des dummen Kerls von Jürgen Elsässer

Ihr Engagement auf dem Balkan hat die Deutschen zu einer kriegsbegeisterten Volksgemeinschaft gemacht. Jürgen Elsässer zeigt, wie die kroatische Invasion in der Krajina hierzulande propagandistisch vorbereitet wurde. Klaus Bittermann beschreibt die Umrüstung deutscher Medien zu militärischen Hauptquartieren. Gerhard Stuby kommentiert die Anklage des Den Haager UN-Tribunals gegen die »Serbenführer« Karadzic und Mladic

Augen zu und durch!»Reife Leistung« von Klaus Bittermann

Ihr Engagement auf dem Balkan hat die Deutschen zu einer kriegsbegeisterten Volksgemeinschaft gemacht. Jürgen Elsässer zeigt, wie die kroatische Invasion in der Krajina hierzulande propagandistisch vorbereitet wurde. Klaus Bittermann beschreibt die Umrüstung deutscher Medien zu militärischen Hauptquartieren. Gerhard Stuby kommentiert die Anklage des Den Haager UN-Tribunals gegen die »Serbenführer« Karadzic und Mladic

Augen zu und durch!Wenigstens Gerechtigkeit? von Gerhard Stuby

Ihr Engagement auf dem Balkan hat die Deutschen zu einer kriegsbegeisterten Volksgemeinschaft gemacht. Jürgen Elsässer zeigt, wie die kroatische Invasion in der Krajina hierzulande propagandistisch vorbereitet wurde. Klaus Bittermann beschreibt die Umrüstung deutscher Medien zu militärischen Hauptquartieren. Gerhard Stuby kommentiert die Anklage des Den Haager UN-Tribunals gegen die »Serbenführer« Karadzic und Mladic

»Viel Erfolg« von Andreas Spannbauer

Kleine Chronik der neuesten SPD-Kriegspolitik

Rechte Genossen von Peter Kratz

Sozialpatriotismus und Kriegssozialismus – in der SPD feiert das Gedankengut der Konservativen Revolution eine fröhliche Auferstehung

Enteignet Kirch! von Otto Köhler

Vor zehn Jahren starb Axel C. Springer. Während seine Biographen sich in den Details seines Intimlebens verlieren, unternimmt der Großaktionär Leo Kirch den Versuch, die Macht im Springer-Konzern zu übernehmen

Erste Welt und fünftes Rad von Georg Fülberth

Überlegungen zum gegenwärtigen Zustand der PDS und zu ihrer Stellung in Parteiensystem und Gesellschaft der BRD

Links starten, rechts landen von Werner Pirker

Freiheit und / statt / oder mehr Sozialismus – Über Stalins sozialdemokratische Nachfolger

Euro-Bubble II von Eckhard Voß

Eine neue Polizei für Schengenland – Über die Fortschritte beim Aufbau der europäischen Innen- und Justizpolitik

Polizei ohne Grenzen von Eckhard Voss

Ein Spielverderber von Dietrich Kuhlbrodt
Über Klaus Bittermanns unfaire Polemiken

Vietnam II: Die USA auf dem Balkan von Sean Gervasi
Politische Unterstützung nationalistischer Kräfte, Schaffung eines Vasallenstaates, Aufbau und logistische Unterstützung einer fremden Armee, Beihilfe zur Kriegführung, geheime Waffenlieferungen, heimliche Entsendung eigener Truppen... – Der langjährige UN-Berater Sean Gervasi beschreibt das zunehmende Engagement der USA im Balkankrieg und deckt Parallelen auf, die dieses Engagement dem Krieg vergleichbar machen, den die Vereinigten Staaten vor 30 Jahren gegen Vietnam führten

Kunst & Gewerbe

»Eine poetische Flaschenpost« von Jürgen Roth
Dichter trinkt, Kritiker trinkt nicht – Über den Alkoholismus in der Literaturgeschichte

Nobby im Blaubeerwald von Gerhard Henschel
Im Nachthemd durch Rüsselsheim oder Unterwegs mit Blüms

Verderber der Jugend von Michael Scharang
Am 1. August ist Ernst Jandl 70 Jahre alt geworden. Zeitlich und örtlich weitab von der offiziellen Feier in Salzburg lud er seine Freunde zu einem Fest nach Mürzzuschlag. Es wurde nicht nur gefeiert. Jandl, früher Lehrer, gab jedem ein Aufsatzthema. Mir dieses: Ernst Jandl als Verderber der Jugend

Le Roi S'Amuse von Kay Sokolowsky
Über »Hypno«, die reinste Allegorie, die das Fernsehen bisher aus sich gemacht hat

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Tatort Postmoderne von Michael Nauert
Das Leben in der Kleinstadt der »Picket Fences«: große moralische Probleme auf engstem Raum – Amerika, ein Fernsehmärchen

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/95, S. 4

von konkret

Liebe Leserin, lieber Leser – auch die Minderheit, wie klein sie sei, kann irren; seltener und mit geringerem Schaden zwar als die Mehrheit, aber eben doch. Daß KONKRET nicht sehr viele Leser hat, wäre also allein noch nicht der Beweis für Qualität, den die große Zahl der Leser gegen ein Produkt wie beispielsweise »Focus« ablegt. Andererseits hat sich KONKRET in den letzten Jahren so wenig von der Kritik der Politik und der Gesellschaft entfernt wie diese sich von ihren Prinzipien, die, im Gegenteil, noch deutlicher hervorgetreten sind als das, was sie schon waren: geprägt von der Kapitalherrschaft, imperialistisch, ausbeuterisch, chauvinistisch, rassistisch, gewalttätig.

Kein Leser, der sein Abonnement kündigt, bestreitet dies. Wird ein Grund genannt, so fällt in jüngster Zeit manchmal das Wort *zynischundmenschenverachtend*. Ich muß gestehen, daß ich nicht weiß, was es bedeutet. Es gehört zu jenem Jargon der Befindlichkeit, der die sozialen Verhältnisse, die Einwohner, Bürger, Klassen durch einen biologischen Gattungsbegriff ersetzt, dem er religiöse Weihen gibt : *die Menschen. Die Menschen* – das sind der Steuerzahler und der Verbraucher am Sonntag. Sie zu verachten ist das Mindeste, was die Nächstenliebe gebietet. Im Ernst.

Zynischundmenschenverachtend zu sein, haben wir uns schon lange bemüht. Wer vorgibt, es jetzt erst bemerkt zu haben, macht uns, vielleicht auch sich, was vor. Wann immer in der Geschichte linker Politik und Gesellschaftskritik die Aussichten noch ein wenig düsterer wurden, haben Anhänger einen Grund gesucht, der ihren Abgang plausibel machen sollte: mal war`s der 17. Juni, mal der 13. August, mal Budapest, mal der Prager Frühling. Und keines dieser Ereignisse reichte von Ferne an jene Taten Stalins heran, in deren Kenntnis Havemann oder Maron für die staatliche Sicherheit der DDR tätig wurden und Biermann nach seiner Ausbürgerung sang, er sei vom »Regen« der DDR »in die Jauche« der BRD geraten. Es ist traurig, wenn einem die Kraft fehlt, zu seinen Erkenntnissen zu stehen; es ist eklig, wenn er seine Schwäche als moralischen Mehrwert reklamiert.

Wer nicht mehr kann, gehe in Frieden. Wer bleibt, helfe uns jetzt, KONKRET fürs nächste Jahrtausend zu rüsten – zweitens mit takt- und taktikloser Kritik, erstens, damit sie eine Basis behält, mit wirtschaftlicher Stärkung. Seit fast einem Jahr besteht die Redaktion nur aus zwei Leuten: Wolfgang Schneider und mir. Um KONKRET so gut, so böse zu machen, wie wir es gerne hätten, brauchen wir eine(n) Dritte(n). Sie oder ihn zu bezahlen, müßten wir etwa 2.000 Abonnenten dazugewinnen. Wenn Sie sich versichern wollen, auch in einigen Jahren noch eine Zeitschrift lesen zu können, die mehr bietet als tosende oder nörgelnde Begleitmusik zu Deutschlands Kriegen und Siegen, sollten Sie jetzt das Nötige tun: Buchen Sie ein Abonnement für sich, für eine Freundin, einen Freund, als Geschenk (und wenn Sie können auch zwei oder drei). Wenn Sie ein Geschenkabonnement dazu mißbrauchen, ihrer CDU-wählenden Tante oder ihrem Öko-Onkel einmal im Monat einen Schock zu versetzen, werden wir Ihnen das nicht weiter übelnehmen.

Sollten Sie *eigentlich* wollen, verschieben Sie es nicht auf morgen. Füllen Sie den Coupon jetzt aus, schicken Sie ihn gleich ab. Wir sind gespannt, wieviele von Ihnen noch wieviel von uns erwarten.

Ihr Hermann L. Gremliza

Die nächste Folge der Chronik ausländerfeindlicher Gewalttaten im wiedervereinigten Deutschland (»Jeder ist uns der Nächste«) erscheint in KONKRET 10/95.

Hermann L. Gremliza liest: am 3. September im Rahmen des »UZ«-Pressefestes; Ort: Literaturzelt, Revierpark Wischlingen bei Dortmund; Zeit: 12 Uhr.

Konkret 09/95, S. 6

an konkret

Die Stasi war's nicht

KONKRET 8/95: »Fußnote 63« von Otto Köhler

Mit seiner unter unergründlichem Titel abgedruckten Rezension hat O. Köhler - anders als in vielen anderen Arbeiten - nur partiell ins Schwarze getroffen. Das offiziöse Buch der fünf Professoren über die Deutsche Bank ist trotz apologetischer Tendenz nicht ganz so übel, wie er das darstellt, ja in manchem entlarvend. Andererseits hätten die zugrundeliegenden Akten durchaus für eine weit kritischere Arbeit ausgereicht. Czichons jüngste Schrift zum gleichen Gegenstand hat Köhler leider nicht rezensiert. Hier wäre zumindest die Feststellung notwendig gewesen, daß der Verfasser die zahlreichen, in Der Banker und die Macht von 1970 enthaltenen Fehler korrigiert und seine Kritik auf Grund historischer Fakten vertieft hat.

Zu Beginn seiner Besprechung berichtet Köhler über manches, das Czichon 1970/72 in der DDR widerfahren ist. Er hätte noch dessen Strafversetzung innerhalb der Akademie der Wissenschaften und seinen Ausschluß aus der SED hinzufügen können - auch sie gingen mit auf den Stuttgarter Abs-Prozeß bzw. die Reaktion der eigenen Obrigkeit darauf zurück. Wichtig in unserem Zusammenhang ist indessen, daß Köhler voll auf das Stasi-Syndrom der »Nachwendezeit« hereinfällt und deshalb für die »kafkaeske Geschichte« Anfang der 70er Jahre die Falschen verantwortlich macht.

Tatsächlich agierte die Staatssicherheit nicht als Herrin des Verfahrens. Sie diente vielmehr dem SED-Parteiapparat, und zwar der Westabteilung beim Zentralkomitee, der »Abteilung 70«. Ihr oblag auf östlicher Seite die Prozeßführung. Dabei bedienten sie und Rechtsanwalt Kaul sich je einer juristischen und einer aus Historikern und Wirtschaftswissenschaftlern bestehenden Kommission als Zuarbeiterinnen. Die Stasi hatte lediglich dafür zu sorgen, daß die den beiden Kommissionen zeitweise für ihre Arbeit zur Verfügung gestellten DeutscheBank-Akten beisammen bleiben. Nach dem Prozeß hat sie alle Akten, auch die Handakten des H.J. Abs, präzise dorthin befördert, wo die »Partei der Arbeiterklasse« resp. ihr Apparat sie hinhaben wollten. Das geschah nicht, um Czichon »in seiner Verteidigung zu behindern«, sondern um die Materialien vor westlichen Spähtrupps sicherzustellen. Daß die Deutsche Bank später den ganzen Bestand vereinnahmen könnte, schien damals ein Ding der Unmöglichkeit zu sein.

Nicht die Stasi, sondern ebenfalls Leute der »Abteilung 70« wie Pötschke und Podewien sorgten dafür, daß Publikationen über den Stuttgarter Abs-Prozeß, die der Gegenseite sichtlich unlieb waren, rasch gestoppt wurden. Die Verfechter eines offensiven Kurses gegen die Bank und Abs innerhalb der erwähnten Wissenschaftler-Kommission, nämlich Czichon und ich, wurden abgelöst und von Partei wegen ins Gebet genommen. Für eine offensive Taktik war zunächst auch Friedrich Karl Kaul eingetreten. Er wurde nun zur »Mäßigung« beim Prozeß ermahnt.

Der von Czichon besorgte OMGUS-Report über die Deutsche Bank sollte nie in der DDR erscheinen. Er kam in sehr geringer Auflage beim Institut für Marxistische Studien und Forschungen heraus, wurde dann aber von der »Abteilung 70« gestoppt. Gleichfalls diese Abteilung verhinderte die von Kaul mitgeplante Herausgabe des Reports in einem anderen bundesdeutschen Verlag.

Nicht die Stasi schwärmte damals »zum Nutzen der Deutschen Bank und gegen den marxistischen Historiker« aus. Auch sorgte nicht sie dafür, daß F.K. Kaul die anfangs guten Beziehungen zu seinem Mandanten abbrach und Czichon in keinen seiner Schriftsätze mehr Einsicht nehmen ließ. Die von der genannten ZK-Abteilung bewirkte Verfahrensweise hatte meines Wissens nichts mehr mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker zu tun. Noch vor Beginn des Verfahrens in Stuttgart berichtete uns Rechtsanwalt Kaul im August 1970, daß Vertreter dieser Abteilung auf die von Abs und der Deutschen Bank angestrengte Klage gegen Czichon und den Pahl-Rugenstein Verlag »moderat« statt kampflustig reagierten. Wie stalingeschulte Apparatschiks in aller Regel, stellten sie sich dem leibhaftigen Imperialismus gegenüber sofort auf eine opportunistische, letztlich kapitulantenhafte Taktik ein.

Manfred Behrend

Berlin

Gruß zuvor, Glück und langes Leben. So schwer zugänglich war der OMGUS-Bericht zur Deutschen Bank 1971 nun auch wieder nicht. Ein Exemplar (in deutscher Übersetzung) ist mir, nach vorheriger Bestellung beim IMSF-Ffm, am 24.12.71 durch die Post zugestellt worden.

Hans Walrer Krause

Hamm

Linksdandy-Kitsch

KONKRET 8/9S: »Helmuts Schnelle Eingreiftruppe« von Jürgen Elsässer

Jürgen Elsässer ist eindeutig national fixiert. Er kann keinem Menschen, und gleich gar nicht einer Gruppe von Menschen, begegnen, ohne sie als erstes nach ihrer sog. »Nationalität« zu befragen. Er kann in jeder Protestaktion hierzulande nur einen »Volkssturm« sehen, angeführt von einer quasifaschistischen Ökolinx-Kamarilla im Dienste der Bundesregierung, oder so ähnlich. Da hat es also einen Aufruf zum Boykott von Shell-Tankstellen gegeben, wegen der geplanten Brent-Spar-Sauerei. Man kann das aus vielen Gründen lächerlich, verlogen, peinlich finden, aber diesen Boykott polemisch mit einem »Kauft nicht beim Engländer!« zu paraphrasieren und suggestive historische Vergleiche mit SA-Aktionen à la »Kauft nicht bei Juden!« anzustellen, überspannt die Polemik bei weitem und entwertet sie dadurch. Der Boykott richtete sich, wenn ich recht erinnere, gegen Shell, nicht gegen »England«. Shell ist ein petrochemischer Großkonzern. Ein Großkonzern!, Herr Elsässer! Kann mir Herr Elsässer sagen, was es Linkeres und Revolutionäreres gibt, als einen Großkonzern zu bekämpfen, ihn dahin zu bringen, die autonomen Konzernbeschlüsse zu ändern, und zwar aufgrund von Protesten aus der Bevölkerung? Ja, natürlich ist das alles nicht ausreichend, kurzatmig, ja, stimmt: Da ist bei vielen diese widerliche Saubermann- und Reinheitsgebot-Attitüde im Spiel. Aber es wäre die Aufgabe von Linken, von aufgeklärten Antinationalen, den Leuten zu verklickern, daß sie da etwas Linkes, also etwas Gutes machen, und sei's auch nur ein bißchen links, nur ein bißchen gut. Es mischt sich, traun, viel Schwach- und Schränksinn hinein, wenn das Autobrrmbrrmbürgerlein mal mopsig wird; sie sind doch nun aber mal da, und zwar in Massen, die Vollidioten. Will man ein Linker sein, heißt's mitten rein in den Biedersumpf und Faschobrei, und aufklären!, agitieren!, aufklären!, diskutieren!, aufklären!... Ich sehe anläßlich solcher Protest- und Boykottaktionen immer einen prima Aufhänger für Argumentationsketten, für lehrreiche Diskussionen. Ja, so klein sind die Brötchen, so dick sind die Bretter!

Ist doch klar, offene Türen kann man nicht einrennen schockweis', ohne sich je auch nur mit der Möglichkeit, sich eine blutige Nase zu holen, auseinandersetzen zu müssen: Jeder, der seine sieben Zwetschgen halbwegs beieinander hat, wird in etwa erkannt haben, was auch Sie erkannt haben von wegen der chauvinistischen Risiken und Nebenwirkungen der Proteste gegen Shell oder die französischen Atomtests. Aber mir will fast scheinen, sie suchten bloß ein Thema, bei dessen Behandlung sie Gelegenheit fänden, solchen 3/4-frivolen möchtegern-dandymäßigen Dummquark ans zahlende Publikum zu bringen wie etwa ihren Öröhr (Ei schpiek frensch tuu!!), den sie, von Bildung und Geschmack, wie sie sind, empfinden bei der Vorstellung, in gewissen Gaststätten nicht mehr auswärtige Speisen und Getränke kredenzt zu bekommen. Das ist dann für Sie gleich Volkssturm. Überhaupt Nazitum pur!

Ich glaube, mehr Leute, als Sie ahnen, sind in der Lage, zwischen Präsidial- und Militärpolitik eines Herrschaftsgebietes und den Bewohnern desselben zu unterscheiden. Herr Elsässer, wollen Sie Atombombentests? Ich glaube immer noch: nein. So. Wenn jetzt »Frankreich« wieder mit der Scheiße anfängt, dann kann sich jeder normal entwickelte 8-jährige am Arsch abklavieren, daß dann die übrigen Atombombendrohmächte auch wieder damit anfangen. Sind wir uns einig, daß eine Welt, in der 1224 Atombombenversuche stattgefunden haben (die Zahl ist rein fiktiv!), eine bessere Welt ist, als eine, in der 1225 Atombombenversuche stattgefunden haben? Wie? »Kohl« und »fett«, und »egal« und »sowieso« und »Kacke« höre ich Sie sagen? Natürlich ist ein »deutscher« Champagner- und Rocquefort-Boykott lächerlich, aber die Toleranz, die Leidensbereitschaft französischer Händler für diese Kack-Force de Frappe und für einen großmannssüchtigen Präsidenten (den die Mehrheit der Franzosen nicht gewählt hat!) ist wahrscheinlich geringer als die der Kubaner für die Verteidigung der sozialistischen Revolution! Also werden diese Händler bzw. »die Wirtschaft« im Herrschaftsgebiet Frankreich möglicherweise bald bei Chirac vorstellig und legen eine Kosten-Nutzen-Analyse vor, welcher sich auch ein französischer Staatspräsident schwerlich wird verschließen können und deren Fazit die Empfehlung der Absage jener Bombentests ist. Die aufklärerische, linke Bearbeitung dieses Boykotts wäre Ihre und ist meine Aufgabe, kein pseudokritisches, sommerlöchriges Bramabasieren, kein Gourmet-Linksdandy-Kitsch!

Stephan Kendzia

Bad Gandersheim

Konkret 09/95, S. 9

Hermann L. Gremliza

Die neue Republik

Neben Fischer wirkt Lafontaine wie ein Mahnmal aus alter Zeit.
Heiner Geißler

Jenseits von »Tagesschau« und »Tageszeitung«, draußen in der Welt, wo die Vorstellung, sie fingen an, neben Autos, Chemie und Waffen auch Menschenrechte zu exportieren, im besten Fall Heiterkeit verbreitet, fragt man sich, was die Deutschen in ihrem Krieg auf dem Balkan zu gewinnen gehofft haben mögen. Raum für ihr Volk ohne Raum, Zugriff auf Rohstoffe, Märkte? Kaum. Politische Dominanz, strategisches Vorfeld? Eher. Doch erklärt das den Aufwand? Wäre mit einer Angliederung Jugoslawiens an die Europäische Gemeinschaft der Deutschen das gleiche nicht billiger zu haben gewesen?

Was also war es, das die Deutschen bestimmte, Jugoslawien zu zerschlagen (sogar dem »Spiegel« ist jüngst die Meldung durchgerutscht, daß »Zagrebs Sezession aus dem jugoslawischen Staatsverband dank Bonner Drängelei EG-weit anerkannt wurde. Wie Nationalhelden wurden Kohl und sein damaliger Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Kroatien verehrt«), unerfüllbare Friedensbedingungen zu diktieren (»Grenzveränderungen dürfen nicht anerkannt werden«), Verhandlungen zu sabotieren und als freiwillige Propagandakompanie das Gemetzel anzutreiben?

Der Krieg zur Zerstückelung Jugoslawiens wurde geführt zur Vollendung der inneren Einheit der Deutschen. Das Stahlbad, das sie den andern bereitet haben, war ihr Jungbrunnen. Im vierten Kriegsjahr auf dem Balkan ist Jugoslawien kaum, Deutschland aber gar nicht wiederzuerkennen.

Es gibt keine Parteien mehr, es gibt nur noch Kämpfer für das Menschenrecht. Kinkel und Cohn-Bendit, Rühe und Vollmer, Duve und Lummer, Fischer und Geißler – vor Sarajevo ist zusammengewachsen, was zusammengehört. Sie kennen keine rassistischen Anschläge der Deutschen mehr, sie kennen nur noch ethnische Säuberungen der Serben. Die »großzügige Aufnahme bosnischer und kroatischer Kriegsflüchtlinge« hat die Kritik an der Abschaffung des Asylrechts abgeschafft. Die Gewaltfreien haben sich von der Gewaltfreiheit befreit. Zynisch und menschenverachtend ist es, keine Waffen zu liefern.

Und Krieg ist die Fortsetzung deutscher Menschenrechtspolitik mit anderen Mitteln. Die Vereinten Nationen haben versagt, die Europäische Gemeinschaft hat versagt, die Intellektuellen haben versagt. Nicht versagt hat nur das gesunde Volksempfinden der deutschen Politik. In den Worten des allzeit bereiten Claus Leggewie: »Das Publikum erwies sich, nicht zuletzt in der Bosnien-Frage, als dreimal klüger als die berufenen Wortführer«, die in ihrem »intellektuellen Defätismus« sogar hätten wissen wollen, »ob nicht auch die bosnische Seite Kriegsverbrechen begangen habe und ihr übertriebene Meldungen von Massenvergewaltigungen zur Last zu legen seien«, was »angesichts der wirklichen KZ ein luxuriös wirkendes Räsonnement« sei.

Der Tonfall, der die Frage nach Verbrechen und Lügen von Bundesgenossen als Knochenerweichung denunziert, läßt nicht mehr ahnen, daß dieser Beobachter des Volkes vor dem Krieg als ein linksliberaler galt. Zu schierer Propaganda aber wird seine Rede vor der Tatsache, daß die deutschen Intellektuellen die zitierten Fragen nie gestellt haben. An deutschen Kiosken gab es seit Kriegsbeginn unter zweihundert Zeitschriften eine einzige, kleine, deren Autoren sich des »Räsonnements« schuldig gemacht haben; alle andern Wortführer waren sich mit ihrem klugen Publikum einig, daß die faschistischen Völkermörder, nämlich die Serben, bestraft werden müssen. Luxuriöses Räsonnement kam allenfalls über die Frage auf, wer mit welchen Mitteln die wirklichen KZ befreien soll: die elende Uno mit ihren serbophilen französischen und britischen Pralinésoldaten oder ordentliche deutsche Bomberpiloten. Wer da nur einen Moment gezaudert hat, wird im Leitartikel der »Tageszeitung« von Heiner Geißler als Mahnmal aus jener alten, schlimmen Vorkriegszeit ausgestellt, als die Kinder-»FAZ« noch trotzte, wenn ihr heutiger Kolumnist für Auschwitz den Pazifismus verantwortlich machte.

Ohne einer wissenschaftlichen Untersuchung vorzugreifen, die doch keiner finanzieren wird, läßt sich sagen, daß die freiwillige Gleichschaltung, der sich die deutschen Medien in diesem Krieg unterworfen haben, die antifaschistische Hoffnung nährt, daß sie wirklich keinen Goebbels brauchen. Wer nicht bürgerliche Zeitungen der Schweiz oder Englands las oder CNN und andere Feindsender hörte, mußte überzeugt sein, daß die bosnischen Muslime vier Jahre lang mit nichts als Messer und Gabel in den Händen den serbischen Raketen standgehalten haben. Jede Untat, deren Urheber die Uno nicht nennen konnte, war eine serbische, jeder Täter, den die Uno als Kroaten oder Muslim identifizierte, ein unbekannter. Und weil Amnesty International sich national nicht immer als ganz zuverlässig erwies und auch defätistische Nachrichten verbreitete, ernannten sie die Gesellschaft für bedrohte Völker feierlich zu einer Informationsquelle.

Der Gleichschaltung hielt besseres Wissen nur in wenigen Fällen stand: daß im »Völkergefängnis« des Kroaten Tito sich auch jene ihres Lebens hatten sicher sein können, deren Brüder und Schwestern noch wenige Jahre zuvor zu Hunderttausenden abgeschlachtet worden waren – von kroatischen und muslimischen Faschisten, unter deutschem Patronat; daß die Serben diese Geschichte vierzig Jahre lang vielleicht verdrängt, gewiß nicht vergessen hatten; daß sie deshalb, als sie eines morgens in Staaten aufwachten, die über Nacht unter deutschem Patronat ausgerufen worden waren und in denen als Minderheit zu leben ihr Alptraum war, Sicherheit verlangten: mindestens eine Autonomie oder die von ihnen mehrheitlich bewohnten Gebiete als ihr eigenes Land; daß sie, als ihnen beides abgeschlagen wurde, sich ihren Teil mit Gewalt nahmen, indem sie etwa die Krajina, in deren Städten sie zu Kriegsbeginn 85 bis 100 Prozent der Bevölkerung stellten, von Kroatien abtrennten oder, wie die deutschen Medien sagten: »besetzten«, weshalb die spätere Besetzung der Krajina durch kroatische Truppen und die Flucht aller Serben nicht anders genannt werden konnte als »Befreiung«; daß die Regierungen Kroatiens und der bosnischen Muslime, ermuntert von ihren deutschen Patronen (in beiderlei Sinn des Wortes) auf ihrer Herrschaft über das ganze Staatsgebiet bestanden, was nichts anderes hieß als Krieg; und daß Krieg nicht die Besten nach oben spült sondern die Skrupellosen, die Totschläger, die Mörder, auf allen Seiten.

800.000 Serben lebten in jenem Teil Jugoslawiens, den der bekennende Antisemit Tudjman als kroatischen Staat ausgerufen hat. Heute leben dort noch 200.000 Serben. Die meisten Flüchtlinge dieses Krieges sind Serben. Da sie keine Kroaten oder Muslime sind, darf man sie nicht Opfer ethnischer Säuberungen nennen. Die Krajina-Serben beispielsweise, heißt es in der Tazweltfaz, sind von ihren eigenen Führern zur Flucht gezwungen worden, obwohl sie viel lieber den Einzug jener Menschenfreunde abgewartet hätten, die von einem vorübergehend irritierten Kommentator der »Hamburger Morgenpost« so geschildert wurden: »Wir sahen die Fahrzeuge der flüchtenden, heimatlosen Serben aus der Krajina, blutende Menschen hinter den Windschutzscheiben – und johlende, kreischende Massen am Straßenrand, bedrückend viele Frauen dazwischen, die schwere Steine schleuderten. Da kann einem alles vergehen.«

Ein paar Tage später hatte der Kolumnist sich beruhigt und schrieb wieder in Reih und Glied hinter den beiden fürchterlichsten PK-Berichterstattern dieses Krieges her: dem Reißmüller von der »FAZ« und dem Rathfelder von der »Taz«, der bis zur »Befreiung Bosniens« (von den bosnischen Serben?) jedes Gerücht über serbische Greueltaten, die es so gewiß gibt wie die der andern, die es nicht gibt, mit dem schmatzenden Behagen eines Wochenendsöldners wiederkäut. Jede Gewalttat, jedes Lager, das sie ein KZ nennen können, jede ethnische, also rassistische Säuberung, jedes serbische Verbrechen, das sie nach Hause bringen, entlastet das Schuldkonto der Nation. Irgendwie nehmen die Taten, welche die Väter an den Serben begangen haben, den Charakter einer zwar voreiligen, doch gerechten Strafe an. Anders wäre nicht zu verstehen, daß ein Bürschchen, das vor einem Millionenpublikum mit der Nachricht aufwartete, Serben hätten gefangenen Frauen Tierföten eingepflanzt, und dies beweisen zu können behauptete, dennoch bis heute seine Lügengeschichten durch alle Talkshows tratschen kann, ohne daß einer der übrigen Gäste sich diesen Gesprächspartner verbittet. (Von Tudjmans journalistischem Blitzmädel Dunja Melcic mal gar nicht zu reden.)

Krieg, auch wenn man ihn nur führen läßt, schweißt zusammen wie jede andere kriminelle Tat. Jeder weiß etwas über jeden, kennt seine Lügen und den Preis, für den er sie erzählt hat. Wer einmal Schulter an Schulter in dichtestem Kugelschreiberhagel stand wie Heiner Geißler und Joseph Fischer, den können kleinere Tabus nicht mehr schrecken. Gemeinsam werden sie manches Mahnmal aus alter Zeit schleifen, das als sogenannte soziale Errungenschaft der sogenannten Arbeiterbewegung nur den Verkehr aufhält. Am Ende könnte der Arbeitsdienst für Rentner (»soziales Jahr«) stehen, den Antje Vollmer dem Norbert Blüm bereits vorgeschlagen hat, zu Beginn dürften die deutschen Schreibtisch-Landser ihre Kameradschaft im Sturm auf das Ladenschlußgesetz erproben.

Konkret 09/95, S. 10

Herrschaftszeiten

Leid 1

Jürgen Habermas, der greise Mahner und Quaßler, stöhnt vor dem »Spiegel«, er habe »Bauchschmerzen«, es »zerrt an den Nerven«, ein »Abgrund von Trauer« habe ihn überfallen, es sei »furchtbar« und sein »Herz« sei »schwer«, kurzum: Er ist bloß noch ein Wrack. Warum? Weil der Stellvertreter Adornos im Milieu sich qualvoll dazu durchgerungen hat, Deutschlands dritter Kriegserklärung in diesem Jahrhundert den Segen der Frankfurter Volkshoch-Schule zu geben, der Bedauernswerte.

Leid 2

Wie Habermas (Schäuble, Duve, Fischer, Rühe undsoweiter) quält sich auch der Ralph Giordano:

Mir stockt die Hand, während ich diese mir selbst gegen allen Willen und jede Neigung abverlangten Worte schreibe.

Die Hand stockt 192 gegen jede Neigung abverlangte Zeilen lang, um mitzuteilen, daß Deutschlands »Militäreinsatz in Bosnien unvermeidlich geworden« sei, um dem »Furor serbiens« und »diesen schlimmsten Greueln unserer an Greueln wahrlich nicht armen EpocheEinhalt zu gebieten«. Auf der gleichen Seite (der »Tageszeitung«) neben dem gleichen haargesträubten Autorenporträt hatte Giordano ein paar Tage zuvor apropos Hiroshima geschrieben, es sei

auch in Japan die gleiche ökonomische Elite gewesen, die den Ton angegeben und die Macht in ihren Händen behalten hat. Aus den Rüstungskonzernen erwuchsen die Manager der japanischen Nachkriegsgesellschaft, die Technokraten der Vernichtung schufen die Grundlagen für die weltweite Exportindustrie...

Auch in Japan. Und das von der gleichen ökonomischen Elite beherrschte Deutschland, die nach 1945 die Macht in ihren Händen behalten hat, muß nun mit Bomben und Granaten noch einmal den schlimmsten Greueln unserer an Greueln wahrlich nicht armen Epoche Einhalt gebieten. In solches Gedränge des Intellekts und der Moral gerät, wer der Bourgeoisie in den Hintern tritt, in den er kriecht. (Oder soll Rühe nur dafür sorgen, daß Giordanos härtester Konkurrent um die schönste Frisur ausgeschaltet wird: Karadzic?)

Noltissimo

Eine den Deutschen von ihren Umerziehern aufgezwungene Geschichtsschreibung ging so: Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Jugoslawien hätten die Nazis dort viele eifrige Kollaborateure gefunden, vor allem unter den Kroaten, die vor den Augen der Besatzer 700.000 Serben hätten abschlachten dürfen, aber auch unter den bosnischen Muslimen und den Slowenen; trotz vieler Geiselerschießungen und anderer Kriegsverbrechen sei es den Deutschen und ihren Hilfswilligen nicht gelungen, die jugoslawischen Partisanen auszurotten, die (unter Führung des Kroaten Josip Broz, genannt Tito) am Ende die Nazis vertrieben und die heimischen Kollaborateure bestraft hätten. In der »Frankfurter Allgemeinen«, in der vor Jahren der Nazi-Professor Ernst Nolte die Auschwitz-Lüge richtiggestellt hatte, stellt nun sein Förderer, der Herausgeber Johann Georg Reißmüller, die Jugoslawienlüge richtig:

Als im Herbst 1943 die neue, die deutsche Besatzungsmacht die Herrschaft übernahm, bildete sie aus den Dorfwachen das slowenische Heer der »Domobrancen«. Diese Truppe schützte ziemlich wirksam die Bevölkerung im besetzten Gebiet vor den Partisanen, wobei sie an einigen Orten Terror mit Terror vergalt.

Doch auch mit Verrat, Folter und Mord gelang es ihnen nicht, ihre Gönner zu retten, und so kam, was kommen mußte:

Niemand als die kommunistischen Partisanen hatte nach dem Kriegsende die Macht über Leben und Tod in Slowenien. Sofort brachten sie alles, was sie als feindlich betrachteten, in Lager.

Sogar, man glaubt es kaum, wen?

Ende Mai füllten sie das Lager mit slowenischen Domobrancen. 60 Offiziere erschossen sie gleich hier, weitere Massenerschießungen folgten. Aber die meisten der... Domobrancen schafften sie zum Töten weit fort,

anstatt mit ihnen zu verfahren, wie die Nachkriegsdeutschen (West) in Frankfurt und anderswo im allgemeinen mit den Auftraggebern der Domobrancen verfuhren, nämlich sie zu Richtern, Staatssekretären, Bundeskanzlern zu berufen. Und zu Herausgebern, die wenigstens nachträglich die Wunden der alten Kumpane mit deutschem Heil behandeln wollen:

In der kleinen slowenischen Stadt Sostanj sieht man auf Schritt und Tritt gut erhaltene Gedenktafeln mit rühmenden Inschriften für gefallene kommunistische Partisanen. Der von den Partisanen Ermordeten wird hingegen an abgelegenem

Ort gedacht, auf einem Hügel vor der Stadt, wo selten jemand hinkommt.

Ob Volker Rühes schnelle Eingreiftruppe auch da mal schnell eingreifen wird?

Pimpfschein

Das Rätsel, warum die einst mit australischen Ureinwohnern auf linkem Ticket reisende »Gesellschaft für bedrohte Völker« sich als rabiate völkische Propagandaeinheit entpuppte, wird von ihren neuen Freunden im Nazi-Blatt »Junge Freiheit« beschrieben:

Gründervater der GfbV ist Tilman Zülch. Schon früh wurde er für das Thema Minderheitenverfolgung sensibilisiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat er als Kind das Flüchtlingselend aus Ostpreußen, Schlesien und dem Sudetenland hautnah miterlebt. Nicht zuletzt war es sein Wirken in der »Bündischen Jugend« der Nachkriegszeit...

Das erklärt's.

Zivilisation

Nachdem Erich Mielke seine Strafe dafür, daß er zwei deutsche Polizisten daran gehindert haben soll, 1933 in die SA zu gehen und später bei der Einsammlung von Juden und Roma mitzuwirken, abgesessen hatte, wurde dem Freigelassenen Polizeischutz vor eventuellen deutschen Freiheitshelden gewährt. Aus ungeklärten Gründen scheint die dekadente Berliner Senatsverwaltung Lynchjustiz sogar in diesem Fall abzulehnen. Gottseidank sind nicht alle von der Blässe solcher Humanitätsduselei angekränkelt. Gegen Mielkes Schutz protestierten: der Bund der Steuerzahler (»Verschwendung von Steuergeldern«) und die Berliner SPD (»überflüssig«).

Ernte 95

Nach einem langen Winter und herben Verlusten bei den rund 17.000 Bienenvölkern Mecklenburg-Vorpommerns rechnen die Imker in dieser Saison doch noch mit blühenden Geschäften. Die Wärme der vergangenen Wochen habe die Blüten in Wald und Flur reichlich gefüllt, so daß jedes der Bienenvölker mit rund 25 Kilogramm etwa ein Viertel mehr sammeln wird als im Durchschnitt der letzten Jahre, meldet die frühere DDR-Agentur ADN, und daß sich der oberste Imkerfunktionär Mecklenburg-Vorpommerns darüber freut. Er ist neu im Kapitalismus, er weiß noch nicht, daß Rekordernte ein Synonym für Katastrophe ist.

Propaganda

Heute, so meint die Publizistin Sibylle Tönnies, gehört die Linke zu den gefährlichsten Kriegstreibern.

Mit diesem großgedruckten Satz kündigt die »Tageszeitung« auf ihrer Titelseite einen Beitrag an, in dem dann das genaue Gegenteil des Angekündigten steht:

Tatsächlich stellen die ehemaligen Linken das gefährlichste kriegstreibende Potential dar.

Nicht an der Linken hat Frau Tönnies Kriegstreiberei festgestellt, sondern an den *ehemaligen* Linken: an Cohn-Bendit, Fischer, Duve und der »Tageszeitung«.

Monika Maron singt

Text: Erich Mielke

Musik: Justus Frantz

Mitsou

Es war am Fudschijama,

im Kirschenparadies,

er war aus Yokohama

und fand sie einfach süß!

Mitsou, Mitsou, Mitsou!

Mein ganzes Glück bist du!

Den Kimono trägt keine

so schick wie du alleine.
Mitsou, Mitsou, Mitsou!
Was sagst denn du dazu?
Ich weiß was für uns beide,
das wär so schön,
Mitsou.

Heute abend ist Laternenfest,
wo sich manches gut beraten läßt.
Wenn der Mond scheint in der Lotoszeit,
ist die Liebe nicht mehr weit!

Mitsou, Mitsou, Mitsou!
Mein ganzes Glück bist du!
Laternen in den Bäumen,
die laden ein zum Träumen,
Mitsou, Mitsou, Mitsou!
Was sagst denn du dazu?
Wir wollen nichts versäumen
vom großen Glück,
Mitsou.

Heute abend ist Laternenfest---

Mitsou, Mitsou, Mitsou!
Mein ganzes Glück bist du!
Lampions auf allen Wegen
und hoffentlich kein Regen.
Mitsou, Mitsou, Mitsou!
Komm doch zum Rendez-vous.
Und hast du nichts dagegen,
dann küß ich dich,
Mitsou.

Heute abend ist Laternenfest---

Es war am Fudschijama
zur Kirschenblütenzeit,
da nähte sie aus Seide
ein weißes Hochzeitskleid!

Text: Georg Buschor; Musik: Christian Bruhnc 1961 by Hansa Musik,Edition Intro Gebr. Meisel, Berlin
(Näheres siehe unter »Kunst & Gewerbe«, S. 46)

Konkret 09/95, S. 12

Jürgen Elsässer

Augen zu und durch!
Der Antifaschismus des dummen Kerls

Ihr Engagement auf dem Balkan hat die Deutschen zu einer kriegsbegeisterten Volksgemeinschaft gemacht. Jürgen Elsässer zeigt, wie die kroatische Invasion in der Krajina hierzulande propagandistisch vorbereitet wurde. Klaus Bittermann beschreibt die Umrüstung deutscher Medien zu militärischen Hauptquartieren. Gerhard Stuby kommentiert die Anklage des Den Haager UN-Tribunals gegen die »Serbenführer« Karadzic und Mladic

Die Torpedierung der Lusitania, der Überfall auf den Sender Gleiwitz, der Tonking-Zwischenfall: Jeder Krieg braucht einen Vorwand. Im Falle des kroatischen Blitzkrieges gegen die serbische Krajina und der Ankunft der ersten Bundeswehrverbände in Frontnähe waren es die Ereignisse in und um Srebrenica, die dafür herhalten mußten. Ihre mediale Aufbereitung frischte die Propagandalüge von den »serbischen Todeslagern« auf und evozierte termingerecht bei Joschka Fischer, Jürgen Habermas und Ralph Giordano den Antifaschismus des dummen Kerls: Ihre Forderung nach einer Militärintervention gegen die »serbischen Faschisten« begründeten die drei Genannten mit deren angeblichen Greueln bei der Eroberung von Srebrenica. Kein Wort hingegen verloren sie zur »Aktion Gewittersturm«, mit der Kroatien, während sie an ihren (Kriegs-)Erklärungen bastelten, die Krajina »auslöschte« (so die sensible Sprachregelung der Zagreber Regierung).

Dafür kommentierten andere umso beredter. Als drei Wochen zuvor etwa 40.000 Menschen aus Srebrenica auf der Flucht waren, sprach Bundestagspräsidentin Süßmuth von »gezieltem Völkermord«. Jetzt, da in der Krajina »nahezu die Gesamtbevölkerung des eroberten Gebiets« (AP) vor den Aggressoren floh, war natürlich alles anders. Schwarz-Schilling erkannte den Exodus als »von der serbischen Führung veranstaltet«, und Tilman Zülch forderte die kroatische Regierung gar auf, die gefangenen Krajina-Serben – einige hundert? einige tausend? – auf keinen Fall freizulassen. Des grünen Frontmanns Fischer Frontfrau Sager gab am 7. August die Parole aus, die das Bonner Kabinett am nächsten Tage übernehmen sollte: »Die derzeitige Lage kann Ausgangspunkt sein für eine weitgehend stabilisierte Lage, in der die Menschen in den nächsten Jahren an einem friedlichen Miteinander bauen können.«

Ähnlich frivol wurden die Angriffe gegen die UN beurteilt. Als die Serben bei Srebrenica etwa 40 niederländische Blauhelme vier Tage festsetzten, sprach man von einer »Demütigung«. Als die Kroaten aber während ihrer Krajina-Offensive drei Blauhelme gezielt liquidierten, sieben als »lebende Schutzschilde« vor ihren Panzern herlaufen ließen und mindestens 650 gefangen hielten, brachte das Hans Koschnick, den sozialdemokratischen EU-Administrator von Mostar, nicht aus der Ruhe: »Was in der Krajina geschehen ist, ist sozusagen der Versuch, eine Rechtsordnung wieder herzustellen.« Und während die »Taz« dem obersten Befehlshaber der Krajina-Eroberer, dem kroatischen Staatspräsidenten Franjo Tudjman, nach seinem Blitzsieg attestierte, sein Vorgehen sei »völkerrechtlich legitimiert« und »politisch nicht unverständlich«, veröffentlichte dieselbe Zeitung vom obersten Befehlshaber der Srebrenica-Eroberer, Karadzic, auf der Titelseite ein Fahndungsphoto.

Die reißerische Aufmachung stellte die übrige Boulevardpresse weit in den Schatten, konnte sich aber auf die Anklage des UN-Menschenrechtstribunals in Den Haag berufen. Dort waren am 24. Juli Karadzic, Mladic und andere Serben wegen »Völkermord« und »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« angeklagt worden. Ein Beitrag zur Kriegsvorbereitung: Als in den Tagen vor der Krajina-Offensive der letzte Versuch einer Verhandlungslösung unternommen wurde, verwies Präsident Tudjman auf die Den Haager Verfahren. Mit Leuten wie Martic, dem Präsidenten der Krajina-Republik, die von der UN als Kriegsverbrecher gesucht würden, dürfe man sich nicht an einen Tisch setzen.

Was aber ist in Srebrenica wirklich geschehen? Der Sozialdemokrat Freimut Duve prägte in der »Zeit« das griffige Bild von der »Rampe in Srebrenica«. Ob da Auschwitz-gleich selektiert wurde, die Jungen und Kräftigen nach links zur Vernichtung durch Arbeit, die Alten und Kranken nach rechts ins Gas? Glaubt man Duve, war es noch schlimmer: »Wo Mladics Soldaten hinkommen, lebt kein muslimischer Bosnier mehr.« Tadeusz Mazowiecki, damals noch UN-Menschenrechtsbeauftragter, scheute zwar die historische Parallele, urteilte aber ähnlich scharf: »Zeugenaussagen, unter anderem von niederländischen Blauhelmsoldaten, ließen wenig Raum für Zweifel, daß Greueltaten in einem enormen Ausmaß vorgekommen seien«, zitierte ihn die »Neue Zürcher Zeitung«.

Welch ein Pech, daß ausgerechnet die derart in den Zeugenstand Gerufenen widersprachen. In Srebrenica befanden sich nämlich 410 niederländische UN-Soldaten, die sowohl die Einnahme der Stadt als auch den anschließenden Abtransport der Moslems beobachten konnten. Da etwa 40 von ihnen sich einige Tage lang in serbischer Haft befanden, hätten sie auch subjektiv einigen Grund gehabt, mit Kritik gegenüber Mladics Soldaten nicht hinterm Berg zu halten. So wunderte sich auch niemand, als einer von ihnen schon nach wenigen Tagen im »Algemeen Dagblad« mit Äußerungen über »abscheuliche« Verbrechen gegenüber Frauen und Kindern zitiert wurde: »Einige wurden durch Kugeln verletzt, einigen

schnitten sie die Ohren ab, andere vergewaltigten sie.« Die Aussage hatte nur einen kleinen Schönheitsfehler: Sie wurde anonym gemacht, und auch im weiteren Verlauf der Ereignisse outete sich der vermeintliche Zeuge nicht.

Als die Srebrenica-Blauhelme jedoch etwa eine Woche später via Zagreb nach Holland zurückkehrten und – diesmal kenntlich – den Reportern Rede und Antwort standen, bekam man das glatte Gegenteil zu hören. Die deutsche Presse war geschockt: »Lob für Mladic, der sie demütigte«, titelte die »Welt«, derart die Zeugen in die Nähe masochistischer Zwangscharaktere rückend. Wollte man genauer wissen, was die Rückkehrer ausgesagt hatten, mußte man sich um eine holländische Zeitung bemühen. So informierte das »NRC-Handelsblad«, politisch vergleichbar mit dem gleichnamigen deutschen Blatt, am 24. Juli unter der Schlagzeile »Serben sind für die holländischen Blauhelme jetzt die good guys« gleich über eine ganze Seite. »Im Bataillon herrscht die euphorische Auffassung vor, daß die Serben die Guten sind. Dieses Gefühl ist durch die Bank vorhanden«, wird Generalleutnant Couzy zitiert. Ein Soldat äußerte: »Ich war drei Tage lang unter den Flüchtlingen, und die Serben haben sie gut behandelt.« Nach Auswertung der Aussagen der über 400 Blauhelme konnten schließlich neun Erschießungen bestätigt werden, und in einem Fall wurden Mißhandlungen beobachtet. »Im Bericht des Bataillons kam gestern das Wort Völkermord nicht vor«, faßte das »NRC-Handelsblad« zusammen.

Während diese Berichte in den deutschen Medien entweder völlig ignoriert oder höhnisch kommentiert wurden, traten Meldungen über Verschwundene in den Vordergrund: Zwischen 1.500 und 10.000 moslemische Männer sollen demnach von den Serben verschleppt und dann liquidiert worden sein. Diese Zahl errechnet sich aus einer simplen Subtraktion der Zahl der in Tuzla und anderswo angekommenen Flüchtlinge von der Bevölkerungszahl in Srebrenica. Unberücksichtigt bleibt dabei, daß bei dem Chaos in der überfüllten Stadt die genaue Zahl der Einwohner nie festgestellt werden konnte und die hohen moslemischen Angaben von vornherein von den Serben bestritten wurden. Auch wird ignoriert, daß mehr als tausend Moslems nach Jugoslawien geflüchtet sein sollen, zu ihren angeblichen Todfeinden.

Ein besonders gutes Beispiel für Meutenjournalismus ist das jüngste Oeuvre des US-Reporters Roy Gutman, der darin als erster nachzuweisen versucht, daß General Mladic »in Srebrenica zu Vergewaltigung und Mord aufgerufen haben und bei Massakern persönlich anwesend gewesen sein« soll. Der Artikel aus der relativ unbedeutenden amerikanischen Zeitung »Newsday«, am 11. August in der »Taz« nachgedruckt, war präzise terminiert: Seit Tagen rissen die Berichte über »Kriegsgreuel« (BBC) der »kroatischen Soldateska« (ORF) in der Krajina nicht ab, eine publizistische Gegenoffensive war dringend vonnöten. Und Gutman ist berühmt: Sein Artikel über serbische »death-camps« ging im August 1992 um die Welt, und später bekam er dafür den Pulitzer-Preis. Schon damals waren allerdings Zweifel an den von ihm als Zeugen angeführten Häftlingen aufgetaucht. Es waren im wesentlichen zwei gewesen, und einer davon gab an, wegen seines hohen Alters aus dem Lager Omarska entlassen worden zu sein – eine Premiere in der Geschichte der Todeslager.

Ähnliche Seltsamkeiten finden sich auch im neuen Aufsatz von Gutman. Er beruht auf Aussagen, die Flüchtlinge gegenüber »Newsday«, nicht näher konkretisierten »Menschenrechtsermittlern« und dem stellvertretenden Staatssekretär für Menschenrechte im US-amerikanischen Außenministerium, John Shattuck, gemacht haben sollen. Offen bleibt, ob und wo diese Aussagen direkt protokolliert oder aber über dritte weitergegeben wurden.

Eine Zeugin berichtet, aus der UN-Basis Potocari, wohin sich Tausende aus Srebrenica geflüchtet hatten, seien immer wieder Frauen, Mädchen und junge Männer in die umliegenden Wälder verschleppt worden und nicht mehr zurückgekehrt. Irritierend ist, daß die in Potocari stationierten niederländischen Blauhelme nichts dergleichen zu berichten wußten. Noch mehr irritiert, daß in Gutmans Text die Anwesenheit der niederländischen Soldaten nichtmal erwähnt wird – anderenfalls hätte sich der Leser an deren anderslautende Aussagen erinnert – , sondern daß Gutman sich statt dessen auf nicht namentlich genannte dänische Blauhelme bezieht.

Eine weitere Zeugin berichtet, Mladic habe am 13. Juli einen Lastwagenkonvoi inspiziert, und »in der Zwischenzeit nahmen seine Begleiter Menschen aus den Wagen und schnitten ihnen die Kehle durch«. Nach dieser Aussage sollen die Morde »vor ihrer Abfahrt von Potocari nach Tuzla am 13. Juli« geschehen sein. Nun gibt es zwar begründete Zweifel daran, ob die UN-Soldaten die gesamte Wegstrecke der Flüchtlingstransporte nach Tuzla korrekt hatten überwachen können. Hans Berkers, ein holländischer Blauhelm, äußerte immerhin gegenüber der »Jungen Welt«, daß es allerdings »höchstens zwei Konvois« gegeben habe, die nicht von der UN kontrolliert wurden. Das seien – so Berkers – »die beiden letzten Konvois« gewesen – ; die aber können kaum bereits am 13. Juli, nur einen Tag nach der Ankunft der Serben in Potocari, abgefahren sein. Viel seltsamer jedoch ist die Behauptung, die spektakulären Morde seien »vor der Abfahrt« verübt worden, also noch in Potocari, auf dem Gelände oder in der Nähe der UN-Basis. Und das sollen mehrere hundert Blauhelme nicht mitbekommen haben?

Sogar Gutman scheint an einer Stelle die Serben zu entlasten. Mitarbeiter des Roten Kreuzes haben nach seiner Recherche »beinahe alle Stellen inspiziert«, wo laut Zeugenaussagen Moslems festgehalten würden, aber »keine Gefangenen gefunden«. Also Entwarnung? Keineswegs. Wenn keine Gefangenen da sind, kann das nämlich nur heißen, daß sie erschossen und verscharrt wurden. Prompt tauchten am 10. August US-Satellitenaufnahmen auf, die Beweise für Massengräber liefern sollen. Zwei Tage später startete die nächste Großoffensive der moslemisch-kroatischen Föderation in

Mittel- und Südbosnien. »Jetzt beginnt der richtige Krieg«, freute sich der moslemische General Dudakovic in der »Welt«.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 8/95 über die neue Boykott-Bewegung in Deutschland

Konkret 09/95, S. 14

Klaus Bittermann

Augen zu und durch! »Reife Leistung«

Ihr Engagement auf dem Balkan hat die Deutschen zu einer kriegsbegeisterten Volksgemeinschaft gemacht. Jürgen Elsässer zeigt, wie die kroatische Invasion in der Krajina hierzulande propagandistisch vorbereitet wurde. Klaus Bittermann beschreibt die Umrüstung deutscher Medien zu militärischen Hauptquartieren. Gerhard Stuby kommentiert die Anklage des Den Haager UN-Tribunals gegen die »Serbenführer« Karadzic und Mladic

»Es ist eben die Zeit der Populisten und journalistischen Schreibtischtäter, die auch vier Jahre nach Ausbruch des jugoslawischen Bürgerkriegs noch immer nicht wahrhaben wollen, daß sie, vor allem in Deutschland und Österreich, durch ihre Anerkennungspolitik einen Konflikt eskaliert haben«, schrieb der Herausgeber des Wiener »Profil« (23/95), Hubertus Czernin, in einem Kommentar, und man ist dankbar, daß es wenigstens in Österreich noch eine vernünftige Stimme gibt, denn seit der Geiselnahme einiger UN-Soldaten und dem Fall der Schutzzonen Srebrenica und Zepa sind die Redaktionen der deutschen Medien wieder zu militärischen Hauptquartieren und Befehlszentralen umgerüstet worden.* Täglich werden journalistische Kampfeinsätze geflogen, wie schon einmal im Herbst 1992, als Maria von Welser und Alexandra Stiglmayer die Massenvergewaltigungen der Serben an bosnischen Frauen aufdeckten. Zwar konnten diese Massenvergewaltigungen nie verifiziert werden, aber als Mittel, bisher Unentschlossene von der Notwendigkeit militärischen Eingreifens zu überzeugen, waren sie von unschätzbarem Wert. Zur Zeit ist Alexandra Stiglmayer wieder für die »Woche« (31/95) im Einsatz und auf der »Flucht aus dem Leichenfeld«. Und der »Spiegel« (31/95) breitet über drei Seiten Details über den Massenmord an den Srebrenica-Flüchtlingen aus, die, dem journalistischen Sorgfaltscredo »Treu und Glauben« entsprechend, ein Kronzeuge, »wann immer es nötig ist«, beeiden wird.

Zwar gab es in der bürgerlichen Presse der vergangenen Jahre immer wieder differenzierte Kommentare und Reportagen, die die einseitige Berichterstattung über Jugoslawien zurechtrückten, aber heute funktioniert der damals in Gang gesetzte Prozeß der Mediengleichschaltung reibungslos und ausgezeichnet. Die »Woche« (30/95) titelte »Augen zu oder eingreifen?«, meinte aber in Übereinstimmung mit fast allen der befragten Prominenten: »Augen zu und durch!«Je eindringlicher die Befragten dabei ihr eigenes Entsetzen angesichts der Bilder aus Srebrenica und Zepa schilderten, desto kompromißloser traten sie für den Kriegein: »Es gibt jetzt wirklich nur eines: Mit harter Hand eingreifen«, gab Maria von Wel-ser letzte Instruktionen wie aus dem Führerbunker, wo sie sich mit den Wehrmachtsoffizieren bestimmt gut verstanden hätte. Aber während von Frau v. Welser nichts anderes zu erwarten war, bekannte nun auch Günter Grass, der sich bisher zurückgehalten hatte: »Heute bleibt nur der Eintritt in den Krieg mit ungewissem Ausgang.« Und selbstHorst Stern wußte jetzt: »Nach Srebrenica hilft gegen Gewalt nur noch Gewalt. Und sei es nur gegen die Köpfe der serbischen Hydra.«

Die »Zeit« (30/95) übergab freiwillig und ohne Gegenwehr den Aufmacher an Freimut Duve, der sich im ständigen Notbereitschaftsdienst für »Anklage und Entrüstung e.V.« befindet und keinen Aufschrei der Empörung für gelungen hält, wenn er nicht mindestens mit einem Zaunpfahl auf das Opferschicksal der Juden hinweist: »An der Rampe von Srebrenica« war der wie eine Anzeige eingerahmte Artikel auf Seite 1 betitelt, wie um deutlich zu machen, daß in Krisenzeiten kritische Berichterstattung zugunsten von Regierungsmitteilungen zurückzustehen habe. Wie es an der »Rampe von Srebrenica« aussah, beschrieb Duve so: »die totale Vertreibung, die völlige Entleerungdes Ortes«. Reagieren nicht auch vernünfti-ge Leute schon so, wenn Duve sich ankündigt?

Das Versprechen, das in Duves Anspielung auf die Rampe von Auschwitz steckt, die bekanntlich als Synonym für Selektion und Vergasung steht, können seine Behauptungen nicht halten. Jeder, der nur ein bißchen Ahnung von diesem Konflikt hat, weiß, daß es sich um einen konventionell geführten Krieg um Territorium handelt, unter dem wie bei jedem anderen Krieg die Zivilbevölkerung am meisten zu leiden hat. Natürlich bedeutet Krieg Vertreibung, Vergewaltigung, Mord und Totschlag, weil darin sein Wesen besteht. Wenn Duve der weitverbreiteten Meinung anhängt, es würde gerade der Krieg in Bosnien die von den Nazis gesetzten Maßstäbe erreichen und sogar übertreffen, dann tut er den Nazis Unrecht, die schließlich die halbe Welt in Schutt und Asche legten, was man von den Serben nicht behaupten kann.

Alle schöpfen sie die guten Gründe für einen Militäreinsatz aus der Grausamkeit der Serben, die der »triple oppression« Völkermord, Massenvergewaltigung und ethnischer Säuberung an den bosnischen Muslimen angeklagt werden. Dabei wird man nach längerer Beobachtung des Konflikts den Eindruck nicht los, als ob gerade die Führung der bosnischen Serben keine Gelegenheit ausgelassen hat zu beweisen, daß sie dazu gar nicht in der Lage ist. Karadzic und Mladic mußten sich von Tudjman zeigen lassen, wie man innerhalb weniger Tage den bisher größten Flüchtlingsstrom im ehemaligen Jugoslawien auslöst und Uno-Soldaten erschießt bzw. als lebende Schutzschilde verwendet, ohne daß sich die Weltöffentlichkeit sonderlich darüber aufregt. Vielleicht deshalb, weil die beiden in Den Haag angeklagten Kriegsverbrecher internationalen Standards nicht standhielten und sich angesichts des sehr viel erfolgreicheren Tudjmans wie in einer Provinzposse in die Haare gerieten, hat Thomas Schmid in der »Wochenpost« (30/95) ein Verbrechen

aufgespürt, welches sozusagen ans Eingemachte geht und eine Intervention aus Notwehr erzwingt: Es »bleibt uns keine Wahl«, schrieb Schmid, »als in der serbischen Barbarei einen Vernichtungsfeldzug gegen Europa zu sehen.«

Ende Juli waren die hiesigen Medien sich also einig, daß man um ein Eingreifen nicht mehr herumkomme, daß schnell gehandelt und hart durchgegriffen werden müsse. In dieser durchgedrehten Situation, wo großformatige Elendsbilder als stumme Anklage abgedruckt werden, jeder »Völkermord« ruft (allein die »Taz« brachte es fertig, zwischen dem 2.1.92 und dem 30.6.94 in 127 Artikeln über Bosnien ihren Lesern »Völkermord« aufs Butterbrot zu schmieren) und Andrea Seibel sich ernsthaft über den »Unterschied zwischen Karadzic und Hitler« (»Wochenpost« 30/95) Gedanken machte, erschien ausgerechnet in der »Taz« vom 25.7.95 ein Plädoyer gegen den Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan vom »Geo«-Redakteur Wolfgang Michal, der die Interventionshysterie kritisierte und, statt Schreckensszenarien zu entwerfen, nach deutschen Interessensphären fragte.

Dagegen fuhr Christian Semler am folgenden Tag die schweren Geschütze »Flüchtlingskolonnen« und »massenhaft herumliegende Tote« auf und benutzte sie als moralischen Nachweis dafür, daß er auf der richtigen Seite stehe, auf der Seite der »Imperialistenknechte«, wie er sich selbst ironisch bezeichnete, ohne daß er wahrscheinlich selber genau sagen könnte, worin die Ironie da eigentlich besteht. Wieder einen Tag später antwortete das Duett Kriener & Saller vom Ressort Innenpolitik auf das Kuckucksei von Michal und bestätigte aufs schönste dessen Hysterie-Diagnose, als sie ihm »selbstverordnete Gehirnwäsche« attestierten. Ein interessanter Vorgang, der leider nicht näher ausgeführt wurde, bei dem einem jedoch die »Tagesspiegel«-Werbung einfällt, wo einer seine Schädeldecke aufklappt und sich fröhlich glucksend ein Pfund bedrucktes Papier einverleibt. Hysterisch, aber im Trend und deshalb pathologisch nicht auffällig, ist auch die Alternative, die Kriener & Saller zu bieten haben: »Bewaffnung der muslimischen Bosnier oder ein militärisches Eingreifen mit UN-Mandat. Beides trägt das Risiko einer kaum kalkulierbaren militärischen Eskalation.«

Diese Leute sind sich über die Konsequenzen ihrer Forderungen also durchaus im klaren. Hätten sie die politische Macht, ihre Vorstellungen durchzusetzen, sie wären allemal bereit, Gutes zu tun und einen kleinen Völkermord anzurichten. Denn »militärische Eskalation« bedeutet, daß man alles, was bisher passierte, getrost vergessen kann, weil mit der Aufhebung des Waffenembargos auch endlich das technische Gerät zur Verfügung stehen wird, mit dem das Zutodebringen von Zivilisten erst effektiv wird. Dann wird auch zutreffen, wovon die vielen kleinen Militärstrategen in den Zeitungsredaktionen bisher nur geredet haben. Zusammen mit Kriener & Saller sind sie bereit, unkalkulierbare Risiken einzugehen, um »den Völkermord in Bosnien zu stoppen«, der einzig deshalb einer ist, weil alle davon reden. Denn vier Jahre dauert nun der Krieg in Ex-Jugoslawien, und daß die Serben es nicht schafften, das ihnen unterstellte Kriegsziel (Ausrottung der bosnischen Muslime) zu erreichen, weist darauf hin, daß es mit ihrer Übermacht und der ihnen angedichteten faschistischen Energie nicht weit her sein kann. Tatsächlich erlahmte infolge des ständigen Geredes von Völkermord und Holocaust zwischenzeitlich das Interesse der Deutschen, weil keine der großen Versprechungen eingehalten und die geweckten Erwartungen enttäuscht wurden. Durchaus möglich, daß sich das jetzt ändert. Die Hoffnung auf den großen Krieg nimmt nun, da die Deutschen militärisch mitmischen und die Kroaten auf dem Vormarsch sind, wieder zu.

In einem Brief an seine Parteifreundinnen und -freunde hat nun auch der Bündnisgrüne Joschka Fischer die Kurve gekratzt und rechtzeitig vor dem Einmarsch der Tudjman-Truppen in die Krajina in Form einer rhetorischen Frage ein Bekenntnis zum militärischen Eingreifen abgelegt: »Läuft die deutsche Linke jetzt nicht massiv Gefahr, ihre moralische Seele zu verlieren, wenn sie sich, egal mit welchen argumentativen Ausflüchten, vor diesem neuen Faschismus und seiner Politik der Gewalt wegduckt?« Und: »Können Pazifisten, kann gerade eine Position der Gewaltfreiheit den Sieg der brutalen, nackten Gewalt in Bosnien einfach hinnehmen?« Weil Fischer auf einer Nichtbeteiligung deutscher Soldaten besteht, fragt man sich, warum er zwölf Seiten Briefpapier braucht, um mitzuteilen, daß die Schutzzonen bis zum letzten Franzosen oder Engländer verteidigt werden müssen. Und warum ist Fischer erst jetzt in Bosnien auf den Trichter gekommen und nicht schon in Ruanda oder Grosny, wo Flüchtlingselend und Vertreibung ganz andere Ausmaße angenommen hatten?

Natürlich geht es Fischer um eine Formierung seiner Partei, die sie für die Sozialdemokraten koalitionsakzeptabel macht. Es geht aber auch darum, nach Srebrenica und Zepa auf keinen Fall mit den Serben in Verbindung gebracht zu werden, was leicht der Fall ist, wenn man im Mainstream nicht mitschwimmt. Um so perfekter ist Fischers Timing, als es nun mit Tudjman einen Sieger gibt, der den Serben endlich gezeigt hat, was alle guten Menschen vergeblich von der Uno forderten. Aus diesem Grund gab es auch von den Grünen zwar lautstarke, aber nur vereinzelte Kritik an Fischers Vorstoß, und bis auf den CSU-Politiker Peter Gauweiler in »Bild« (4.8.), den »Taz«-Chefredakteur Arno Luik, den italienischen Gastkommentator Franco Zotta in der »Zeit« (33/95) und Jürgen Busche in der »Süddeutschen« (3.8.95) – »Wenn sich ein Politiker von den Grünen nur ordentlich die Schnürsenkel zubindet, gilt das schon als reife Leistung« – waren die Medienschaffenden schwer beeindruckt und konnten ihre Begeisterung kaum zurückhalten – wie Ulrich Wickert, der über den Sieg der »Tugend der Verantwortung« über den Gesinnungspazifismus schwadronierte.

Daß sich immer mehr Ex-Linke und Intellektuelle für eine Militärintervention engagieren, hat mit Srebrenica und Zepa nur insofern zu tun, als man es noch für nötig hält, den militärischen Einsatz als einen Akt der Humanität auszugeben. Es ist aber kein Zufall, daß die Allianz der Intellektuellen für die »friedenerhaltenden Maßnahmen« einer Intervention genau zu dem Zeitpunkt anwuchs, als Tudjman die Krajina-Serben vertrieb, so daß sogar konservative Kritiker/innen wie Sibylle Tönnies mißtrauisch werden, die in den »ehemaligen Linken das gefährlichste kriegstreibende Potential« (»Taz«, 8.8.95) ausgemacht hat. Weil sich nämlich, wie auch dem »Spiegel« (32/95) langsam dämmert, »die klassischen Konfliktpositionen – Kroaten und Bosnier als Opfer auf der einen, Serben als Täter auf der anderen Seite – in einen Wirrwarr lokaler Kriegsinteressen mit oftmals wechselnden Koalitionen auflösen, der selbst für Experten immer schwieriger zu durchschauen ist«, ist man den Kroaten dankbar, daß sie mit ihrem »Blitzkrieg« klare Verhältnisse geschaffen haben. Diese Dankbarkeit zeigt sich in publizistischem Wohlwollen.

Entnervt vom Rufen nach einer »internationalen Polizei« (Habermas), nach dem »Schutz für Schutzzonen« (Fischer) oder nach »hartem Durchgreifen« (von Welser) aus Gründen der Humanität würde man den ehemaligen Linksintellektuellen gern den Balkan überlassen. Dort würden sie vielleicht Verwendung als Schutzschilder für die Kroaten oder Bosnier finden. Sie könnten sich auch André Glucksmanns Vorwurf zu Herzen nehmen, der behauptete: »Heutzutage will keiner für Sarajevo sterben« (»Weltwoche« 30/95). Da heißt es, mit gutem Beispiel vorangehen!

*Überhaupt scheint »Profil« die einzige deutschsprachige Zeitung von einiger Bedeutung gewesen zu sein, die sachlich blieb und Hintergrundreportagen veröffentlichte, die man in der BRD vergeblich suchte. Ganz ausgezeichnet war ein Bericht von Misha Glenny in »Profil« vom 7.8.95 (32/95), das den »Kriegsherrn« Tudjman auf den Titel nahm, während der »Spiegel« vom gleichen Tag mit dem »Fall Graf« aufmachte. Auch Hanspeter Borns Reportage aus der von den Kroaten eroberten Krajina in der »Weltwoche« Nr. 32/95 gehört zu den positiven Ausnahmen der deutschsprachigen Balkankriegsberichterstattung.

Klaus Bittermann schrieb in KONKRET 7/95 über Tom Segevs Buch »Die siebte Million«

Konkret 09/95, S. 16

Gerhard Stuby

Augen zu und durch! Wenigstens Gerechtigkeit?

Ihr Engagement auf dem Balkan hat die Deutschen zu einer kriegsbegeisterten Volksgemeinschaft gemacht. Jürgen Elsässer zeigt, wie die kroatische Invasion in der Krajina hierzulande propagandistisch vorbereitet wurde. Klaus Bittermann beschreibt die Umrüstung deutscher Medien zu militärischen Hauptquartieren. Gerhard Stuby kommentiert die Anklage des Den Haager UN-Tribunals gegen die »Serbenführer« Karadzic und Mladic

Angesichts des wieder entflammten Krieges in Kroatien und angesichts der Menschenmassen, die dieser Tage im ehemaligen Jugoslawien auf der Flucht sind, ist es schwer, den dortigen UN-Aktivitäten noch einen Sinn abzugewinnen. Ist da nicht ein »internationales Strafgericht zur Verfolgung von Verletzungen des humanitären Völkerrechts im ehemaligen Jugoslawien«, geschaffen durch Resolution 827 des Sicherheitsrates vom 25.5.1993 mit einem Statut, das Straftatbestände, Verfahren etc. im einzelnen regelt, ein Lichtblick? Und zeigt die nunmehr erhobene Anklage gegen den bosnischen Serbenführer Radovan Karadzic und dessen (ehemaligen) Militärchef Ratko Mladic nicht, daß die UN endlich kapieren, wer uns das alles eingebrockt hat?

»Wenn Karadzic morgen nach Genf reist, schicken wir sofort einen Haftbefehl an die schweizerischen Behörden«, so die starken Worte eines Sprechers des Tribunalsin Den Haag (ap/dpa-Meldung vom 26.7.1995). Reist also Karadzic, um z.B. über einen Waffenstillstand zu verhandeln, wird das Tribunal diesen zu verhindern wissen. Recht so, mit faschistischen Verbrechern (Cohn-Bendit) verhandelt man nicht! Die hängt man auf! Leider sieht die (von Art. 102 GG angekränkelte?) Haager Strafvollstreckung keine Todesstrafe vor. Aber vielleicht kommmt Karadzic in ein deutsches Gefängnis. Die Aussichten sind nicht schlecht, wenn er denn in Genf verhaftet werden sollte. Denn die Bundesrepublik ist als einer der ersten Staaten der Aufforderung des Sicherheitsrates gefolgt, innerstaatliche Maßnahmen für eine Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof zu treffen. Sie hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf dem Bundestag vorgelegt. Selbstverständlich hat sie ihre Gefängnisse zur Strafvollstreckung angeboten.

Warum meine Skepsis? Wird denn nicht die Einrichtung des Gerichtshofes durch Beschluß des Sicherheitsrates (SR) von nahezu allen politisch Verantwortlichen und Völkerrechtlern zumindest in Deutschland begrüßt? Der Abschluß eines multilateralen Vertrages zwischen den Staaten erschien UN-Generalsekretär Boutros-Ghali zu langwierig, und die Sicherheitsratsmitglieder schlossen sich seiner Meinung an. Sie leiten ihre Kompetenz aus dem Kap. VII der UN-Charta ab, das den Titel trägt: »Maßnahmen bei Bedrohung des Friedens und bei Angriffshandlungen«, und erklärten, daß die Verstöße gegen das humanitäre Recht im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien »eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit« darstellten. Die für die Verbrechen verantwortlichen Personen vor Gericht zu bringen, trage dazu bei, »sicherzustellen, daß diesen Verstößen Einhalt geboten und wirksame Abhilfe geschaffen wird«.

Dem Vorwurf, stets ein Haar in der Suppe zu finden, gelassen entgegensehend, einige zweifelnde Fragen:

In der UN-Charta ist keine Bestimmung zu finden, die die Einsetzung judikativer Organe vorsieht. Der SR stützt seine Kompetenz auf Kap. VII, und zwar ganz allgemein, ohne einen konkreten Artikel zu nennen. In Frage käme Art. 41, jedenfalls wird er in der Fachliteratur stets angeführt. Hiernach kann der Sicherheitsrat »beschließen, welche Maßnahmen unter Ausschluß der Waffengewalt (in Art. 42 geregelt) zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen«. Die Maßnahme der Einrichtung eines Gerichtshofes vertraut auf die abschreckende Wirkung der Aburteilung. Selbst wenn man Zweifel an der Wirksamkeit von General- und Spezialprävention – Bibliothekskilometer sind darüber gefüllt worden – zurückstellt, erstaunt es doch, daß die Interpreten fast einstimmig die Einrichtung eines Ad-hoc-Gerichtes als Maßnahme nach Art. 41 begreifen. Die dort beispielhaftgenannten Maßnahmen (Wirtschaftsembargo, Abbruch diplomatischer Beziehungen) geben eher eine Tendenz an, die an eine strafrechtliche Kompetenz gegenüber einzelnen staatsangehörigen Individuen nicht denken läßt.

Auch daß die UN-Charta in Art. 7 als Hauptorgane u.a. den Internationalen Gerichtshof (IGH) vorsieht, diesem ein eigenes Kap. XIV mit einem Statut widmet und von einer Strafkompetenz im übrigen schweigt, spricht gegen eine Interpretation des Maßnahmekatalogs in Art. 41 in diesem Sinne. Der erörterte, aber schnell wieder weggeschobene Hinweis, daß hier unter der Hand ein neues UN-Hauptorgan geschaffen werden könnte, erscheint da viel näherliegend. Dann müßte aber ein Verfahren entsprechend Art. 108 und 109 zur Änderung der UN-Charta eingehalten werden (2/3-Quorum). Da dies mindestens so langwierig ist wie der Abschluß eines multilateralen Vertrages: Weg mit diesem Einwand!

Widersprüchliche Argumentationen werden bemüht, um einerseits den SR an die Beschlüsse des von ihm eingesetzten Gerichtshofes zu binden – die richterliche Unabhängigkeit wäre sonst nicht gewährleistet – , andererseits aber aus den gerade genannten Gründen die Hauptorganfunktion zu leugnen, die logisch folgt, wenn der Sicherheitsrat gebunden ist. Ein juristischer Veitstanz!

Seit den Nürnberger Prozessen habe es die internationale Gemeinschaft nun erstmals geschafft, eine Institution zur Aburteilung von Kriegsverbrechern zustande zu bringen, ist ringsum zu hören. Der Vergleich trägt bei genauerem Hinsehen jedoch nicht die Kompetenzbegründung für den SR. Das Internationale Militärtribunal (IMT) war ein Ausnahmegericht. Es fiel unter die in Art. 107 bzw. Art. 53 Abs. 1 S. 2 genannten Maßnahmen gegen die sog. Feindstaaten und wurde als ein Komplex außerhalb der UN-Charta begriffen. Installation und Statut waren daher Gegenstand einer eigenen völkerrechtlichen Vereinbarung zwischen den vier Hauptalliierten der Antihitlerkoalition, der sich einige andere gegen Deutschland Krieg führende Staaten anschlossen. Zu diesen Sondermaßnahmen, die unter der Maßgabe der bedingungslosen Kapitulation die Souveränität des Deutschen Reiches beseitigten – Völkerrechtler sprachen damals vom Untergang des Deutschen Reiches – , sahen sich die Alliierten berechtigt. Zum einen war Deutschland eindeutig der Aggressor, zum anderen überschritten die Völkerrechtsbrüche des Deutschen Reiches alle bisherigen Dimensionen des Kriegsvölkerrechts und des Minderheitenschutzes (»Endlösung« durch Genozid). Die in der UN-Satzung vorgesehenen, relativ begrenzten Eingriffsregelungen des Kap. VII hingegen sollten für den zu erwartenden »Normalfall« zwischenstaatlicher Konflikte (Bürgerkrieg gehörte nicht dazu) gelten. Sie sollten gerade eine Wiederholung des Nazidebakels, der totalen Negation menschlicher Zivilisation durch einen Staat, unmöglich machen, eben präventiv wirken. Die Notwendigkeit einer Intervention, vergleichbar dem Krieg der Antihitlerkoalition gegen Hitler-Deutschland, wäre als Ausdruck des Versagens der Uno und als Rückfall in das alte, schon einmal gescheiterte Völkerrechtssystem begriffen worden.

Eine internationale Strafgerichtsbarkeit auf der Basis von Nürnberg wurde unter einem anderen Aspekt diskutiert. Der Ausnahme- und Ad-hoc-Charakter des Nürnberger Tribunals sollte für die Zukunft zugunsten einer allgemeinen und potentiell für alle Staaten geltenden Gerichtsbarkeit ausgeschlossen werden. Deshalb forderte man für ihre Einrichtung auch einen eigenen, zwischen möglichst vielen Staaten zu schließenden völkerrechtlichen Vertrag. Insofern wurde die Nürnberger Rechtsprechung als Exempel für die Zukunft betrachtet. Formal zwar Siegerjustiz, wandte sie ihrem eigenen Verständnis entsprechend Rechtsregeln an, die schon galten und denen sie sich selbst unterworfen sah. Dieser Gesichtspunkt wurde vom amerikanischen Ankläger, viel zitiert seitdem, formuliert: »Wir dürfen niemals vergessen, daß nach dem gleichen Maß, mit dem wir die Angeklagten heute messen, auch wir morgen von der Geschichte gemessen werden. Den Angeklagten einen Giftbecher reichen, heißt, ihn auch an unsere eigenen Lippen setzen. ... Dieser Prozeß möge einmal der Nachwelt als die Erfüllung menschlichen Sehnens nach Gerechtigkeit erscheinen.«

Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki läuteten den Kalten Krieg ein und beerdigten solch hehre Vorsätze. Die Versuche der UN-Generalversammlung, zunächst das Niveau des IMT-Statuts durch Resolutionspraxis gewohnheitsrechtlich zu verfestigen, dann, durch Arbeitsaufträge an die International Law Commission (ILC) zwecks Ausarbeitung von Konventionsentwürfen, einen allgemeinen Internationalen Strafgerichtshof möglich zu machen, scheiterten bzw. blieben stecken.

Bisweilen liest man als Begründung für die Einrichtungskompetenz des SR nach Art. 41 noch folgendes Argument: Wenn sogar militärische Mittel nach Art. 43 möglich seien, so müsse auch das mildere Mittel, nämlich eine internationale Strafjustiz, als Sanktion gestattet sein. Vergessen oder bewußt übersehen wird dabei zweierlei. Zum einen gibt es, was die Konflikte auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien anlangt, keinen Beschluß des SR nach Art. 42, militärische Maßnahmen gegen den Willen der betroffenen Parteien durchzuführen, wie es im Golfkrieg der Fall war. Bislang hat der SR es vermieden, eine der Konfliktparteien als Aggressor zu bezeichnen. Einen solchen kennen nur »FAZ« und »Taz« genau. Die Blauhelme halten sich im Kontext des sog. Peace-Keeping-Arrangements, eines gewohnheitsrechtlichen Instituts neben der oder gar gegen die UN-Charta, im ehemaligen Jugoslawien auf. Sie bedürfen also der Zustimmung aller am Konflikt beteiligten Parteien. Zwar ist eine deutliche Wendung des SR gegen das sog. Restjugoslawien mit der Verhängung von Wirtschaftssanktionen eingetreten, weil seine Aufforderungen (Einstellung der Hilfe für die bosnischen und kroatischen Serben durch Belgrad) nicht befolgt wurden; zwar erfolgen die militärischen Maßnahmen der UN-Einheiten oder der Nato, nicht immer klar, im Auftrag des SR bzw. der Befehlshaber der UN-Einheiten – gleichwohl hat der SR einen Auftrag zum militärischen Eingreifen im ehemaligen Jugoslawien als Sanktion im Sinne des Art. 42 nicht erteilt. Insofern kann auch kein milderes Mittel unterhalb der gewaltsamen Sanktion ergriffen werden.

Fraglich ist, ob strafrechtliche Sanktion völkerrechtlich gesehen überhaupt ein milderes Mittel darstellt. Gerade diejenigen Staaten im SR, die sich so schnell auf das Jugoslawien- (und Ruanda-)Tribunal einigen konnten und über alle offenen juristischen Flanken hinwegsahen, achten sehr argwöhnisch auf ihre souveräne Strafkompetenz, wenn sie selbst betroffen sind. Das Stimmverhalten in der ILC, wo es um die Einrichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes geht, dem auch die großen Staaten unterworfen wären, gibt ein wirklichkeitsgetreues Bild: Wasch mir den Pelz, mach mich aber nicht naß!

Die Zukunft wird zeigen, ob das Jugoslawientribunal mehr leistet als das bislang geltende Weltrechtsprinzip, sei es in der milden Form: Bestrafung am Tatort oder Auslieferung, sei es in der strikteren Form: Verpflichtung zur Strafverfolgung, gleich wo die Tat begangen wurde, wie es bei den Straftatbeständen der vier Genfer Konventionen vorgesehen ist. Bislang sind jedenfalls vor nationalen Gerichten nur sehr wenige Kriegsverbrecher auf der Grundlage des humanitären

Völkerrechts verurteilt worden. Auslieferungen an andere Staaten sind noch seltener. Weshalb sollten die Staaten ihre Delinquenten dann einer internationalen Instanz überlassen?

Insgesamt dürfte die Einrichtung des Jugoslawien- und des Ruandatribunals eher in die Kategorie der Gestenpolitik (so tun als ob!) einzuordnen sein. Wie schnell könnte ein gesichertes Waffenembargo gerade derjenigen Staaten, die andauernd Eingreiftruppen neu formieren und hin- und herschieben, den Konflikt austrocknen! Daß das Den Haager Tribunal als erster Schritt zu begreifen sei, dem die Einrichtung eines allgemeinen internationalen Strafgerichtes folgen werde, ist bei realistischer Betrachtung ein frommer Wunsch. Es ist vielmehr zu fürchten, daß das Projekt kontraproduktiv wirkt, weil es nämlich die Uno in der öffentlichen Meinung vollends diskreditiert, wenn es scheitert. Honny soit qui mal y pense – z.B. Freiraum zum Spielen mit dem fast schon erschlafften, aber nach der »Wiedervereinigung« allmählich anschwellenden schwarzrosagrünen großdeutschen Bizeps.

Gerhard Stuby ist Professor für Verfassungs- und Völkerrecht an der Universität Bremen

Konkret 09/95, S. 18

Andreas Spannbauer

»Viel Erfolg«

Kleine Chronik der neuesten SPD-Kriegspolitik

Im August 1914 hat die SPD ihre grundsätzliche Bereitschaft bewiesen, der militärischen Durchsetzung deutscher Interessen jederzeit Vorschub zu leisten. In den letzten Jahren nun ist die Militarisierung der deutschen Außenpolitik durch tatkräftige Unterstützung der Sozialdemokraten einen wesentlichen Schritt weitergekommen. Die Entscheidungsfindung der SPD im Rückblick:

3.9.1988: Auf dem Münsteraner Parteitag beschließt die SPD: »Jeglicher militärischer Einsatz der Bundeswehr außerhalb der Bündnisgrenzen ist unzulässig.« Auch die Beteiligung an friedenssichernden Missionen wird abgelehnt.

31.5.1991: Nachdem bereits im Golfkrieg deutsche Soldaten unter UN-Flagge in den Iran gesandt und Alpha-Jets an die türkisch-irakische Grenze verlegt worden sind, bejaht der Bremer Parteitag der SPD die Möglichkeit einer grundsätzlichen Beteiligung deutscher Soldaten an Blauhelm-Missionen.

August 1991: Der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt fordert die Bundesregierung dazu auf, in der EG auf Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu drängen, die sich mit der Vorbereitung einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens beschäftigen soll.

4.9.1991: Björn Engholm wirft dem Bundeskanzler vor, nicht entschieden genug auf die Anerkennung der slowenischen und kroatischen Separatisten hinzuarbeiten.

Oktober 1991: Die SPD-Bundestagsfraktion fordert nahezu einstimmig die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens sowie »umfassende Sanktionen gegen den serbischen Aggressor«.

November 1991: Engholm fordert abermals von der Bundesregierung, sie solle in der EG die Initiative zur Anerkennung der beiden ehemals jugoslawischen Staaten ergreifen.

Dezember 1991: Der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel lobt nach erfolgter Anerkennung Sloweniens und Kroatiens den Alleingang der BRD: »Wir begrüßen insbesondere, daß aus dem deutschen Alleingang in der Anerkennungsfrage jetzt ein gemeinsamer Weg der Europäer geworden ist.«

7.8.1992: Der SPD-Abgeordnete Bülow spricht sich für Nato-Luftangriffe gegen Restjugoslawien aus.

22.8.1992: Die Petersberger Konferenz der SPD spricht sich für eine Grundgesetzänderung aus, die Bundeswehreinsätze im UN-Auftrag ermöglichen soll. Neu ist, daß die Einsätze über friedenserhaltende Maßnahmen hinausgehen dürfen (»Blauhelm + X«).

17.11.1992: Der Sonderparteitag der SPD bestätigt die »Petersberger Beschlüsse«.

2.4.1993: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerster bietet der CDU einen Kompromiß für eine Grundgesetzänderung bezüglich der Militäreinsätze an: Ohne eine Festlegung auf den Charakter des Einsatzes solle lediglich geklärt werden, welche Mitbestimmungsmöglichkeiten dem Bundestag bei einem Interventionseinsatz zukommen.

26.4.1993: Der damalige SPD-Kanzlerkandidat und Parteivorsitzende Engholm spricht sich für eine weltweite Teilnahme der Bundeswehr an Kampfeinsätzen aus.

7.6.1993: Im »Spiegel« äußern sich SPD-Politiker zu einer Intervention in Bosnien: »Wenn alle friedlichen Mittel ausgeschöpft sind, dann hilft nur noch die Bereitschaft zur Gewalt« (Freimut Duve). Der Wehrexperte der Sozialdemokraten, Manfred Opel, stellt mit Bezug auf Bosnien fest: »Es kann sein, daß Deutschland rasch und kurzfristig neue und weitgehende Entscheidungen treffen muß.«

14.6.1993: Rühe und Kinkel einigen sich mit Scharping und Klose auf eine Grundgesetzänderung, die unterschiedslos Blauhelm- und Kampfeinsätze möglich machen soll, sofern diese vom Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Doch Schäuble und Kohl erheben Einspruch, der Deal scheitert.

2.7.1993: Der Bundestag sanktioniert die Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Somalia. Die SPD-Fraktion erklärt ihr Einverständnis mit Out-of-Area-Einsätzen im allgemeinen und mit dem Somalia-Engagement im besonderen, fordert jedoch eine Gesetzesänderung.

6.9.1993: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Klose fordert die Bewilligung jeder Art von Bundeswehreinsätzen unter dem Mandat der Vereinten Nationen. Parteivorsitzender Scharping tritt ebenfalls für eine Teilnahme der Bundeswehr an Auslandseinsätzen ein. Diese müßten jedoch mit einer Zweidrittelmehrheit vom Parlament bewilligt werden.

19.11.1993: Der SPD-Parteitag in Wiesbaden beschließt die restriktive Handhabung von Blauhelmeinsätzen der Bundeswehr: Die strikte Neutralität der UN-Einsätze, die prinzipielle Zustimmung der Konfliktparteien und eine defensive

Bewaffnung und Einsatzkonzeption werden als Voraussetzung für eine deutsche Beteiligung festgelegt. Eine deutsche Beteiligung an Kriegseinsätzen der UN wird abgelehnt.

Januar 1994: Auf der Münchner Wehrkundetagung stellt Rudolf Scharping fest, daß es in grundsätzlichen außenpolitischen Fragen »keine wirklichen Differenzen« zwischen Regierungskoalition und SPD-Opposition gebe.

12.7.1994: Das Bundesverfassungsgericht erklärt weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr grundsätzlich für zulässig, sofern diese vom Parlament mit Kanzlermehrheit bewilligt werden.

22.7.1994: Die SPD stimmt im Bundestag der Erweiterung des Awacs-Auftrags und damit dem ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr unter Nato-Oberbefehl zu.

14.12.1994: Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karsten Voigt, erwartet eine positive Antwort auf die Nato-Anfrage nach Beteiligung der Bundeswehr am Bosnieneinsatz. Hans-Ulrich Klose fordert im Einklang mit der Regierungskoalition: »Wir dürfen uns nicht verweigern, wenn die UN oder unsere Verbündeten glauben, auf unsere Mithilfe angewiesen zu sein.«

18.12.1994: Rudolf Scharping unterstützt – unabhängig von einem Abzug der UN-Truppen – die Planungen der Bundesregierung, Tornado-Kampfbomber zur Unterstützung von Hilfsflügen nach Bosnien zu entsenden: »Wir wollen, daß humanitäre Maßnahmen durchgeführt werden. Und wenn man dabei Schutz bieten muß, dann muß man das tun.«

21.12.1994: In einem Brief des Parteivorsitzenden Scharping an Parteivorstand und Fraktion setzt sich dieser für deutsche »Bündnistreue« zur Nato ein und nimmt eine deutsche Beteiligung »an Nato-Maßnahmen zum Schutz eines eventuell notwendig gewordenen Abzuges der UN-Blauhelme« in Kauf.

19.1.1995: Dieter Schloten und Wolfgang Bruckmann (Angehörige des rechten »Seeheimer Kreises« in der SPD) bezeichnen in einem Diskussionspapier ihre Partei als »außen- und sicherheitspolitisch nicht regierungsfähig«. Kritisiert wird die defensive Haltung der SPD zu Militäreinsätzen im Ausland. Ihr Vorschlag: Beteiligung der Bundeswehr an sogenannten »friedenschaffenden Maßnahmen«, kurz: Kampfeinsätzen.

3.2.1995: SPD-MdB Christoph Zöbel erläutert Deutschlands Aufgabe als Weltpolizist: »Ob sich Serben, Kroaten, Muslime in Sarajewo, Mostar, Zagreb oder in Berlin, Hamburg oder Köln unter Anwendung von Gewalt auseinandersetzen, macht nur noch sehr graduell einen Unterschied. Die Probleme im ehemaligen Jugoslawien sind Probleme der europäischen inneren Sicherheit.«

15.3.1995: Der SPD-Generalsekretär Günther Verheugen äußert sich in der »Taz« auf die Frage der Entsendung deutscher Tornados nach Bosnien: »Prinzipiell halte ich eine Sicherung des Rückzuges für einen Bestand des Peacekeeping-Auftrags.«

31.5.1995: Der Verteidigungsexperte Dieter Heistermann prognostiziert die Zustimmung der SPD-Mehrheit zu einem Einsatz deutscher Truppen in Bosnien. »Politik wäre unzulässig und unvollständig, wenn man nur in eine bestimmte Richtung denken würde« (gemeint ist die Konzentration auf politische Lösungsmöglichkeiten), so begründet Heistermannn die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

12.6.1995: Der SPD-Parteivorstand lehnt mit den Gegenstimmen von Norbert Gansel und Karsten Voigt einen Kampfeinsatz deutscher Tornados in Bosnien zur Unterstützung einer multinationalen Schutztruppe ab. Mehrere prominente Sozialdemokraten wie Hans-Ulrich Klose und Gerd Andres widersprechen daraufhin dieser Position.

19.6.1995: Scharping teilt mit, daß die SPD logistische Unterstützung durch die Bundeswehr befürwortet, schließt jedoch den Einsatz von Bodentruppen und Kampfflugzeugen weiter aus.

25.6.1995: Der niedersächsische Ministerpräsident Schröder bezeichnet die Ablehnung von Tornado-Kampfeinsätzen durch den Parteivorstand als »Klarstellung abstrakter Erkenntnisse«, für die es kein imperatives Mandat gebe. SPD-Abgeordnete teilen öffentlich mit, daß sie sich für den Tornado-Einsatz aussprechen werden.

26.6.1995: Der Bundestagsvizepräsident Klose (SPD) wendet sich an den CDU-Fraktionsvorsitzenden Schäuble. Sein Anliegen: Die Koalition solle die Beschlußvorlage für den Bundestag so fassen, daß eine möglichst große Zahl von SPD-Abgeordneten zustimmen könne.

27.6.1995: Die SPD-Bundestagsfraktion entscheidet sich für den Kriegseintritt der Bundeswehr in Bosnien. Lediglich der Kampfeinsatz von ECR-Tornados wird mehrheitlich abgelehnt. Die Ablehnung, die in der ursprünglichen SPD-Vorlage nicht enthalten war, wurde auf Drängen Lafontaines vom SPD-Präsidium eingefügt. Die SPD unterstützt den Kriegseintritt Deutschlands grundsätzlich; sowohl Bodentruppen (offiziell: »Feldlazarett plus Sicherungskomponente«) als auch der Einsatz der Luftwaffe (einschließlich Tornados) werden befürwortet. Im Unterschied zur CDU will die SPD diese Flugzeuge lediglich zur Aufklärung einsetzen und die Mission nicht unbefristet, sondern zunächst nur bis zum Jahresende andauern lassen. Der SPD-Fraktionsbeschluß begründet die Intervention: »Über die humanitäre Verpflichtung hinaus ... liegt es ... im nationalen Interesse der Bundesrepublik Deutschland, die Mandate der Vereinten Nationen im ehemaligen

Jugoslawien im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.« Gleichzeitig setzt sich Scharping für einen militärischen Beitrag Deutschlands zur Durchsetzung des Waffenembargos gegen Ex-Jugoslawien ein.

30.6.1995: 45 Sozialdemokraten stimmen für die Kriegseintrittsversion der Bundesregierung, lediglich zehn sozialdemokratische Abgeordnete votieren gegen einen Kriegseinsatz.

9.7.1995: Karsten Voigt kritisiert in »Focus«, daß die Linke (!) in der Frage eines Militäreinsatzes in Bosnien »offensichtlich unterschiedliche Maßstäbe« anlege. Voigt vermißt in der Diskussion »Prinzipientreue«.

11.7.1995: Der SPD-Militärexperte Manfred Opel begrüßt den Einsatz von Nato-Kampfflugzeugen gegen serbische Ziele in der Nähe von Srebenica. Die »Notwehraktion« diene der Zivilbevölkerung. Der Einsatz, der den Serben ihre Chancenlosigkeit im Falle einer militärischen Auseinandersetzung signalisieren solle, habe sich im Rahmen des Uno-Mandats bewegt und sei keinesfalls als Kriegseinsatz zu werten.

17.7.1995: Freimut Duve fordert den Westen dazu auf, sich mit Waffengewalt Zugang zu den Moslem-Enklaven zu verschaffen. Sein Kollege Norbert Gansel spricht im Deutschlandradio davon, daß der serbischen Seite klargemacht werden müsse, daß sie jetzt mit stärkeren militärischen Maßnahmen zu rechnen habe.

20.7.1995: Der SPD-Politiker Walter Kolbow hält eine »größere deutsche Beteiligung« am Krieg in Jugoslawien »für vorstellbar«. Die Bundesregierung müßte lediglich zuvor eine »ausführliche Begründung« vorlegen.

22.7.1995: Duve will militärisch befestigte Korridore nach Bihac und Sarajewo in serbischem Gebiet militärisch durchsetzen. Einen Tag darauf fordert er dazu auf, beim aktuellen Stand des UN-Auftrags über den »Abzug« der Blauhelme und eine Aufhebung des Waffenembargos nachzudenken. Von den UN in Bosnien sichergestellte schwere Waffen sollten den moslemischen Truppen übergeben werden.

24.7.1995: Egon Bahr spricht sich für Militäraktionen gegen bosnische Serben aus. Der EU-Verwalter der herzegowinischen Stadt Mostar, Hans Koschnick, verlangt die »massive Bombardierung« serbischer Stellungen. Der Westen solle zeigen, wozu er fähig sei, meint der ehemalige Bremer SPD-Bürgermeister. Europa habe die wichtigste Lehre des zweiten Weltkriegs vergessen: 1939 habe niemand für Danzig sterben wollen, 1995 wolle niemand für Sarajewo sterben, legitimiert Koschnick künftige deutsche Verbrechen mit vergangenen.

2.8.1995: SPD-Außenpolitiker Karsten Voigt begrüßt die von Joschka Fischer geforderte Abkehr der Bündnisgrünen von ihrer Ablehnung eines Militäreinsatzes im ehemaligen Jugoslawien als ersten Schritt zur Regierungsfähigkeit und wünscht dabei »viel Erfolg«.

Andreas Spannbauer ist Mitarbeiter der Tageszeitung »Junge Welt« und lebt in Berlin

Konkret 09/95, S. 20

Peter Kratz

Rechte Genossen

Sozialpatriotismus und Kriegssozialismus – in der SPD feiert das Gedankengut der Konservativen Revolution eine fröhliche Auferstehung

»Auch in sich nach außen reputierlich gebenden konservativen Zeitschriften wie ›Mut‹ oder ›Criticón‹haben Unionspolitiker die Grenze zwischen Konservativen und Rechtsextremen längst eingerissen.« Das sagte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Herta Däubler-Gmelin 1989, um vor einer Zusammenarbeit mit der intellektuellen Braunzone und ihren Diskussionsblättern zu warnen. Aber weil wir nun mal in einer Zeit fallender Grenzen leben, veröffentlichte im März 1995 schließlich auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine in »Mut«, einer Zeitschrift mit militant neonazistischer Vergangenheit und »neurechter« Gegenwart. Autor, Inhalt und Erscheinungsort des Artikels zeigen, wie sehr die Sozialdemokratie mittlerweile rechtsgewendet ist.

Lafontaine gibt sich gerne antinational, doch er hat sein eigenes Lied vom Deutschland über alles: Die Deutschen müßten ihre Position als »Exportweltmeister« gegen die ostasiatischen und nordamerikanischen Konkurrenten verteidigen und ausbauen, meint er schon länger. Was nach sportlichem Wettbewerb klingt, nennt die Parteilinke kritisch »Sozialpatriotismus«, obwohl es Nationalismus ist: Um die Meisterschaft zu erlangen, ist Mannschaftsgeist nötig, dafür braucht man eine gesellschaftliche Formierung auf die Gemeinschaft der Nation, innen- und außenpolitisch, dafür muß auch mal gestoßen und getreten werden. In »Mut« gab Lafontaine die Strategie fürs Endspiel aus: »Mehr Kooperation statt Konfrontation« war sein Artikel überschrieben, die beiden Zwischenüberschriften verrieten die Taktik im Mittelfeld, wo die Tore vorbereitet werden: »Deutschland braucht eine Modernisierungsstrategie« und »Die Investitionskraft der Unternehmen stärken«.

Er weiß sogar, wer die Meisterschaft finanzieren soll: »Mit moderaten Tarifabschlüssen haben auch die Gewerkschaften ihren Beitrag geleistet. Die Tarifautonomie hat sich 1994 in schwieriger Zeit bewährt. Ich bin sicher, daß die Tarifparteien auch in diesem Jahr zu vernünftigen Abschlüssen kommen werden. ... Strengste Ausgabendisziplin auf allen Ebenen. Alle staatlichen Leistungen müssen überprüft werden. ... Es muß auch sichergestellt werden, daß die Sozialleistungen auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden.« Schon auf dem wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD im Januar 1994 hatte Lafontaine »ein entschiedenes Vorgehen gegen den Mißbrauch sozialer Leistungen« und »eine vorurteilsfreie Debatte über Löhne« gefordert. In »Mut« hat er nun vorgeschlagen, auch die früheren Rückzugsgebiete linker Politik den Kapitalinteressen zu unterstellen: »Innovation, technischer Fortschritt und Qualifikation sind der Schlüssel zur Zukunft unseres Landes. Deshalb müssen Forschung, Entwicklung, Bildung und Wissenschaft ... sich stärker als bisher an der ökonomischen Verwertbarkeit ihrer Arbeit orientieren.«

Vor zwanzig Jahren hätten solche Sätze die Partei gespalten. Die Emanzipation des Individuums, die Möglichkeiten, seine Persönlichkeit allseitig zu entwickeln, waren sozialdemokratische Ziele der 70er Jahre. Heute geht es ihr nicht einmal mehr verbal um eine emanzipatorische Bildungsreform oder darum, mehr Demokratie zu »wagen«. Statt dessen verfolgt sie ein neues politisches Ziel: die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals den veränderten Bedingungen des globalen Marktes anzupassen und zu modernisieren. Das hatte der Vordenker der Partei, Peter Glotz, schon 1984 als »sozialdemokratische Alternative« ausgegeben: »Es muß klipp und klar sein, daß die Linke vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantiert.«

Lafontaines »Mut«-Artikel enthielt die Quintessenz dieser neuen Politik: Durch Einsparungen und Deregulierungen in allen Bereichen des Sozialen wird volkswirtschaftlicher Reichtum freigesetzt, der als Subventionen an die Hochtechnologie-Konzerne umverteilt wird. Mit dem freien Kapital werden neue Produkte und Produktionsverfahren in den Verkehrs-, Kommunikations-, Bio- und Atomproduktfeldern für den Weltmarkt entwickelt. Die Konkurrenzlosigkeit der Waren bildet einen Standortvorteil der Kapitaleigner. »Sozialpatriotisch« fällt für alle ein bißchen was ab, beim Kindergeld zum Beispiel, damit die Deutschen nicht aussterben.

»Wir müssen das produzieren, was die anderen noch nicht können«, erklärte Lafontaine 1993 vor der Friedrich-Ebert-Stiftung und betonte den deutschen Führungsanspruch über Europa hinaus: »Wir müssen die modernste Forschungslandschaft der Welt aufbauen, wenn wir pro Kopf die größte Exportnation der Welt bleiben wollen, was wir immer noch sind. ... Wir sind Exportweltmeister geworden, weil wir es in der Vergangenheit immer geschafft haben, Spitzenprodukte zu entwickeln und neue Technologien, die die anderen noch nicht hatten, und die wir dann auf den Weltmärkten plazieren konnten« – notfalls mit zwei Weltkriegen oder einer blaubehelmten Bundeswehr. Lafontaines »Wir« ist das der Volks- und Betriebsgemeinschaft, die noch der Wehrwirtschaftsführer harrt.

Peter Glotz, Interessenvertreter der deutschen Kommunikationskonzerne, hat begriffen, daß die Kamerateams von CNN am somalischen Strand die Bautrupps von AT&T nach sich zogen und daß in ihren Kabeln, die im Lande blieben, US-

Medienkonzerne US-Produkte bewerben. Nicht nur Bertelsmann, Siemens und die Deutsche Telekom gehen weiterhin leer aus, wenn die Bundeswehr nicht endlich ihre Ledernacken landen läßt, wo immer ein Stammeskonflikt zur Intervention im Namen der Menschlichkeit einlädt. Die Live-Übertragung der Landung bringt Surplus und zusätzliche Werbezeiten für deutsche Waren. Mit seinen Empfehlungen zum Jugoslawienkrieg verwies Glotz bereits 1993 auf die Milliardenprofite, die am Zusammenhang von Hightech- und Interventionspolitik zu verdienen wären. »Hätte der Westen, statt militärisch herumzufuchteln, nicht besser gleich mit seiner Medienmacht eingreifen müssen?« schrieb er als ungenierter (Kultur-)Imperialist, der sich in bewährter Manier als Humanist kostümiert. »Der Westen muß begreifen: Wenn er nicht den Mut aufbringt, frühzeitig in die Kommunikationsprozesse dieser Regionen zu intervenieren, muß er später mit Soldaten intervenieren – oder zuschauen. ... Eine rechtzeitige Medienintervention wäre unblutiger, billiger und wirksamer als Embargos, Blauhelme oder Flächenbombardements. ... Die technischen Möglichkeiten dazu – boden-, luft- und satellitengestützte TV- und Rundfunkstationen, auch Streukommunikationssysteme und die Finanzierung schlichter Computer-Mailboxen, die über das normale Telephonnetz verbunden werden können – stehen zur Verfügung.« Als Beispiel verwies Glotz auf den ehemaligen CIA-Sender Radio Free Europe, sein Artikel trug die vielsagende Überschrift »Der Wahrheit eine Waffe«.

»Wir« können auch anders, wenn unsere Medien-Waffen keine Wirkung zeigen: »Man muß einen grausamen Krieg entweder ausbluten lassen, oder man muß das betreffende Land besetzen, mit allen Konsequenzen und der Bereitschaft, dort lange zu bleiben und eine neue politische Kultur zu erzwingen«, meinte Glotz. Der Humanist weiß eh, wie er sich entscheidet, der Kapitalist verdient in beiden Fällen am Wiederaufbau solcher Regionen. Claus Leggewie schrieb im April 1991 im SPD-Mitgliedermagazin »Vorwärts«: »Die Außenpolitik der deutschen Sozialdemokratie darf nicht der verlängerte Arm von Pax Christi werden. Es gibt, im Zweifelsfall, in der Tat Wichtigeres als den Frieden.« Zum Beispiel: Der Anteil deutscher Waren auf dem Weltmarkt wächst heute schneller als das Gesamtvolumen des Weltmarktes. Eine solche Verdrängungssituation war in der Vergangenheit immer krisen- und kriegsträchtig.

Die SPD-Wirtschaftsexperten sagen klar, worauf die humanitäre Rhetorik der neuen SPD-Kriegspolitiker um Norbert Gansel, Freimut Duve und Karsten Voigt abzielt. In einer gemeinsamen Erklärung vom Juni 1994 schrieben die Wirtschaftsminister der SPD-(mit)-regierten Bundesländer und die wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktionen im Bundestag und den Landesparlamenten: »Die Anstrengungen deutscher Unternehmen zur Erschließung neuer Märkte müssen durch eine aktive Außenwirtschaftspolitik unterstützt werden. Ein Land, in dem jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängt, kann es sich nicht leisten, daß unsere Unternehmen auf den Auslandsmärkten nur deshalb das Nachsehen haben, weil sich die Regierungen unserer Konkurrenten wirksamer für ihre Unternehmen einsetzen. Die deutschen Botschaften im Ausland müssen sich stärker als bisher handelspolitisch engagieren. Die deutsche Entwicklungspolitik muß enger mit der Außenwirtschaftspolitik verzahnt werden.«

Den Feind hat die SPD unmißverständlich benannt, assoziativ verweist sie auf seine Gefährlichkeit: »Deutschland verdankt seinen Wohlstand technologischen Spitzenprodukten. In den letzten Jahren hat uns aber die japanische und amerikanische Industrie abgehängt«, schrieb sie in einem Wahlkampf-Prospekt vom Herbst 1994; im Europa-Wahlkampf einige Monate vorher stand da noch »gnadenlos abgehängt«. »Auf dem Weg zur japanischen Kolonie?« fragte der »Vorwärts« 1993 sorgenvoll und orientierte das Parteivolk ebenso auf die neue Gefahr aus dem Osten wie auf das vorbildhafte japanische Gemeinschaftsleben.

In der SPD hat in den frühen 90er Jahren ein Paradigmenwechsel stattgefunden: Weg von der Emanzipation, weg von der Friedenspolitik, hin zum Profit der Unternehmer und dem Heil der Nation als den hauptsächlichen Kriterien ihrer Politik. Die Wendepunkte waren die Abschaffung des Asylrechts und die Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr außerhalb des Verteidigungsauftrags des Grundgesetzes. Heute zeigt sich, daß dies keine isolierten Projekte, sondern nur der Auftakt für eine Politik jenseits des rechten Ran-des der Nachkriegs-Sozialdemokratie war(en).

Mit dem Wechsel hat sich auch das Risiko verlagert. War »mehr Demokratie« in den politisch regen 70ern vielleicht theoretisch ein Wagnis für die Herrschenden, so ist die technokratische Modernisierungsoffensive der heutigen SPD praktisch risikoreich für die Mehrheit der Bevölkerung. Schon lange tritt Lafontaine dafür ein, die Tarifverträge zu »flexibilisieren« und damit die soziale Absicherung aufzulösen. Seinem Vorschlag von 1994, einen allgemeinen Zwangsarbeitsdienst einzurichten, um sowohl die Alten- und Gesundheitspflege als auch die ökologische Sanierung von verseuchten Industrieflächen zu verbilligen, haben sich prominente Scharping-Berater in der SPD angeschlossen: z.B. Karl-Heinz Klär, heute rheinland-pfälzischer Bundesrats-Beauftragter, bis Oktober 1994 Leiter der Mainzer Staatskanzlei, früher einmal Büroleiter Willy Brandts; oder Florian Gerster, erst Europa- und Bundesratsminister, jetzt Arbeits- und Sozialminister von Rheinland-Pfalz.

Die Sozialdemokratie schwört heute auf privates Risikokapital, um die Produktinnovationen für die Weltmarktoffensive zu finanzieren. Der »wagemutige Jungunternehmer« und der »freie Erfinder« (Glotz) sind ihr neues Ideal, nicht mehr der sozial gesicherte Bürger des Wohlfahrtsstaates. Glotz und der frühere schleswig-holsteinische SPD-Wirtschaftsminister

Uwe Thomas meinten 1994 in ihrem Buch *Das Dritte Wirtschaftswunder. Aufbruch in eine neue Gründerzeit*, es solle »das Streben der Gründer nach Reichtum und Ansehen nicht verteufelt werden, sondern als positiver Impuls anerkannt werden«.

Wie seit den 20er Jahren nicht mehr, werden die waghalsigsten Vorschläge diskutiert, um die riesigen Mengen Kapital zu mobilisieren, die für die Modernisierungsstrategie nötig sind. Der forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Josef Vosen – Verfechter der »Transrapid«-Magnetschwebebahn ebenso wie gigantischer Raumfahrtprojekte, damit Europa zur »Weltraummacht des 21. Jahrhunderts« aufsteige – forderte im Frühjahr 1995 den Verkauf sämtlicher Goldreserven der Bundesbank; der Erlös solle den Risiko-Unternehmern als Startkapital überlassen werden. Uwe Thomas wollte zur gleichen Zeit finanzpolitisch den Manchester-Kapitalismus wieder einführen. »Deregulierung von links« nannte er das: »Wir brauchen dringend mehr ›Anarchie‹ des Kapitalmarkts durch Venture Capital und Öffnung der Börse für Newcomer und Störenfriede.« Dazu müsse »eine Börse, die risikoreich Kapital mit hohen Gewinnchancen anzulegen gestattet«, geschaffen werden, schrieb er in der sozialdemokratischen Theoriezeitschrift »Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte«. Was mit den Beschäftigten geschieht, wenn die Hasardeure pleite gehen, darüber schwieg er.

Glotz und Thomas haben eine Vision des deutsch geführten Europa als Weltmacht, die sie »winning culture« nennen. Ihre Sprache ist die von Kriegsziel-Denkschriften: Es gelte, »neue Märkte schneller zu besetzen und dabei global zu denken«, schrieben sie 1994. Die »Exportoffensive der Zukunft« müsse jetzt eröffnet werden, damit »unsere innovativen Unternehmen« an den Fronten »kräftig mitmischen« könnten. Es gehe darum, jetzt »globale Präsenz zu gewinnen. Die deutsche Industrie mit ihren mittelständischen und gleichzeitig weltweit operierenden Unternehmen ist dafür zumindest in den klassischen Märkten hervorragend gerüstet.«

Die globale Präsenz braucht auch eine ideologische Rüstung. Die Einsparungen im Sozialen gingen immer schon mit nationalistischer Rhetorik und Gemeinschaftsduselei einher, und so soll auch jetzt, wer sozial und rechtlich dereguliert wird, wenigstens glauben, daß alle in einem Boot sitzen. Die SPD hat sich in den 90er Jahren Konzepten angenähert, die konservative Marktwirtschaftsideologen wie Ludwig Erhard und Rüdiger Altmann in den 60ern als »Formierte Gesellschaft« bezeichneten und die ihren Ursprung in den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Konservativen Revolution haben. Selbst in Zeitschriften der Jungsozialisten wie dem »Rotkielchen« aus Kiel bezog man sich 1994 positiv auf Erhards Formierungspolitik.

Es gibt eine eigene sozialdemokratische Tradition der Formierten Gesellschaft, die über die politischen Wegscheiden führt, für die die Daten 1914, 1919, 1923, 1932/33, 1989 stehen. Der Begriff des »Kriegssozialismus« als modernster Wirtschaftsform wurde im ersten Weltkrieg – der Zeit des »Burgfriedens« zwischen Kapital, Adel und Teilen der Arbeiterschaft – von der Mehrheitssozialdemokratie und der Gewerkschaftsführung geprägt, die die preußisch-militaristische Organisation der kapitalistischen Kriegswirtschaft unter den Generälen Hindenburg, Ludendorff und Groener bereits als den Sozialismus ansahen, den die Arbeiterbewegung erkämpfen wollte. Deutschlands Sieg im Weltkrieg sollte auch das übrige Europa mit dieser Art von »Sozialismus« überziehen, den allerdings die Militärs für Krupp, Thyssen, Borsig, Siemens, AEG und die Chemiekartelle erfunden hatten. Der deutsche Sieg war den sozialdemokratischen »Kriegssozialisten« gleichbedeutend mit dem »Reich der Freiheit« – eine Verwechslung, die das Kapital bis zur Machtübergabe an die Nazis demagogisch nutzen konnte. So wurde die Arbeiterschaft seit 1914 auf die deutsche nationale Gemeinschaft formiert, die keine Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, sondern nur noch ein gemeinsames Ziel kenne: den Sieg über andere Nationen. Diese Politik setzte die Volksgemeinschaft an die Stelle des emanzipierten Individuums.

»Sozialismus, wohin wir blicken«, schrieb ein Organ des Metallarbeiterverbandes 1915. Von der »Identität sozialistischer und nationalsozialistischer Arbeit« im Krieg schwärmte 1916 der einflußreiche SPD-Reichstagsabgeordnete Paul Lensch; 1917 schrieb er das Durchhaltebuch *Drei Jahre Weltrevolution* und meinte damit den anhaltenden Weltkrieg. Folgerichtig wurde Lensch nach 1918 Chefredakteur der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«, des Organs der Schwerindustrie um Hugo Stinnes, des Finanziers der jungen Nazibewegung.

Die Namen der damaligen SPD-»Kriegssozialisten« sind heute wenig bekannt, obwohl sie zu den Ideengebern der Konservativen Revolution zählten, deren Denker sich dann auch auf sie bezogen. Der Burschenschaftler Joseph Bloch z.B., dessen »Sozialistische Monatshefte« fast vierzig Jahre lang ein führendes Blatt sowohl der nationalrevolutionär-militaristischen Linie innerhalb der SPD als auch der preußischen Parteimehrheit um Otto Braun und Carl Severing war. Oder der Reichstagsabgeordnete Konrad Haenisch, der sich 1914 freute, daß er »aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Verräter zu werden, einstimmen durfte in den brausenden Sturmgesang Deutschland, Deutschland über Alles!« Als preußischer Wissenschaftsminister baute er 1919/20 internationale studentische Freikorps gegen die sozialistischen Revolutionen in Europa auf. Oder Wolfgang Heine, ebenfalls Reichstagsmitglied, der mit Bloch,

Lensch, Haenisch u.a. für den deutschen Sieg im Weltkrieg agitierte und dann als preußischer Justiz- und Innenminister die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu vertuschen half.

Es war der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert selbst, der die »Kriegssozialisten« um Lensch und Haenisch massiv gegen die verbliebene innerparteiliche Linke unterstützte. Neben Ebert öffnen aber auch andere hehre Vorbilder der heutigen SPD den Zugang zu dieser innen- und außenpolitischen Formierungstradition. Hermann Heller z.B., ein persönlicher Freund Carl Schmitts, der beim historischen »Hofgeismarkreis« nationalistischer Jusos der 20er Jahre einen völkischen »National-Sozialismus« predigte. Peter Glotz wird nicht müde, Heller als ein positives »Vorbild für Deutsche« anzupreisen. Zu nennen wäre auch der Kriegsfreiwillige von 1914 Julius Leber, der 1944 nach einem geglückten Attentat auf Hitler selbst der Führer eines nationalistischen, volksgemeinschaftlichen, hochgerüsteten und selbstverständlich KPD-freien Deutschland als europäischer Hegemonialmacht hatte werden wollen. Leber wurde hierin unterstützt von etlichen ehemaligen »Hofgeismarern«, die schon in den 20er Jahren als Anhänger Ernst Niekischs die »Kriegssozialismus«-Demagogie fortsetzten, z.B. die Nationalrevolutionäre Theodor Haubach, Carlo Mierendorff oder Gustav Dahrendorf. Mit Leber zählten sie am Ende der Weimarer Republik zu den führenden Nachwuchspolitikern der SPD; heute werden sie hoch verehrt und sind die Eintrittskarten der Partei in den republik-offiziellen Widerstand der konservativ-revolutionären Linie um Stauffenberg gegen Hitlers Version des Faschismus.

Der »Criticón«-Autor Karlheinz Weißmann hielt der SPD 1993 den »Kriegssozialismus« als positive Tradition wieder vor. In der Krisenzeit seit der Wiedervereinigung sei dieses Konzept lehrreich, um den Aufbau Ost durch Verzicht im Westen zu finanzieren. Weißmann lobte Dieter Groh und Peter Brandt, die 1992 in ihrem Buch *Vaterlandslose Gesellen* an diese nationale Formierungsstrategie der Sozialdemokratie anknüpften. Tilman Fichter, der schon in den 80ern gemeinsam mit Peter Brandt für die Wiedervereinigung agitierte und der heute als Parteivorstandsreferent für die Aus- und Fortbildung der SPD-Funktionäre zuständig ist, sagte 1994: »Wenn die Arbeiter von Wuppertal in den kommenden Jahren auf zehn Prozent ihres Einkommens verzichten sollen, um Ostdeutschland zu reindustrialisieren, dann hat das mit der nationalen Frage etwas zu tun.« In seinem Buch *Die SPD und die Nation* erklärte er 1993 sogar die Gemeinschaftserlebnisse aus den »Schützengräben« der Weltkriege zur Schule der Sozialdemokratie.

Diese innenpolitische Formierung geht mit konservativer Zivilisationskritik einher, die Konsum und Wohlstand diffamiert und an deren Stelle das Gemeinschaftsgefühl der Nation setzt. Der Bundestagsabgeordnete Glotz beschimpfte die Menschen, die seine Diäten erarbeiten, 1994 in der »Süddeutschen Zeitung« unumwunden als »hedonistisches Pack«. Wolfgang Thierse, Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und ein Bewunderer des asketischen Wanderpredigers Eugen Drewermann, kritisierte vielfach den angeblichen »Hedonismus« der Deutschen, die nicht zum Verzicht bereit seien. 1993 prangerte er auf einer Parteischulungskonferenz an, daß heute »das eigene Ich ... den letzten Sinnhorizont, das private Glück die letzte Instanz« bilden; »die liberalistische Unverbindlichkeit, die Vergötzung der Individualität und die Sehnsucht nach Lebenskunst statt Lebenssinn haben entscheidend zur Labilisierung des gesellschaftlichen Zusammenhangs beigetragen.« Man hat offenbar mit den Menschen, die einfach nur angenehm leben wollen, wieder Höheres vor.

Auch außen-, vor allem europapolitisch radikalisiert sich die SPD. Sie folgt dabei oftmals den Vorgaben der konservativ-revolutionären Geopolitik, die Deutschland als Hegemonialmacht inmitten eines Europa verschieden abgestufter Wohlstandsregionen sieht. Nachdem Lafontaine und Glotz der »Kerneuropa«-These der Konservativen zustimmten, hat die SPD akzeptiert, daß ganze Regionen der Europäischen Union schon in der Vorrunde aus der Exportweltmeisterschaft ausscheiden sollen. Scharping präsentierte im Oktober 1994 »Vier Thesen zu einer neuen Ostpolitik«, die ein Konzept konzentrischer Halbkreise zunehmender Armut rings um ein deutsch geführtes Kerneuropa beinhalteten.

Ungeniert hatte Glotz bereits in den 80er Jahren als Chefredakteur der Zeitschrift »Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« das alte »Mitteleuropa«-Konzept Friedrich Naumanns von 1915 propagiert. Es formulierte die Ziele vor allem der deutschen Elektro- und Chemiekonzerne im ersten Weltkrieg, gewann damals in der SPD-Reichstagsfraktion großen Einfluß und floß während der 20er Jahre auch in die »Drittes Reich«-Pläne der Konservativen Revolution ein.

1990 übernahm Glotz in seinem Buch *Der Irrweg des Nationalstaats* und in einem Artikel für die Zeitschrift »Europa Archiv« – das die stark rechtslastige »Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik« herausgibt – das »Zwischeneuropa«-Konzept, das der Konservative Revolutionär Giselher Wirsing 1932 entwickelt hatte. »Das deutsche Raumschicksal, Europas Mitte und Herz zu sein, ist der Angelpunkt der politischen Existenz unseres Volkes«, schrieb Wirsing damals und beklagte »das Schicksal Deutschlands, eine Kolonie des Westens zu werden«. Statt dessen müßten die vielen Kleinvölker zwischen Baltikum und Balkan von deutscher Hand geordnet und in einen Großwirtschaftsraum integriert werden, in dem die Deutschen die lukrative Hochtechnologie und die östlichen Nachbarn die arbeitsintensiven, aber nur wenig rentablen Agrarprodukte herstellen sollten. Später setzte Wirsing das Konzept als SS-Sturmbannführer um und verfaßte 1942 die Denkschrift »Die Zukunft der deutschen Herrschaft in Rußland«.

Für Glotz scheint diese Tradition kein Problem darzustellen, denn seit 1990 wurde »Zwischeneuropa« für ihn zu einem Lieblingsbegriff. Kaum ist das verhaßte »Jalta-System« der Sieger von 1945 gefallen, stellen sich für die damaligen Verlierer die alten Fragen: »Wie läßt sich verhindern, daß jetzt ein raum- und systemloses Durch- und Nebeneinander von soundsoviel angeblich gleich souveränen Staaten, ein strukturloses Chaos entsteht?« fragte der Geopolitiker Glotz und sprach es den Menschen in »Zwischeneuropa« ab, sich selbst zu regieren. Statt dessen setzte er auf Ethnopluralismus, der die verschiedenen nationalen Identitäten kulturell erhalten soll, während die ökonomischen Bedingungen – und damit das Zentrum der Lebensumstände – »von Brest bis Brest-Litowsk« (Glotz) durch die überregionalen Institutionen »Kerneuropas« festgelegt werden.

Für diese Politik des Teile und Herrsche bezog er sich offen auf den Konservativen Revolutionär Ernst Jünger: »Indem die Konkurrenz der Nationalstaaten erlischt«, so führte Glotz in *Der Irrweg des Nationalstaats* Jünger an, »kann etwa der Elsässer als Deutscher oder als Franzose leben, ohne zu dem einen oder anderen gezwungen zu sein. Vor allem aber kann er als Elsässer leben, wie es ihm gefällt. Das ist ein Wiedergewinn an Freiheit, der bis in die Völkersplitter, in die Stämme und Städte sichtbar wird. Im neuen Hause kann man freier als in den alten Bretone, Welfe, Wende, Pole, Baske, Kreter, Sarde oder Sizilianer sein«, zitierte Glotz 1990 den Jünger von 1941.

Daß Ernst Jünger auch Offizier der Nazi-Wehrmacht war, spielt für diese sozialdemokratische Ausrichtung Europas auf die Interessen der Daimler-Benz, Siemens, BASF, Deutsche Bank usw. keine Rolle, zumindest keine negative. Vielleicht ist für die 45 SPD-Bundestagsabgeordneten, die im Juni 1995 für den Kriegseintritt Deutschlands auf dem Balkan stimmten, dies sogar eine positive Tradition.

Peter Kratz war von 1978 bis Ende 1994 wissenschaftlicher Assistent von SPD-Bundestagsabgeordneten. In diesen Tagen erscheint sein Buch »Rechte Genossen. Neokonservatismus in der SPD« (Elefanten Press Verlag, Berlin)

Konkret 09/95, S. 24

Otto Köhler

Enteignet Kirch!

Vor zehn Jahren starb Axel C. Springer. Während seine Biographen sich in den Details seines Intimlebens verlieren, unternimmt der Großaktionär Leo Kirch den Versuch, die Macht im Springer-Konzern zu übernehmen

Am 22. September sind es zehn Jahre her, daß Axel Springer starb. Was er als sein Werk verstand, ist vernichtet, als wäre er schon vor hundert Jahren verschieden. Zerstört haben es nicht die 68er Studenten, die gegen sein Verlagshaus Sturm liefen. Enteignet hat es der Mann, den Springer, als er sich noch wehren konnte, einen »Kriminellen« nannte, der ihn »betrogen«, »hintergangen« und »über den Tisch gezogen« habe. Der Filmhändler Leo Kirch ist heute Großaktionär der Springer AG.

Jetzt, da Axel Springer so tot ist wie nie zuvor, hat der ehemalige »Stern«-Chefredakteur Michael Jürgs das Letzte aus seiner Leiche herausgeholt und, so sagt die Verlagswerbung, »endlich die gültige Biographie des deutschen Pressezaren« geschrieben (*Der Fall Axel Springer – Eine deutsche Biographie*): »Eine faszinierende Geschichte von Traum und Wahn, von Erfolg und Macht.«

Endlich also der gültige Roman vom deutschen Pressezaren, vom Frauenhelden, der eigentlich Sänger werden wollte, vom Sterngläubigen, der mit Chruschtschow gern Weltgeschichte nach dem Horoskop gemacht hätte, vom Gottessucher, der Deutschland vom Kommunismus befreien wollte und zu früh starb. Springer – ein Fall für die Klapsmühle, süffig geschrieben, spannend erzählt. Und möglicherweise sogar häufig in Übereinstimmung mit Tatsachen. Nachprüfen läßt sich das nicht. Jürgs nennt seine Quellen nicht, das verbiete ihm leider »die journalistische Pflicht des Informantenschutzes«. Aber insgesamt 75 Interviews mit Freunden, Gegnern, Weggefährten, Ehefrauen, Freundinnen, Angestellten Axel Springers will Jürgs geführt haben – da kommt schon was zusammen.

Mich interessiert eine – sicherlich ergiebige – Quelle, von der Jürgs auffallend wenig hermacht. 1991 erschien im Straube-Verlag eine Springer-Biographie des Springer-Vertrauten Gerhard Naeher (*Axel Springer – Mensch, Macht, Mythos*), ein Buch voller Verehrung für den Pressezaren – es wurde in keiner Springer-Zeitung besprochen, der Straube-Verlag brach abrupt jeden Kontakt zum Autor ab und zog das Buch ganz schnell aus dem Verkehr. Es paßte nicht mehr. Der Springer-Konzern, der bis dahin dem Filmhändler Kirch einen erbitterten Kampf geliefert hatte, versöhnte sich mit dem Kanzlerfreund, der sich heimlich zum Großaktionär der Springer AG emporgekauft hatte. In Naehers Buch aber war ausführlich beschrieben, welche Springer-Größen bezeugten, daß Axel Springer Kirch einen »Kriminellen« genannt hatte, und warum.

Damals, als die Naeher-Biographie zum Un-Buch wurde, verlautete aus dem Springer-Konzern, eine authentische Biographie des toten Verlegers sei in Arbeit. Autor: Paul Schmidt-Carell. Der Mann war mir schon lange ein Begriff: Paul Karl Schmidt, Nazi seit 1931, Träger des »Winkels für alte Kämpfer«, hochrangiges Mitglied der SS und schließlich als Leiter des Presse- und Informationsamtes wichtigster Vertrauter von Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop. Er organisierte in Konkurrenz zu Goebbels, aber nicht weniger fanatisch als der, einen eigenen Propaganda-Apparat und ein eigenes europaweites Verlagsreich des Auswärtigen Amtes. Bei Springer tauchte der braune Propagandafachmann unter dem neuen Namen Paul Carell nach dem Krieg als Serienautor der Illustrierten »Kristall« auf. Er beschrieb den ehrenhaften Kampf des deutschen Landsers gegen Rußland. Aus den Illustriertenserien entstanden Bücher des springereigenen Ullstein-Verlags in Millionenauflage, die das Bild der Deutschen von einer sauberen Wehrmacht bestimmten.

Daß dieser Carell ein Vertrauter Springers war, wußte ich. Was ich nicht wußte, steht jetzt ganz nebenbei bei Jürgs: Schmidt-Carell war auch Redenschreiber und persönlicher Sicherheitsbeauftragter des Verlagsherrn. Eine Ahnung hatte ich allerdings schon, als ich 1989 ein Buch über Journalisten unter Hitler schrieb und dort Paul Karl Schmidt-Carell ein Kapitel widmete.

Schmidt hatte 1939 für Ribbentrop die ihm wohlbekannte Zeitschrift »Volk und Reich« zu Zwecken der Auslandspropaganda erworben. Ich zitierte, was Schmidt in der Zeitschrift nachlesen konnte: einen wüsten Bericht über »die violett und purpur blühende Pflanze der klösterlichen Unsittlichkeit«, wie ein angehender Priester einen dreizehnjährigen Knaben bestialisch ermodet habe, und zwar »unter dem Bild des gekreuzigten Christus, sein Opfer mißbrauchend und schließlich mit zahllosen Messerstichen, die Wundmale des Christus nachahmend, es schrecklich zerfleischend«. Und wie, unmittelbar nach diesem Greuelbericht, die Zeitschrift ausbricht in die Anklage: »Kein Schrei der Empörung durchhallte den deutschen Episkopat.« Mein Kommentar dazu: »Der Titel von Springers berühmter Rede gegen die Sogenannte]DDR ist poetisch höherstehend: ›Kein Aufschrei geht durch unser Vaterland.‹ Paul Karl Schmidt kannte ›Volk und Reich‹, und Paul Karl Schmidt beriet Axel Springer.«

In Jürgs' Biographie findet sich nun Schmidt-Carells Geständnis. Springer habe, wenn er für ihn Reden schrieb, die Texte immer noch einmal geändert. Ausnahme sei eine Rede zur Verleihung des Fugger-Preises gewesen, sagte Schmidt-Carell zu Jürgs: »Die hat er wörtlich von mir so genommen.« Es ist die Rede, die den Titel trägt: »Kein Aufschrei geht durch unser Vaterland.«

Für diese Rede formulierte der Altnazi Sätze wie diesen: »Der auf Freiheit und Recht beruhende Staat muß im Interesse des Glücks der Menschen verhindern, daß die natürliche Ungleichheit zerstört wird.« Er ließ Springer zum Krieg rufen, weil er Krieg wollte und wußte, daß er ohne Propaganda von oben nicht zu machen ist. Springer-Schmidt: »Die preußischen Freiheitskriege waren nicht ein vom Himmel oder aus dem Strom der Zeit gekommener Aufbruch des Volkes, die wie ein Sturmwetter gewachsene ›levée en masse‹. Die Bereitschaft zu Opfer und Kampf, zu Dienst und Widerstand war von ein paar Reformern und Gläubigen aus den führenden Schichten in Gang gesetzt worden. So war es immer! Und wenn das nicht geschieht, dann geschieht eben nichts! Auch bei uns.«

Schmidt-Carell, der zu den wenigen gehörte, die im Nazireich die Propagandaparolen selbst ausgeben durften, legte Springer auf die Zunge: »Wir, die ›Sozialgestalter‹ ... müssen die Fackel von Freiheit und Recht, Dienstbereitschaft und Pflichtbewußtsein, Wahrhaftigkeit, Humanität und Vaterlandsliebe ergreifen: Und müssen sie vorantragen. Wir müssen begreiflich machen, um was es geht.«

Schmidt-Carell, der fanatische Antisemit, der zur Vorbereitung des Abtransports der Budapester Juden nach Auschwitz anregte, man möge doch »Sprengstoffunde in jüdischen Vereinshäusern und Synagogen« arrangieren, damit das Geschrei im neutralen Ausland nicht so groß sei, konnte für Springer auch ein wenig anders, er forderte, »die Aussöhnung mit den Juden und die Hilfe für Israel als Teil der richtig verstandenen eigenen Politik zu begreifen; der Politik, die zur deutschen Wiedergenesung und zur deutschen Wiedergeburt in voller Freiheit führt.«

Springer ist tot, Deutschland ist wieder genesen, die versprochene Springer-Biographie von Schmidt-Carell gibt es aber auch zum zehnten Todestag noch nicht, obwohl der inzwischen 84jährige Schmidt-Carell lebt.

Warum? Was hat den Sicherheitsbeauftragten gehindert, sie zu schreiben? Soll er einfach nicht mehr – wie auch der ganz andere Springer-Vertraute Gerhard Naeher? Weiß er zuviel? Oder will er nicht mehr? Und was ist aus seinem Wissen geworden? Hat Schmidt-Carell seine intimen Spezialkenntnisse anderweitig verkauft oder verschenkt? Gibt es jemanden, der sich rächen will und der es gern sieht, wenn Geheimwissen über Springer unter die Leute kommt?

Jürgs erwähnt Schmidt-Carell hin und wieder. Springer ließ sich etwa sein Vermächtnis »An meine Kinder und Kindeskinder« vom Sicherheitsbeauftragten schreiben, der ihm dabei sehr frei nach der Wirklichkeit selbst ein liberales Elternhaus und einen weltoffenen Vater in den Lebenslauf hineinbrachte. Und wenn Springer in Berlin – PR-wirksam »überraschend« – eine Familie aus dem Volk besuchte, dann war die lange vorher von Schmidt-Carells Leuten untersucht worden. Alles war vom Fachmann arrangiert. Das kann man bei Jürgs nachlesen.

Woher aber hat Jürgs all die intimen Informationen, mit denen er sein Buch zum besseren Verkauf anreichert? Wer hatte die berufliche Pflicht, unter Springers Bett zu liegen, wenn er, wie Jürgs formuliert, »zum Vögeln bat wie zum Diktat« – ging das den Sicherheitsbeauftragten nichts an?

Jürgs, der so viel über Schmidt-Carells Tätigkeit für Springer weiß, wird zurückhaltend, wenn es um Schmidts doch gerade für diese Funktion so wichtige Vergangenheit geht. Da findet sich bei Jürgs weniger, als selbst in allgemeinen Nachschlagewerken steht: Springer habe es nicht gestört, daß sein Sicherheitsbeauftragter ein überzeugter Parteigänger Hitlers gewesen ist: »War ja keiner von diesen widerlichen braunen Schlägern, nur Täter am Schreibtisch im Auswärtigen, und anständige Umgangsformen hatte der Chef des Presse- und Informationsamtes auch.«

Mehr erfährt man bei Jürgs nicht über die NS-Karriere des Mannes, der für Springers Sicherheit zuständig war, der ihm die Reden schrieb, dem Springer vertraute. Warum? Weiß er nichts? Ausgeschlossen. Er schont den Mann. Und das muß einen Grund haben bei einem Journalisten, der »Enthüllungen« so liebt wie Michael Jürgs.

Springer ist tot – Kirch lebt. Sein Finanzier Otto Beisheim von der gigantischen Handelsorganisation Metro und ihren Kaufhofablegern braucht keinen Berater aus der SS, er war selbst in der »Leibstandarte Adolf Hitler«. Und Berlusconi von der Mafia-Loge P2 koalierte offen mit den Faschisten. Im Dreierbund Kirch, Beisheim, Berlusconi haben sich Medien, Markt und Macht zu einem kaum überwindbaren, länderübergreifenden Bündnis zusammengefunden. Einem Bündnis, das weltweit besser als jede Ordnungsmacht reagieren kann. Michael Radtke hat in seinem Report *Außer Kontrolle – Die Medienmacht des Leo Kirch* die Geschichte vom Metro-Finanzexperten Günter Schotte-Natscheff erzählt, der sich mit 36 Millionen Mark an Firmengeldern nach Südamerika abgesetzt hatte. Innerhalb von zwei Wochen hatte eine private Fahndungsgruppe der Metro den Betrüger in Paraguay aufgespürt. Metro-Erfolgsmeldung: »Bei unserem Einsatz kam es uns zustatten, daß ein großes multinationales Unternehmen Mittel, Verbindungen und Möglichkeiten hat, die denen der Polizei vor allem dann überlegen sind, wenn rasche Maßnahmen außerhalb der Bundesrepublik erforderlich sind.« Radtke legt nahe, daß es sich dabei um die Fortsetzung einer geheimen Organisation der Leibstandarte in Südamerika handele, an der der SS-Mann Beisheim Anteil gehabt habe – er sei jedenfalls nach dem Krieg bis Ende 1949 »wie vom Erdboden verschluckt gewesen«.

Wenige Wochen vor Springers zehntem Todestag will Kirch nun wissen, wer in dessen einstigem Reich ihm noch Widerstand entgegenzusetzen vermag. Helmut Kohl, der Freund, hatte die langersehnte Gelegenheit genutzt, einen Kreuzzug gegen das zuweilen unbequeme Bundesverfassungsgericht zu eröffnen. »Das Kreuz ist Hilfe für die Mehrheit der

Menschen«, majorisiert der deutsche Kanzler die Menschheit für seinen Christus und verdammt den Karlsruher Urteilsspruch gegen das Aufhängen von Kruzifixen in Schulräumen als einfach »unverständlich«. Kirch springt dem Kanzler bei, einen besseren Anlaß find't er nit, seinen Machtanspruch im Haus jenes Mannes durchzusetzen, der zu Lebzeiten gewagt hatte, ihn einen Kriminellen zu nennen. Anlaß: Der einstige Präsident des Braunschweiger Oberlandesgerichtes, Rudolf Wassermann, ein strammer Konservativer, hatte in einem Gastkommentar für die »Welt« die Verfassungsrechtslage klargestellt: Die Trennung von Staat und Kirche ist grundlegendes Verfassungsprinzip. Die Bundesrepublik bekennt sich zur Religionsfreiheit und ist ein weltanschaulich neutraler Staat. Wassermanns Schlußfolgerung: »Deshalb sind staatliche Schulen von christlichen Symbolen freizuhalten.«

Dieser Kommentar ist, schimpft Kirch, eine »indiskutable Mißachtung der Grundposition des Verlages und insbesondere der Zeitung«. Darum fordert der Springer-Großaktionär in einem Brief an seinen Aufsichtsratsvorsitzenden Bernhard Servatius »die umgehende Ablösung« des gerade erst eingesetzten Chefredakteurs Thomas Löffelholz. Daß ausgerechnet die »Welt« dieses »haarsträubende Urteil« des Bundesverfassungsgerichts verteidige, habe er mit »Entsetzen« festgestellt, schreibt Kirch und bittet um »Veranlassung der erforderlichen Schritte in der festen Überzeugung, daß Sie meine Haltung teilen«.

Eingriffe von Großaktionären in die Pressefreiheit von Zeitungsredaktionen hat es immer gegeben, gerade von Axel Springer selbst. Daß sein Feind Kirch auch darin ganz offen das Erbe Springers antreten will, zeigt, wohin dieses Zeitungshaus gekommen ist. Neu allerdings ist, daß dieser Eingriff unverhüllt dem Kampf gegen Verfassung und Bundesverfassungsgericht dient.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 8/95 über die Firmengeschichtsschreibung der Deutschen Bank

Konkret 09/95, S. 26

Georg Fülberth

Erste Welt und fünftes Rad

Überlegungen zum gegenwärtigen Zustand der PDS und zu ihrer Stellung in Parteiensystem und Gesellschaft der BRD

Dicke Luft und freies Feld

In KONKRET 7/1995 gibt Ernst Kühl bekannt, er halte die neuerlichen Anwürfe der Gauck-Behörde gegen Gregor Gysi für zutreffend. Er läßt durchblicken, daß das in Rede stehende Delikt – Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit – nicht unbedingt ehrenrührig sei. Wer zur sozialistischen DDR stand, habe eben einen weiteren Loyalitätsbeweis erbracht. Allerdings gebe es mindestens einen Menschen, der sich darauf nicht hinausreden dürfe: Gregor Gysi. Schließlich habe dieser in der Vergangenheit mehrmals arme Teufel, die als IM enttarnt wurden, im Regen stehen lassen. Zum Schluß kommt die Ankündigung, demnächst werde darüber zu sprechen sein, ob Gysi etwa einst zusammen mit einem Sonderkommando von Gorbatschows KGB die Aushebelung der DDR vorbereitet habe.

Der fernstehende Leser merkt, daß es sich um Fraktionskampf handelt, dämpft seinen Schrecken und ermahnt sich selbst: Es müsse eben jedes Argument ernsthaft geprüft werden. Dann stößt er sich aber doch an einer Bemerkung über eine »Lebensabschnittsgefährtin« und ihren »Gespons«, und er beschließt, sich lieber herauszuhalten.

Durch Kühls Artikel kriegen wir etwas von der dicken Luft mit, die gegenwärtig im Karl-Liebknecht-Haus und in einigen Bonner Abgeordnetenbüros herrscht. Hauptstadtmief.

Das platte Land heißt auch deshalb plattes Land, weil man dort weiter gucken kann, seine Ruhe hat und sich aus lauter Langeweile auf müßige Gedanken über die Stellung der PDS in Parteiensystem und Gesellschaft der BRD sowie über daraus resultierende innerparteiliche Reflexe bringen läßt. Unter diesem Subalternitäts-Vorbehalt stehen die folgenden Überlegungen.

Im Westen nichts Neues

In Süd-, West- und Nordeuropa machen sich Parteien links von der Sozialdemokratie bei Wahlen gegenwärtig nicht schlecht. Die französische KP erreicht bei Wahlen knapp zehn Prozent, die portugiesische ebenso. Bessere Ergebnisse von einst sind nicht mehr erreichbar, aber der Abstieg hat sich nicht fortgesetzt. Die »Rifondazione comunista« in Italien ist kaum schwächer. In Spanien pflückt die »Vereinigte Linke« Stimmen ab, die González' PSOE verliert. Linkssozialistische Parteien, die aus der KP hervorgingen, sind in Schweden und Finnland ein kleiner, aber stabiler Teil des parlamentarischen Spektrums. Bunt geht es von alters her in Dänemark zu. Dort hatte sich 1958 die Kommunistische Partei in eine »Sozialistische Volkspartei« transformiert, erzielt nach wie vor gute Ergebnisse, läßt aber immer wieder einmal Platz für kleinere linke Listen, die dann und wann ins Parlament kommen.

Zu den formalen Voraussetzungen eines solchen Beharrungsvermögens, ja sogar von erfolgreichen Neu- und Umgründungen gehört das Verhältniswahlrecht, welches auch kleinen Gruppen eine Chance gibt. In Großbritannien geht so etwas nicht. Dagegen müßte es in Mitteleuropa klappen. Doch in Österreich und der BRD herrscht Ruhe. Wo sich anderwärts Exkommunisten und Linkssozialisten tummeln, sitzen in diesen beiden Ländern die Grünen. Sie bilden die parlamentarische Linke jenseits des alten Dreiparteien-Kartells.

Protest! – sagt da einer. Die seien doch gar nicht links und wollten selbst in die Mitte. Richtig. Aber wir befinden uns im europäischen Zentrum der imperialistischen Ersten Welt, und da ist für weitergehende radikale Bestrebungen gegenwärtig zumindest parlamentarisch kein Platz. Unter diesen Umständen muß man sich sogar wundern, daß die Grünen in der Asylfrage Positionen halten, die im Vergleich zu CDU, CSU, FDP und SPD eben eher links sind. Nun gibt es bei ihnen Leute, die einer Außenverwendung der Bundeswehr das Wort reden. Es ist denkbar, daß sie einmal zu einer Mehrheit werden und ihre Organisation auf die Position der anderen Parteien einschwenkt. Die Zeitverzögerung, mit der Grüne (und SPD) die rechten Entscheidungen von CDU/CSU und FDP nachvollziehen: das ist das Linke an ihnen. Mehr gibt es nicht. Ein besonders häßlicher Vertreter der Grünen hat einmal behauptet, seine Partei sei das Optimum und Limit dessen, was links geht. Vielleicht hat er – rein parlamentarisch und ohne Ansehen der Person – recht.

Die Ostpartei der Deutschen Einheit

Wieder kommt ein Einspruch: Aber es gibt doch die PDS!

Damit betreten wir ein weites Feld, nämlich den Osten zwischen Wernigerode und Wladiwostock. Die dort ehemals herrschenden Parteien sind nicht verschwunden, sondern haben sich umbenannt und umgeformt. In Rußland hat man sogar noch ein K im Namen, die Nachfolgeorganisationen in Tschechien und der Slowakei können vielleicht Ähnlichkeit mit der

Linksopposition in Südeuropa und Skandinavien vorweisen. Im übrigen – Beispiele: Litauen, Polen, Ungarn, Bulgarien – wurde man gut rechtssozialdemokratisch. Links davon wächst nichts. Wer in Ungarn den Weg Gyula Horns nicht mitgehen will und in einer Partei verbleibt, die den alten Namen USAP führt, ist out. Die Sozialistische Internationale freut sich über neue Mitglieder.

Der PDS ist diese Karriere versperrt, denn die SPD steht ihr dabei unüberwindbar im Weg. Es wird für die Partei des Demokratischen Sozialismus schwer bis unmöglich sein, auf Dauer die Funktion der parlamentarischen linkssozialistischen Opposition auszuüben, die in anderen Ländern des altkapitalistischen Europa kommunistische und »postkommunistische« Parteien wahrnehmen. Das liegt nicht nur an den Grünen. Hinzu kommen Probleme des Selbstbewußtseins.

In Spanien, Portugal, Griechenland, Italien, Frankreich, Skandinavien haben die kommunistischen Parteien im Kalten Krieg Isolation, häufig auch faschistische Repression durchgestanden. Selbst im sozialdemokratischen Schweden wurden während des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts und des finnischen Winterkriegs 1939/40 die Kommunisten als potentielle Landesverräter gepiesackt. Wenn sich diese Parteien später gegen die Sowjetunion wandten, mußten sie sich das nicht nur als Anpassung vorhalten lassen. Sie hatten etwas an den Füßen und konnten sich als Rebellen darstellen.

All dies muß bei der PDS fehlen. Der antifaschistische Widerstand gehört vor allem zur KPD-Tradition, mit der sie im übrigen nicht mehr viel am Hut haben will. Und die Versuche, eine innerparteiliche Spur der Anti-Honecker-Resistenz vor 1989 zu legen, bringen allenfalls Privates und Akademisches hervor. Es gilt: mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen.

Der von der Partei ausgerufene »Aufbau West« ist aus diesen Gründen auf absehbare Zeit wenig chancenreich. Selbstverständlich muß in diesem Zusammenhang über die Pleite von Bremen gesprochen werden. Bei der Wahl zur Bürgerschaft 1967 erzielte die Deutsche Friedensunion 4,25 Prozent der Stimmen. 1971 hatte die DKP dort 3,1 Prozent, und von da aus ging es weiter abwärts. Dafür konnten 1979 die Grünen und 1987 die rechte »Deutsche Volksunion« die Standortvorteile dieses kleinsten Bundeslandes nutzen und sich in der Bürgerschaft plazieren. Die PDS aber blieb 1995 mit 2,37 Prozent weit unterhalb von allem, was DFU und DKP dort vorher bei ihrem ersten Start erzielt hatten. Es fehlte an einer ausreichenden Mitgliedermenge, an eigenen Themen, an allem. Ende.

In Bremen zeigte sich eine Schwäche der gesamten PDS im Westen. BRD-Wahlergebnis der DFU 1961: 1,9 Prozent. Die Partei des Demokratischen Sozialismus in den westlichen Bundesländern 1994: 0,9. Bei der Bundestagswahl 1994 schnitt die PDS besser ab als bei der Bürgerschaftswahl 1995. Sie erzielte im vergangenen Jahr in der alten BRD mehr Zweit- als Erststimmen. Das heißt: Wenn sie im Westen überhaupt gewählt wird, dann nur deshalb, weil sie im Osten etwas darstellt.

Aber schon gibt es wieder innerparteiliche Pfiffikusse, die sich über das bremische Resultat freuen, weil sie es fälschlich für eine Niederlage nur des Gysi-Flügels halten. Das ist das Ernst-Kühl-Denken.

Die zuweilen vernehmbare Ankündigung, die PDS wolle im Westen Kommunalmandate erringen, wird sich kaum realisieren lassen. Längst sind die meisten ehemaligen DKP-»Hochburgen« geschleift. Außerdem wollte man von denen doch nichts ... Aus anderen Richtungen wird kein Zuzug kommen. Und selbst im südhessischen Mörfelden-Walldorf werden die dort recht starken Kommunisten 1997 gewiß besser abschneiden, wenn sie unter ihrem alten Namen antreten und nicht plötzlich so tun, als wären sie die Partei des Demokratischen Sozialismus.

Nach Bremen bleibt die Aufgabe der PDS darauf beschränkt, in der ehemaligen DDR die Vollendung der Deutschen Einheit objektiv zu fördern. Der Vergleich mit dem »Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)« in den fünfziger Jahren ist ganz schön gemein, denn es handelte sich um eine Rechtspartei. Doch was den sozialpolitischen Integrationsaspekt betrifft, ist was dran: In beiden Fällen wurde (bzw. wird) darum gekämpft, daß es nicht Deutsche zweiter Klasse geben darf.

Das trägt wohl noch einige Jahre. Falls es der PDS 1998 erneut gelingen sollte, in Berlin mindestens drei Direktmandate zu erhalten, wiederholt sich das Spiel von 1994. (Die CDU/CSU versucht dies durch eine Änderung des Wahlrechts zu verhindern.) Bringt die Partei des Demokratischen Sozialismus aber nur einen einzigen Kandidaten durch, gibt es keine weiteren Sitze, und er bleibt im Parlament mutterseelenallein. In dieser Situation befand sich schon einmal August Bebel 1871-74 im ersten Deutschen Reichstag, und daraus ist ja dann doch was geworden. Wenn nicht alles täuscht, wird die PDS 1998 und 1999 bei den Neuwahlen in einigen ostdeutschen Landtagen und im Berliner Abgeordnetenhaus bleiben, so daß ihre parlamentarische Präsenz auf dieser Ebene für weitere vier Jahre gesichert ist. Es ist schwer vorstellbar, daß sie bis dahin Ansatzpunkte auch im Westen findet. Da müßte sich in der Gesellschaft auch ohne ihr Zutun einiges verschoben haben. Aber von der Parteiführung darf schon erwartet werden, daß sie mehr ist als nur eine Abwicklungsbehörde, nämlich daß sie Konzepte entwirft, welche diesen Eventualfall einschließen. Sehen wir nach.

»Moderner Sozialismus«?

Daß das »Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus« von 1993 linkssozialdemokratisch ist, muß kein Schade sein. In der SPD gibt es Leute, die nach einer solchen Variante schielen. Außerdem steht nirgends geschrieben, daß es in

einem Land nur eine einzige sozialdemokratische Partei geben darf. Man kann nicht genug davon haben. Allerdings entdecken linke Sozialdemokraten immer wieder noch einen Grund, weshalb sie Scharping die Treue halten können. Was die PDS fordert, wird vom SPD-Programm zumindest nicht ausgeschlossen. Außerdem vermag man letztlich doch mehr zu erreichen, wenn man in derselben Partei ist wie Hermann Rappe. Und schließlich kann man ja heimlich Grün wählen. Hier wiederholen sich die Erfahrungen, die Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen 1982 mit ihrem Versuch einer Parteigründung (»Demokratische Sozialisten«, DS) machen mußten.

Gregor Gysis »Ingolstädter Manifest« wirkt intellektuell anregend, weil man sich irritiert fragt, was er mit dem »neuen Gesellschaftsvertrag«, den er fordert, wohl meinen mag. Gleich am Anfang kommt ein Hinweis auf Roosevelts »New Deal«. Ist es das?

Die PDS-Führung wirft den brummelnden Alten unter den Mitgliedern gern Nostalgie vor. Sie selbst ist von diesem Leiden aber keineswegs frei. Allerdings bezieht sich ihre Sehnsucht nicht auf die DDR, sondern auf die Leistungen des Keynesianismus in einigen kapitalistischen Ländern während der sechziger Jahre. Neben dem »New Deal« nennt Gysi denn auch »Sozialstaat, soziale Einhegung des kapitalistischen Marktes«. Wer den Umschwung im Westen seit Anfang der siebziger Jahre bedenkt, müht sich seitdem mit der Frage ab, weshalb die keynesianischen Konzepte gescheitert sind und ob ein Neuanfang tatsächlich auf ihrer Basis möglich ist. Daß es mit ihnen auf Dauer nicht gutgehen könnte, haben schon in der Blütezeit von staatlichen Investitionsprogrammen und gezieltem Deficit-spending einige Marxisten, etwa Paul Mattick, gesehen. Wer den Nordpol zum zweiten Mal entdeckt, kann dabei feststellen, daß in der Gesellschaft passiert, was in der Geographie unmöglich ist: Er ist nicht mehr da, wo er mal war.

Daß sich in der PDS manches wiederholt, was in der BRD vorher schon erlebt und erzählt wurde, ist kaum zu vermeiden. Es entspricht der Situation des Landstrichs, in dem sie stark ist: Er wird vom Westen geschluckt. Über den Zustand der Partei gibt – eher wohlwollend – neuerdings ein Büchlein Auskunft, das teilweise aus der näheren Sicht von Mitgliedern und Sympathisanten, aber zumindest in einigen Beiträgen auch aus sozialwissenschaftlicher Halbdistanz verfaßt wurde: *Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen*. Es enthält informative Beschreibungen, einmal allerdings auch Blamables: Der ehemalige Abgeordnete Dietmar Keller setzt seinen Trommelwettbewerb fort. Er beurteilt seine Genossen danach, wer sich am lautesten an die eigene Brust schlagen kann.

Der interessanteste Beitrag ist zugleich der rechteste. Rainer Land und Ralf Possekel schreiben über »PDS und Moderner Sozialismus«. Ihrer Meinung nach traut sich die Parteiführung nicht, deutlich herauszuarbeiten, was sie in Wirklichkeit wollen muß: Absage nicht nur an die Dominanz des öffentlichen Eigentums, sondern auch an die altsozialdemokratische Politik der Mitsteuerung kapitalistischer Verhältnisse per Staat, statt dessen »moderner Sozialismus«. Dieser bestehe in »Selbstverwaltung der Bürger und Selbstorganisation in lebensweltlichen Zusammenhängen«. Der Staat ist nur noch für die Garantie des Rechts zuständig. Von Keynes ist hier allerdings nicht mehr die Rede, dagegen von Gorz, zumindest so weit er auch von der FDP verkraftet werden kann. Für eine solche Politik gibt es sogar eine Trägerschicht. Sie ist allerdings schon bei den Grünen und wird keinen Anlaß sehen, zur PDS überzuwechseln.

Die Stalinismuskeule

Wird Lothar Bisky nach konkreten inhaltlichen Vorhaben der PDS auch im Westen gefragt, antwortet er gern, sie habe aus ihrer SED-Vergangenheit gelernt und werde niemals mit fertigen Konzepten, welche der Gesellschaft zu diktieren seien, hervortreten. Deshalb erteile sie allen jenen innerhalb der Partei, die weiterhin eine solche Politik verträten, eine Absage. Und schon ist er bei der Kommunistischen Plattform. Man sieht: Wenn er nicht mehr weiß, wo es langgehen soll, braucht er den Schatten Stalins wie die Luft zum Atmen.

Nach diesem Schema verlief auch der Parteitag im Januar 1995. Ein zentrales Thema sollte die West-Erweiterung sein. Das hätte öde werden können. Sahra Wagenknecht rettete die Situation durch ihre erneute Kandidatur für den Parteivorstand. Damit war für Unterhaltung gesorgt, und mit der Ablehnung der von der Führung ungeliebten Bewerberin konnte den Medienvertretern – sie waren zahlreicher als die Delegierten – gezeigt werden, was »Moderner Sozialismus« ist.

Die im Mai veröffentlichte, von 38 Leuten unterzeichnete Erklärung »In großer Sorge« konstatiert zutreffend »eine gespenstische Schlacht in den eigenen Reihen unter der absurden Losung ›Reformer gegen Stalinisten‹«. Leider ist sie in anderen Punkten weniger konkret, zum Beispiel in dem Hinweis »auf das, was wir bei Marx Richtiges und Wichtiges gelernt haben«. Die Frage ist, wie es operativ angewandt werden kann. Wer das »Kapital« kennt und zugleich den Kapitalismus, fragt sich manchmal, ob er in den letzten Jahrzehnten am Ende nur für die Schule gelernt hat und nicht für das Leben. Beides auf der Basis des Historischen Materialismus wieder zueinanderzubringen: das wäre doch eine schöne Aufgabe für das »Marxistische Forum«, welches jetzt gegründet werden soll. Es ist eine Arbeit für Jahre.

Die Gysi-Frage

Inzwischen sind die Mitglieder und Funktionäre längst wieder gezwungen, sich an der Außenfront ihrer Partei zu bewegen. Der Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus in Berlin hat begonnen. Die Ablehnung der staatlich freigegebenen Mietentreiberei durch die PDS verschafft ihr eine gute Ausgangsposition.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, alles, was gegenwärtig außerhalb dieser Partei gegen Gysi unternommen wird, als Teil des Wahlkampfs zu verstehen. Es geht seinen Anklägern nicht nur darum, der PDS Stimmen abzujagen. Gysi war bisher ein Exponent der Tolerierung eines etwaigen rosa-grünen Senats. Wird er öffentlich hinreichend beschädigt, ist dieses ohnehin unwahrscheinliche Projekt vollends unmöglich. Nachdem Gysi plötzlich zur anrüchigen Figur umgebaut wurde, gilt paradoxerweise, daß eine weitere Anpassung seiner Partei nicht mehr denkbar ist, solange er ihr wichtigster Repräsentant bleibt.

Seine innerparteiliche Schwächung wird von rechts, nicht von links kommen. Es gibt in der PDS genug Leute, die nur in engster Zusammenarbeit mit der SPD eine Zukunft für sich sehen, vielleicht bis hin zu einem künftigen Übergang der kleineren Sozialdemokratie in die große. Gysi sollte sie dort hinführen. Jetzt könnte es sein, daß das gerade mit ihm nicht mehr geht: Scharpings SPD, von der Union scheugemacht, wird sich endgültig nicht mehr trauen. Dann werden wir erleben, wie der jugendbewegte rechte Flügel Gysi irgendwie loszuwerden versucht. Schon hat man es mit Modrow so gemacht. Die Partei benimmt sich als abhängige Variable eines für sie ungünstigen Kräfteverhältnisses. Könnte sie sich davon freimachen, wäre dies – mit sechs Jahren Verspätung – der Beginn des Ausgangs aus ihrer längst schon selbstverschuldeten Unmündigkeit.

Da sei ich an der falschen Adresse, meinen Sie? Schade, wenn Sie recht behielten.

Literaturhinweis:

Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hg.): *Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen*. PapyRossaVerlag, Köln 1995

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 6/95 über 10 Jahre Gorbatschowismus

Konkret 09/95, S. 29

Werner Pirker

Links starten, rechts landen

Freiheit und / statt / oder mehr Sozialismus – Über Stalins sozialdemokratische Nachfolger

In der PDS tobt der antistalinistische Konsens. Dem gebeutelten Parteivolk ist antitotalitäre Trauerarbeit auferlegt worden. Die Trauer äußert sich allerdings immer öfter in trotzigen Trinksprüchen auf den dahingeschiedenen Realsozialismus.

Der Antistalinismus der PDS-Oberen zielt nicht nur auf die Verurteilung des Massenterrors, der sich in der UdSSR unter dem erbarmungslosen Diktat des »Führers der Menschheit« entfaltet hatte, sondern auf die Gesamtheit des realsozialistischen Reproduktionsmodells, das dem vernichtenden Urteil, eine grauenhafte Verzerrung sozialistisch-emanzipatorischer Bestrebungen gewesen zu sein, anheimfällt.

Das entspricht ziemlich genau dem Perestroika-Diskurs vom Ende der achtziger Jahre, als die Koryphäen der Sowjetwissenschaft zu den Ursachen der Systemdeformationen vorgedrungen zu sein glaubten und eine positive Aufhebung des staatssozialistischen Systems der entfremdeten Arbeit verkündeten. Bis heute haben die Perestroikisten jedoch nicht einmal in Ansätzen das radikale Scheitern ihrer sozialistischen Erneuerungsstrategie reflektiert: den blamablen Umschlag des in seinem ursprünglichen Anspruch revolutionären Projekts eines emanzipatorischen Sozialismus in die konterrevolutionäre Enteignung des Gesellschaftseigentums. Das wäre auch zuviel verlangt. Der Paradigmenwechsel folgte dem marktspontanen Durchsetzungsvermögen der starken Interessen. Was die Perestroika-Köpfe reflektierten, war die aus der Dynamisierung der Eigentumsverhältnisse entstandene neue Interessenlage der alten Eliten. Erst im Zusammenhang mit dem Prozeß der Herausbildung neuer sozialökonomischer Subjekte erhält Gorbatschows Warnung »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben« ihren wirklichen Sinn.

Das Unvermögen, den Absturz des Realsozialismus aus materiellen Vorgängen, aus der Verselbständigung des Gesellschaftseigentums und der dabei entstandenen Allianz von alten Nomenklatura- und neuen Eigentümerinteressen, zu erklären, ist dem Antistalinismus ebenso eigen wie dem Anti-Antistalinismus. Die einen beziehen sich affirmativ auf die von Gorbatschow vollzogene Zerstörung des bürokratisch-administrativen Reproduktionszusammenhangs. Sie könnten nur unter Aufgabe ihrer neuen Identität zugeben, daß dieser Prozeß die alten Identitäten nicht positiv aufgehoben, sondern lediglich verbürgerlicht hat. Die anderen fürchten um ihre revolutionäre Identität, würden sie sich der Tatsache stellen, daß das stalinistische Sozialismusmodell seine eigenen Totengräber produzierte.

Der von Kurt Gossweiler in den »Weißenseer Blättern« losgetretene anti-antistalinistische Diskurs kreist um die metaphysische Kategorie der revolutionären Generallinie. Vom Generalissimus entwickelt und durch die Stürme der Zeit getragen, sah sie sich nach dessen Tod zunehmend in Frage gestellt und letztendlich von den Gorbatschow-Leuten um des Friedens mit dem Imperialismus willen preisgegeben. Hans Heinz Holz insistiert in der »Neuen Volksstimme« (Wien) auf der Richtigkeit der Stalinschen These, daß sich der Klassenkampf im Sozialismus verschärfe. Weil der deutsche Philosoph aber einer radikalen Kritik am Stalinschen System nicht zugänglich ist, wendet er diese Behauptung auch nicht da an, wo sie erst einen Sinn bekäme: im Bereich der von Nomenklatura-Interessen verzerrten sozialen Beziehungen. So verbleibt er im Bannkreis des ausschließlich herrschaftsvermittelten Stalinschen Klassenkampfmythos. Dieser aber suggerierte einen Klassenkampf, der sich nicht auf Klassen bezog, sondern auf Anhänger und Gegner der richtigen Klassenlinie. Als diese niemand mehr in Frage zu stellen wagte, durfte die »Prawda« am 4. April 1936 triumphierend feststellen: »In der UdSSR sind die Schmarotzerklassen der Kapitalisten, Großgrundbesitzer und Kulaken endgültig liquidiert, und damit ist es mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf immerdar und ein für allemal aus.«

In ihrer Abgrenzungsrhetorik bemerken die kämpfenden Klassen der Antistalinisten und der Anti-Antistalinisten nicht, wie sich ihre Argumente verzahnen. Holz, der die auf dem 20. Parteitag der KPdSU propagierte »Entstalinisierung« als Entwicklungsbruch bezeichnet, verwahrt sich gegen die Personalisierung von systematischen Problemen und die Projektion auf eine »Unheilsfigur«. Dies sei eine Entlastungsstrategie und verhindere ein historisch-materialistisches Verständnis der Geschichte des Kommunismus, schreibt er. Das können so auch die Antistalinisten unterschreiben, deren Kritik weit über die Person des Wüterichs hinauszielt und dessen strukturelles Erbe, das bürokratische Kommandosystem, im Visier hat. Dieses Pauschalurteil ist für die Verteidiger der Generallinie aber wiederum ein willkommener Anlaß, im Antistalinismus das entscheidende Einfallstor für den Antikommunismus zu orten. Stalinismus ist laut Holz »ein antikommunistischer Kampfbegriff, gerade auch dann, wenn er unter dem Vorwand demokratischer Erneuerung dazu gebraucht wird, ein konsequent kommunistisches Sozialismus-Verständnis zu bekämpfen«.

Gossweiler, der die Entstalinisierung als Prozeß der permanenten Aufweichung des revolutionären Willens durch den Opportunismus beschreibt, an dessen Ende der Sozialismus dem Imperialismus wie eine reife Frucht in den Schoß gefallen sei, sieht das besondere Raffinement des Revisionismus darin, »daß er lange Zeit als Antirevisionismus, als Verteidigung des Leninismus gegen dessen Verfälschung durch Stalin auftrat«. Er reflektiert einen realen Vorgang, aber eben nur im Rahmen ideologischer Realitäten und nicht im Kontext der Wechselwirkung von Ideologie und realen, über soziale

Interessen vermittelten Prozessen. In der Tat: Die Perestroika trat links an, um ganz rechts anzukommen. Dabei spielt die Frage, ob Gorbatschow wußte, was er tat, eine eher untergeordnete Rolle. Er war ein von seiner eigenen Rhetorik und der Logik der Ereignisse getriebener Politiker, der heute ebenso verzweifelt wie gutbezahlt versucht, seine Sprechblasen der postkommunistischen Wirklichkeit anzupassen.

Der theoretische Bruch mit dem staatssozialistischen Modell erfolgte zum Höhepunkt des Perestroika-Diskurses (1987-89). Gefordert war eine »neue Sichtweise des Sozialismus«, welche die realsozialistische Entfremdung der Werktätigen von Eigentum und Macht bloßstellen und die normativen, das heißt emanzipativen und partizipatorischen Eigenschaften des Sozialismus besser zur Geltung bringen sollte. Die Kritik am Kasernenhofsozialismus als Ausdrucksform »kollektiven Neides« und als Negation sozialen Schöpfertums, auf die sich die sowjetische Gesellschaftswissenschaft stets besonnen hatte, wenn es Abweichungen wie den Maoismus oder den Polpotismus zu entlarven galt, wurde auf die eigenen Zustände angewandt. Nicht weniger, sondern mehr Sozialismus, war die Devise.

Das einmalige an diesem ideologischen Vorgang, der Gorbatschow erst zum unverwechselbaren Gorbatschowisten machte, bestand darin, zuerst einen aus dem humanistischen Gehalt des Sozialismus hergeleiteten ethischen Diskurs auszulösen, der anfangs die moralische Überlegenheit des Sozialismus und dann die Priorität der allgemeinmenschlichen gegenüber den Werten der eigenen Klasse postulierte, später die kapitalistische Zweck-Mittel-Rationalität (Markt, bürgerliche Demokratie, Rechtsstaat) als verbindliches Wertsystem zu rezipieren begann, um schließlich einen aus dem bereits liberalen Diskurs heraus begründeten »humanen Sozialismus« hervorzuzaubern.

Was war da passiert? Für Gossweiler und Genossen ist die Antwort sonnenklar: Der als Antirevisionismus kostümierte Revisionismus hatte den in der Geschichte folgenschwersten Paradigmenwechsel vollzogen. Sie glauben dem ehemaligen Ideologiesekretär der KPdSU, Alexander Jakowlew, der sich, um nicht wie Gorbatschow in der Versenkung zu verschwinden, im nachhinein als menschewistischer Agent im Stab der Bolschewiki enttarnte. Es hatte also bloß an revolutionärer Wachsamkeit gefehlt, die vom Opportunismus über Jahrzehnte eingeschläfert worden sein soll. »Marxistisch-leninistischem« Fundamentalismus muß zwangsläufig die Einsicht versagt bleiben, daß das Staatsmonopol zur Voraussetzung seiner eigenen Aufhebung geworden war. Denn die politisch-ökonomische Macht realisierte sich längst nicht mehr auf der Ebene anonymer Planungsbehörden, die an den Bedürfnissen genauso vorbeiplanten wie an den realen Machtverhältnissen, sondern in den unermeßlichen Weiten der sowjetischen Ökonomie. Der zentralisierte Plan erzeugte in seiner Bewußtlosigkeit die spontanen Gegenpläne vor Ort, den bürokratischen Markt, dessen Akteure eine mafiose Form des Unternehmertums entwickelt hatten.

Die Perestroika versprach, die Deformationen in den sozialen Beziehungen ein für allemal zu überwinden. Tatsächlich hatte sich eine gesellschaftliche Grundstimmung ergeben, die eine Sozialisierung des realen Sozialismus erstrebte. Doch die Kritik der Waffen war stärker als die Waffe der Kritik. Der August 1991 sah die Korruption als siegreiche Klasse. Der Bürokratie war es gelungen, auch noch die antibürokratische Kampagne zu korrumpieren, das heißt antikommunistisch zu kanalisieren. So nutzten bisherige Nutznießer des von Stalin begründeten Systems den Antistalinismus als ideologische Waffe bei der Durchsetzung ihrer Eigentümerinteressen. Das war aber nur möglich, weil das gesellschaftliche Widerstandspotential sich verflüchtigt hatte.

Das realsozialistische Massenbewußtsein beruhte im wesentlichen auf kleinbürgerlichem Konformismus, der sich im Breschnewschen System des »entwickelten Sozialismus« und seiner osteuropäischen Entsprechungen als »politisch-moralische Einheit des Volkes« äußerte. Seine eigentlichen Wurzeln aber liegen im Stalinschen System, das zwar bei jeder Gelegenheit den Klassenkampf künstlich anheizte, aber gerade dadurch einen mörderischen Konformismus produzierte. Es ist auch falsch, im Stalinschen Terror ein zwar grausames, aber wirksames Mittel zur Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit und zur Bekämpfung der Korruption zu sehen. Wie immer bei solchen Kampagnen setzten sich dabei die stärksten, weil korruptesten Formationen der Korruption durch. Diese war in den Jahren der großen Säuberungen freilich nicht marktvermittelt, sondern über das administrative System und seinen Repressionsapparat wirksam. Durchgesetzt aber haben sich damals wie heute die skrupellosesten Kostgänger der Macht bzw. des Marktes.

Das bürokratische System hatte ein Volk nach seinem Ebenbild geschaffen. So war die durch die Schule der Stalinschen Industrialisierung gegangene sowjetische Arbeiterklasse sozial, politisch und ideologisch äußerst homogen und in Zeiten großer Kraftanstrengungen organisiert und diszipliniert wie keine andere, in ihrer Interessen- und Willenlosigkeit aber ein bloßes Objekt subjektivistischer Politik. Der Klassenkampf brach in seiner ganzen Schärfe aus, als Gorbatschow glaubte, ihn auf immerdar aus der Welt geschafft zu haben. Während Stalin Klassenkampf jenseits der Klassen führte, gab es nun Klassenkampf, ohne daß die Klassen Bescheid gewußt hätten. Vor allem jener Teil der Arbeiterklasse, der den Kampf im Sog der Bourgeoisie führte und sich von den demokratischen Demagogen auch noch einreden ließ, daß das Denken in Klassenkategorien die Ursache seines Elends gewesen sei. Es waren die Kumpel aus den Kohlegruben des Landes, die spontan alle Attribute proletarischer Gegenmacht entwickelten, um auf dieser Grundlage die umgehende Einfüh-rung der kapitalistischen Lohnarbeit zu fordern.

Man mag das soziale Kreativität oder Rebellion auf den Knien nennen: In Polen geschah dies ja auch direkt unter dem Bildnis der Schwarzen Madonna. Das geschlossene System des Sozialpaternalismus hatte sich jedenfalls erschöpft bzw. war von seinen Eliten zersetzt worden. Die Auflösung des Staatssozialismus vollzog sich entlang seiner Ambivalenzen. Als Weltanschauungspartei leistete die KPdSU der Kapitalisierung Widerstand, als Machtstruktur wollte sie die Gesellschaft in die Marktwirtschaft führen. Ideologisch zu einer überflüssigen Hülle geworden, mutierte sie in ihrer bürokratischen Substanz zur Jelzinschen Machtpartei. Deren Paradigmenwechsel vom Liberalismus zu den russischen Werten hat zu einer neuerlichen Neubewertung der Rolle Stalins geführt. Inmitten der ungebrochenen Beschimpfung des Bolschewismus als Ideologie zur Zerstörung Rußlands erscheint der Generalissimus als Retter der Nation.

Der kommunistische Fundamentalismus in Gestalt der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation geriet zum Fundamentalismus ohne Kommunismus, dessen Chefideologe Gennadij Sjuganow die Legende der sozialistischen Menschengemeinschaft ohne Mühe in das Theorem der Volksgemeinschaft transformierte. Der kulturrevolutionären Komponente des Leninismus, die nach seiner Meinung auf die Zerstörung des natürlichen russischen Volkslebens gerichtet war, zutiefst abgeneigt, wird jener Stalin zur Verkörperung der positiven Tendenzen des Sowjetkommunismus, der sich im zweiten Weltkrieg vom Klassenkampf losgesagt hatte, um die vaterländischen Werte zu verkünden. Obwohl Sjuganow, wie Holz, den Entwicklungsbruch im 20. Parteitag vermutet, wobei ihn freilich nicht die Preisgabe des Klassenkampfes stört, sondern die von kosmopolitischen Agenten betriebene Zersetzung des russischen Staatspatriotismus, sind die brüderlichen Beziehungen zwischen der KPRF und Gysis PDS weitgehend ungetrübt.

Nirgendwo in Osteuropa gestaltete sich die soziale Revanche als konterrevolutionärer Triumph. In Ungarn, Polen und Bulgarien lösten sich die Staatsparteien aus dem über sie vermittelten Systemzusammenhang. In ihrer spezifisch staatssozialistischen Legitimationsweise aufgehoben, vollzogen sie an sich selbst die Entkommunisierung, womit alle Voraussetzungen für einen zivilisierten Bruch gegeben waren. Allein in der Tschechoslowakei verlief die Verbürgerlichung abseits der kommunistischen Eliten. Die KP der Tschechischen Republik ist auch die einzige Nachfolgepartei, die sich »neokommunistisch« definiert. In Rumänien lieferten die Sicherheitskräfte den Systemveränderern ein blutiges, in den westlichen Medien allerdings horrend übertriebenes Rückzugsgefecht. Doch auch diese »Revolution« war bloß die historische Kostümierung eines Operettenputsches, der die Opposition im Machtapparat in die Regierungsverantwortung hievte.

Die Zeit der Buße, die den entlegitimierten Führungskräften des Realsozialismus auferlegt war, dauerte nicht lange. Zwar mußten die Repräsentanten des ehemaligen kommunistischen Systems als Preis für den Eintritt ins pluralistische System demütigende Wahlniederlagen in Kauf nehmen. Doch auch das hatte lediglich die Funktion, dem Wahlvolk die Angst vor der kommunistischen Revanche zu nehmen. Politisch abgestürzt, haben die einstigen Systemrepräsentanten von ihrer sozialen Gestaltungskraft nur wenig eingebüßt. In ihrem Lager befindet sich das weitverzweigte Netz von Seilschaften, das die wirkliche Herrschaftsstruktur bildet. Das verfehlt auch nicht seine Wirkung nach unten. Waren die Massen in ihrem Bedürfnis nach einem besseren Sozialismus antikommunistischen Bewegungen wie der Solidarnosc gefolgt, so sind es nun die Postkommunisten, in die sie ihre Hoffnungen auf einen einigermaßen erträglichen Kapitalismus setzen.

Es hat wohl auch etwas mit ideologischer Trägheit zu tun, daß sich die entkommunisierten Kommunisten heute sozialdemokratisch positionieren. Denn wo der Sozialismus mit menschlichem Antlitz verpaßt wurde, konnte auch der Kapitalismus mit menschlichem Antlitz nicht mehr fixiert werden. Deshalb sind es die Neosozialdemokraten, die am eifrigsten die ordnungsliberalen Auflagen der westlichen Reformzentrale erfüllen. Oft geschieht das in einem scharfen Gegensatz zu nationalpopulistischen Strömungen, deren Ideologie deutlich an die sozialharmonischen Stereotypen des Realsozialismus anknüpft.

Als die Perestroika noch auf die Erneuerung des Sozialismus orientierte, wurde von ihren Ideologen zwischen bewußten und spontanen Stalinisten unterschieden. Als bewußte Stalinistin galt die sich bis heute unbeirrt auf den Massenheroismus der Stalin-Periode beziehende Nina Andrejewa. Unter spontanen Stalinisten wurden die Träger und Nutznießer der korrumpierten sozialen Beziehungen verstanden. Die Perestroika-Helden sollten sich keine zwei Jahre später affirmativ auf diese Interessen beziehen. Hier schließt sich der Kreis. Der Anti-Antistalinismus ist der Antistalinismus des dummen Kerls. Der Antistalinismus der Untergangsgewinnler aber ist Stalinismus mit anderen ideologischen Mitteln.

Werner Pirker schrieb in KONKRET 2/95 über Jelzins Tschetschenien-Politik

Konkret 09/95, S. 32

Eckhard Voß

Euro-Bubble II

Eine neue Polizei für Schengenland – Über die Fortschritte beim Aufbau der europäischen Innen- und Justizpolitik

Man stelle sich vor, die Regierung Kohl würde die Einrichtung einer neuen Polizeidienststelle bekanntgeben, die sich mit Drogenkriminalität, Autoschmuggel, Nuklearhandel, illegalem Menschenhandel und sonstigen Formen »schwerwiegender Kriminalität« befassen sollte. Weiterhin würde verlautbart, daß zwar die gesetzlichen und parlamentarischen Grundlagen noch fehlten, daß auch die konkreten Aufgabenbereiche, die Frage des Datenschutzes sowie des Aufsichts- und Beschwerderechts noch ungeklärt seien, die Beamten der Dienststelle aber trotzdem mit ihrer Arbeit beginnen würden. Die rechtsstaatliche Absegnung sei momentan noch etwas schwierig und werde zu einem späteren Zeitpunkt, in zwei bis drei Jahren etwa, nachgeholt. Wenn auch nicht unmöglich, so wäre doch weder in Deutschland noch in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ein derartiges Vorhaben ohne lautes öffentliches Gejammere über die damit verbundenen Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien zu haben.

Anders im Falle der mehr und mehr politische Konturen annehmenden EU selbst. Deren Institutionen haben den Vorteil, daß sie keiner öffentlichen oder parlamentarischen Kontrolle unterliegen, die diese Bezeichnung verdiente. Sie sind ausschließlich denen verantwortlich, die sie ins Leben riefen, den beteiligten Regierungen nämlich – der Ministerrat ist zugleich Legislative und Exekutive der Union. Es gibt weder eine EU-Verfassung, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten berufen könnten, noch existieren in den neuen europäischen Politikfeldern eindeutige rechtliche Rahmenbedingungen. Der Maastrichter Vertrag, die »Magna Charta« der Politischen Union, ist lediglich ein Torso, in den so ziemlich alles hineingepackt werden kann, was von den europäischen Regierungschefs für notwendig erachtet wird. Dies gilt insbesondere für einen so sensiblen Bereich wie die Justiz- und Innenpolitik, die im Unionsvertrag neben der Wirtschafts- und Währungsunion und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als »dritte Säule« der EU genannt wird. Seit einigen Jahren wird denn auch verstärkt an der »Vergemeinschaftung« der Abschottung nach außen und der polizeilichen Kontrolle und Überwachung im Inneren gearbeitet. Zur Rechtfertigung ihrer Politik scheut die EU-Kommission auch einen Rückgriff auf gängige Klischees des rassistischen »Common sense« nicht. So ist etwa in einer offiziellen Informationsschrift zu lesen: »Einwanderungs- und Asylprobleme, der Drogenhandel sowie andere Verbrechen internationalen Zuschnitts beunruhigen zunehmend die Bürger Europas. Der Vertrag über die Europäische Union sieht deshalb in Fragen der Justiz und der inneren Angelegenheiten eine umfassende Zusammenarbeit vor, die schrittweise zu einer gemeinschaftlichen Politik ausgebaut werden soll« (*Die Europäische Einigung. Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1995, S. 62).

Das Jahr 1995 ist gleich in mehrerer Hinsicht bedeutsam für den Auf- und Ausbau einer »gemeinschaftlichen Politik« der Inneren Sicherheit und der äußeren Abschottung Europas gegen Einwanderer, Flüchtlinge und andere »Verbrechen internationalen Zuschnitts«. So unterzeichneten Ende Juli die 15 EU-Botschafter der Mitgliedsländer in Brüssel die umstrittene Konvention bzw. Satzung der »Europäischen Polizeidienststelle«, kurz Europol. Die in Den Haag angesiedelte Behörde geht auf eine Initiative der deutschen Regierung zurück und arbeitet bereits seit mehr als einem Jahr unter den eingangs genannten rechtsfreien Bedingungen, von denen jeder Polizist nur träumen kann. Zwar setzte sich der Bundeskanzler mit seiner Forderung, Europol müsse mit Ermittlungsbefugnissen ausgestattet werden und solle ihren Sitz am besten in Wiesbaden in der Nähe des BKA haben, nicht durch. Als Entschädigung für die Stationierung der Behörde in den Niederlanden erhielt sie aber mit Jürgen Storbeck einen deutschen Leiter, der, als ehemaliger stellvertretender BKA-Chef, ohne Zweifel dafür Sorge tragen wird, daß Europol eine den deutschen Interessen entsprechende Arbeit leistet.

Unter Ausschluß jeglicher öffentlicher Kontrolle beschäftigt sich Storbeck zusammen mit 80 Beamten aus den EU-Ländern seit 1994 mit dem Austausch von Informationen über den Rauschgifthandel, die Bekämpfung des unkontrollierten Nuklearhandels sowie der »Schleuser-Kriminalität« und der Verschiebung geklauter Kraftfahrzeuge. Nach Auskunft Storbecks arbeitet Europol heute »nur mit 50 Prozent unserer Möglichkeiten« (»Hamburger Abendblatt«, 24.6.95), betreibt vor allem Informations- und Datenauswertung und koordiniert länderübergreifende Ermittlungen. Daß es aufgrund der fehlenden rechtlichen Grundlage bislang noch kein grünes Licht für die Inbetriebnahme und Fütterung des vorgesehenen Zentralcomputers gab, juckt die Europol-Beamten wenig. Sie haben einen Online-Zugriff auf insgesamt 40 verschiedene nationale Informationssysteme und genügen der Auflage, die jeweiligen Datenschutzbestimmungen ihrer Länder zu respektieren, auf eine pragmatische Art und Weise: Jeder der 15 Mitgliedstaaten hat seinen eigenen PC (ob mit Nationalflagge bestückt, war nicht zu erfahren), auf dessen Bildschirm nur der dazugehörige Beamte blicken darf. Will also der französische Beamte nach Blick in den französischen PC dem deutschen etwas mitteilen, so muß er selbst die Entscheidung treffen, ob diese Datenweitergabe den französischen Datenschutzbedingungen entspricht. Dies ist ein Umgang mit dem Datenschutz, wie ihn Polizeibeamte sich wünschen. Strobeck sieht deshalb auch kein Problem: »Letztlich bekommen wir alle Informationen.«

Das denn doch nicht – was die Europol-Köpfe sich erträumen, übertrifft bei weitem, was gegenwärtig an nationalen Informationssammlungen existiert. Der »Spiegel« beschrieb ihre totalitären Wünsche so: »Europol-Prinzip: vorsorgliches Mißtrauen gegen alles und jeden, komplette Dossiers über Ungerechte und Gerechte« (31/95 vom 31.7.95). Gesammelt werden sollen nicht nur die Daten von Menschen, die zur Fahndung ausgeschrieben sind oder unter Verdacht stehen. Erfaßt werden sollen auch Personen, die für tatsächliche oder »künftige Strafverfolgungen« (?) als Zeugen in Betracht kommen sowie alle Personen, die in irgendeinem Zusammenhang mit Europol-relevanten Straftaten stehen, und sei es als Opfer. Dieser polizeiliche Supercomputer für den Fahndungsraum Europa, von dem ein Horst Herold nur zu träumen wagte, darf jetzt ans Netz gehen. Obwohl immer noch keine Klarheit darüber besteht, durch welche Instanz Europol kontrolliert werden soll, gab die Unterzeichnung der Konvention grünes Licht für die Inbetriebnahme. Um es noch einmal zu sagen: Seit über einem Jahr agieren europäische Polizeibeamte nach Gutdünken und ohne jegliche gesetzliche Kontrolle und dürfen nun mit beliebig definierbaren Zugriffsrechten Daten ohne Rücksicht auf Datenschutzbestimmungen auf der Grundlage einer vagen und inkompletten Satzung sammeln, deren Ratifizierung durch die nationalen Parlamente mindestens noch zwei Jahre in Anspruch nehmen und die mit Sicherheit in der jetzt vorliegenden Form nicht in Kraft treten wird (wohl aus diesem Grund hält die Bundesregierung sie bislang geheim). Die Benelux-Staaten haben bereits klargestellt, daß sie ohne eine Regelung des Beschwerderechts gegenüber Europol die Konvention nicht ratifizieren werden. Vor allem aber die britische Regierung hat bereits mehrfach betont, daß sie eine Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes, wie sie vor allem von Deutschland und Frankreich gewünscht wird, strikt ablehnt.

Der Startschuß für Europol, die erste internationale Polizeizentrale in Europa seit der Gründung von Interpol (mit Sitz in Lyon) 1923, markiert eine neue Etappe der europäischen Innen- und Justizpolitik. Als eigenständige europäische Instanz setzt die Behörde einen ersten wichtigen Schlußpunkt unter die seit Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich verstärkte polizeiliche Kooperation in Europa, die bislang vor allem in Form zwischenstaatlicher Abkommen, Gremien und Arbeitsgruppen organisiert war (vgl. den Hinweis auf das Buch von Heiner Busch im nebenstehenden Kasten). Europol ist der Beginn einer eigenständigen europäischen Polizeipolitik mit eigenen Kapazitäten. Genau gegen diese »Vergemeinschaftung« richtet sich auch der Widerstand der britischen Regierung, die trotz der Maastrichter Grundsatzentscheidung die Innen- und Justizpolitik weiterhin als Angelegenheit zwischenstaatlicher Kooperation behandeln möchte.

Dieser Zug aber scheint bereits abgefahren, und der britische Widerstand wird wohl kaum Erfolg haben. Denn seit Maastricht sind die zahlreichen formellen wie informellen Gremien der zumeist unter Ausschluß der Öffentlichkeit tätigen polizeilichen und justiziellen Kooperation vereinheitlicht und unter das institutionelle Dach der EU gebracht worden. So wurde die bereits seit 1976 bestehende Trevi-Kooperation der Innen- und Justizminister formell aufgelöst und – unter Beibehaltung der organisatorischen Struktur – in die Zuständigkeit des sogenannten »K4-Ausschusses« überführt, dessen Name dem entsprechenden Abschnitt des Maastrichter Vertrags entlehnt ist. Ähnliches gilt für Gremien wie etwa die »Ad hoc Arbeitsgruppe Einwanderung«. Unter dem Dach des »K4-Ausschusses«, der wiederum dem Rat der Innen- und Justizminister verantwortlich ist, konzentriert sich die EU-Innenpolitik heute auf die Bereiche »Einwanderung«, »polizeiliche Zusammenarbeit« und »justizielle Zusammenarbeit« – so die Titel der drei »Lenkungsgruppen«. In gut zwanzig Unterarbeitsgruppen, die von A wie Asyl bis Z wie Zollfragen reichen, wird zu speziellen Bereichen an der Entwicklung europäischer Konzepte und Richtlinien gearbeitet.

Das Jahr 1995 ist jedoch nicht allein wegen Europol ein wichtiges Datum in der Formierungsgeschichte eines europäischen Polizei- und Überwachungsstaates. Bereits Ende März trat dessen zweites Kernstück, das Schengener Abkommen, in Kraft, zehn Jahre nachdem es durch die Benelux-Staaten, Frankreich und Deutschland erstmals verabschiedet worden war. Bis auf Großbritannien und Irland wird das Schengener Abkommen heute von allen EU-Regierungen anerkannt und praktiziert. Darüber hinaus ist seit 1991 auch Polen durch ein Kooperationsabkommen in das Schengener Regelwerk eingebunden. Unter der Vorgabe, den Fortfall der Grenzkontrollen zwischen den Schengen-Staaten zu ermöglichen, hat das Abkommen vor allem die Intensivierung und Vereinheitlichung der Außengrenzkontrollen zum Ziel – gleichzeitig soll es die Visa-Vergabe koordinieren und verschärfen sowie das Asylrecht harmonisieren. Zu diesem Zweck intensivierte man die polizeiliche Zusammenarbeit und begann im Rahmen des Schengener Informationssystems (SIS) in Straßburg mit dem Aufbau eines zentralen Computersystems, das an die Fahndungssysteme der nationalen Polizeien angeschlossen ist. Derzeit existiert SIS zwar lediglich als Fahndungssystem und enthält »nur« Daten über Personen, die mit Haftbefehl zur Auslieferung gesucht werden, über Nicht-EU-Bürger, die ausgewiesen, sowie über Zeugen und andere Menschen, die »verdeckt registriert« werden sollen. In enger Abstimmung mit Europol ist der Aufbau eines umfassenden »europäischen Fahndungsverbundes« bzw. eines »Europäischen Informationssystems« mit eigenständiger Ermittlungskompetenz vorgesehen.

Nachdem in der EU in den letzten Jahren vor allem im Bereich des Asylrechts und der Einwanderungspraxis eine weitgehend einheitliche Politik durchgesetzt wurde, werden nun das SIS und Europol installiert, um die entsprechenden polizeilichen Durchsetzungs- und Intelligencekapazitäten bereitzustellen. Charakteristisch ist für beide Institutionen, daß sie völlig ohne parlamentarische oder rechtliche Kontrolle agieren. So wird etwa der »Schengener Exekutivausschuß«, der

durch bindende Vorschriften das nationale Asyl-, Ausländer- oder Strafrecht massiv beeinflussen kann, heute weder von einem Parlament noch von einem Gericht kontrolliert.

Dabei geht den Deutschen, die Europa nicht nur zum Fahndungsgroßraum, sondern möglichst schnell auch zum Ermittlungsraum einer in ihrem Aktionsradius wenig behinderten Euro-Polizei machen möchten, noch alles viel zu langsam. So übten sie vor einigen Wochen lautstark Kritik an der Disziplin anderer Schengen-Staaten bei der Übermittlung von Daten an den Straßburger Zentralcomputer. Von den bisher 2,9 Millionen Datensätzen, die im Computer des SIS gespeichert worden seien, so tönt es aus dem bayrischen Innenministerium, stammten allein 2,1 Millionen aus Deutschland. So habe sich bisher Belgien nur mit 20.000, Spanien gar nur mit 10.000 Datensätzen beteiligt. Während die anderen Staaten sich noch in der »Ladephase« befänden, habe die deutsche Polizei ihre Aufgabe bereits erfüllt. Weiterhin wird bemängelt, daß im Fall der polizeilichen »Nacheile«, also der Strafverfolgung von Tätern über die Landesgrenzen hinaus, die deutschen Beamten erhebliche Einschränkungen ihrer Arbeit hinnehmen müßten. Kritisiert wurde schließlich auch die vermeintlich immer noch unzureichende Kontrolle der Außengrenzen durch einige Schengen-Nachbarn (»FAZ«, 27.7.95).

Angesichts eines Systems der inneren Sicherheit und Kontrolle, das nicht einmal die bescheidensten Datenschutzstandards kennt, spendet die Vorstellung, daß deutsche Gründlichkeit und Disziplin in Europa doch noch an gleichsam natürliche Grenzen stoßen könnte, schon fast wieder Trost. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Europa für Datenschützer und Bürgerrechtler nach wie vor Terra incognita ist, wo es noch viel zu entdecken gibt.

Eckhard Voss schrieb in KONKRET 8/95 über Hitler, Delors, Kohl und die Europäische Union

Konkret 09/95, S. 34

Eckhard Voss

Polizei ohne Grenzen

Die europäische Polizeikooperation und die Formierung einer gemeinschaftlichen europäischen Innen- und Justizpolitik sind widerspenstige Themen, denen sich bislang nur wenige Spezialisten und Initiativen widmeten (so etwa die »Initiative gegen das Schengener Abkommen«). Denn zum einen erschließt sich der Gegenstand, der geprägt ist durch eine Vielzahl ständigen Veränderungen unterworfener zwischenstaatlicher Abkommen und Institutionen, nur schwer, zum anderen sind Informationen und Materialien oft nicht zugänglich. So ist nicht verwunderlich, daß es vor allem die Akteure selbst sind, also Polizisten, EU-Offizielle und Juristen, die auf diesem Feld ein unangefochtenes Definitionsmonopol halten: Mit fatalen Folgen, denn nahezu unumstritten ist heute in Europa die scheinbare Logik, daß der Abbau der Personenkontrollen im Zuge des Binnenmarktprojekts mit massiven Sicherheitsverlusten für die EU-Staaten und ihre Bürger einhergehe. Würden keine Gegenmaßnahmen ergriffen, so drohe eine »Flut« von illegaler Einwanderung, organisierter Kriminalität, Drogenhandel usw. Nur die weit verbreitete Anerkennung dieser Bedrohungsszenarien erklärt, warum es die Architekten von Schengen, Europol und anderen Komponenten eines europaweiten Systems der Abschottung und Kontrolle so leicht haben, Standards ohne merklichen Widerstand durchzusetzen, die im Inneren der einzelnen Nationalstaaten zweifellos heftige parlamentarische wie außerparlamentarische Gegenwehr hervorrufen würden.

Bei dieser Sachlage ist der Versuch, Informationen und Materialien zur polizeilichen Kooperation in Europa zusammenzutragen und einem breiteren Publikum offenzulegen, schon für sich ein lobenswertes Unterfangen. Der seit Jahren mit der Materie vertraute Mitherausgeber der Zeitschrift »Bürgerrechte & Polizei/CILIP«, Heiner Busch, hat es in Angriff genommen (und wird dafür wohl den Doktorhut erhalten) und die bislang umfangreichste wissenschaftlich fundierte Arbeit zum Thema vorgelegt. Auf mehr als vierhundert Seiten gibt er nicht nur einen Überblick über die Vereinheitlichung der Ausländer- und Asylpolitik und die Kontrolle der EU-Außengrenzen, er stellt zugleich auch die wichtigsten damit befaßten Institutionen, Gremien und Abkommen ausführlich vor und analysiert den Wandel der nationalen Polizeistrukturen in Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien und Spanien seit den siebziger Jahren. Ergänzt wird diese Darstellung durch einen historischen Überblick über die internationale Polizeikooperation von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart.

In der Beschreibung der Entwicklung der europäischen Polizeikooperation und des Instrumentariums einer einheitlichen Strategie der Asyl- und Ausländerpolitik liegt das größte Verdienst dieser Arbeit. Busch weist schlüssig nach, daß nicht der immer wieder angeführte »Sicherheitsverlust« infolge der grenzüberschreitenden »Freizügigkeit« im Binnenmarkt der tatsächliche Grund für die verstärkte polizeiliche und justizielle Kooperation ist, sondern eben jener Internationalisierungs- und Zentralisierungsschub der polizeilichen Tätigkeit, »von dem die im Schengener und EG-Zusammenhang entstandenen und entstehenden neuen Instrumente nur ein Teil sind«.

An diesen Punkt der Buschschen Argumentation knüpft sich der einzige kritische Einwand gegen das ansonsten nur zu empfehlende Buch, das hoffentlich nicht nur von wissenschaftlichen Fachkreisen zur Kenntnis genommen wird: Der Ausgangspunkt des Autors bleibt die nationale Ebene der Polizeiarbeit, die international allenfalls koordiniert und integriert werden kann. Folgerichtig kommt er zu dem Schluß, daß die »polizeiliche Kooperation im Rahmen der EU (...) zwar einzigartig weit gediehen (ist), von einer Europäischen Gemeinschaft der Inneren Sicherheit (...) aber noch nicht die Rede sein (kann). Die fein aufgegliederten Organigramme des ›dritten Pfeilers‹ der EU können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier um eine Regierungszusammenarbeit handelt und das Kriterium der Zusammenarbeit nach wie vor die nationale Souveränität ist.«

Busch kann aufgrund seines eigenen methodischen Ansatzes zu keinem anderen Ergebnis kommen und muß folgerichtig hinter den Titel seines Buches ein Fragezeichen setzen. Mein Einwand ist, daß Schengen, Europol und andere Instrumente einer europäischen Polizei- und Justizpolitik nicht nur Teile einer Internationalisierung der Polizeiarbeit sind, sondern bereits über eine eigenständige Qualität verfügen. Denn spätestens seit Maastricht ist die EU nicht mehr nur die institutionelle Form einer europäischen Staatenkooperation, sondern verfügt über eine eigene Entwicklungslogik jenseits der Nationalstaaten. Nach Art eines »Staats der Staaten« befindet sich der durch keine parlamentarische oder sonstige Öffentlichkeit kontrollierte Brüsseler Apparat längst nicht mehr in einer »absoluten« Abhängigkeit von den Mitgliedstaaten. Den Charakter und vor allem die Aufgaben dieses Verhältnisses »relativer« Abhängigkeit zu erforschen und herauszuarbeiten, wird eine der Hauptaufgaben der kritischen EU-Literatur der nächsten Jahre sein.

Heiner Busch: Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1995, 435 Seiten, 4 Mark

Konkret 09/95, S. 35

Dietrich Kuhlbrodt

Ein Spielverderber

Über Klaus Bittermanns unfaire Polemiken

Ihn schreckten die Alarmsignale: Uhrlau, oberster Verfassungsschützer in Hamburg, hatte sich strikt geweigert, dem »Abendblatt« die Zahl seiner Zuträger zu nennen. Dafür rückte er mit einer Prognose heraus, die dem Hofberichterstatter »die Lichter trüber werden« ließ: »Ich sehe eine immer schärfere Abgrenzung zwischen ›Ossis‹ und ›Wessis‹. Wir rücken auseinander!«

Wir wissen, daß beinahe zwei Millionen Namen in der deutschen Nadir-Infodatei gespeichert sind, und doch hätte ein einziger genügt: Klaus Bittermann. Seine Kommentare zur Wiedervereinigungskrise – *Geisterfahrer der Einheit* – sind in der anderen Datei erschienen, der Edition ID-Archiv, und damit öffentlich und auch dem Geheimdienst zugänglich. Uhrlau hätte also wissen können, daß nicht er, sondern Bittermann Urheber der Auseinandervereinigungsprognose ist, hätte er sich denn als Leser und nicht als Seher verstanden. Außerdem hätte die Lektüre ihn abermals umgetrieben, schlägt Bittermann doch vor, den Ossis zwecks sehnlichst erwünschter Identitätsfindung a) die schnell noch mit einem Bundesverdienstkreuz zu dekorierende Stasi zurückzuschenken und b) den antifaschistischen Schutzwall dazu, der bekanntlich gar keine so schlechte Idee war. Politische Alternative: die ostdeutschen Gebietsaltlasten zum 50. Jahrestag der Niederlage den Polen als Entschädigung für die im zweiten Weltkrieg an ihnen begangenen Verbrechen zu überlassen.

Bittermann hätte am Propheten Uhrlau eigentlich seine helle Freude haben müssen, ist doch Realsatire die beste, aber er zieht die Polemik vor, gemein und unausgewogen, wie sie nun mal ist. Sie zielt auf den »garantiert argumentfreien Text« von Ingrid Strobl, die sich über Hrdlicka empörte, und erwähnt Rudolf Burger, der sich über Strobl empörte. Strobl: »Das ist eine unfaire Polemik.« Bittermann: »Wird wohl so sein.«

Seine Polemiken sind subkutan. Stelle ich mir vor, wer alles sich empören wird und wie, erhitzt sich die Phantasie, viel zu schnell schlage ich die Seiten um, und schon auf S. 28 passiert es, der Band bricht auseinander, löst sich in Flugblätter auf – vielleicht sollte der Verlag für die nächste Auflage das Cover so robust wie den Inhalt machen.

Einige der Texte sind zuvor in KONKRET erschienen, im Buch versammelt gehen Ossis, Geisterfahrer und Duckmäuser neue Verbindungen ein mit Intellektuellen, Kriegshetzern, dem fahrenden Volk vom Fronttheater Sarajevo (Susan Sontag) und dem Verbeller linker Nazis Henryk M. Broder sowie mit »FAZ« und »Taz«. Auch werden lexigraphisch einige überaus korrekte Redensarten zerpflückt: »Menschlichkeit«, Steigerung: »Mitmenschlichkeit« (»Jeder ist zu Mitmenschlichkeit aufgerufen«, Ossientwurf zu Art. 2 A des Grundgesetzes), Opfer der Opfer, Grade-wir-als-Deutsche und immer wieder: Identität. Bittermann: »Wenn der Begriff (Identität) zum Sahnehäubchen der Feiertagsrhetorik auf Staatsbanketten, Geflügelzüchterversammlungen oder Kassenärztekongressen werden konnte, so kommt dieses Verdienst einer Linken zu, die die Identität erst gesellschaftsfähig gemacht hat. Es war ein langer und beschwerlicher Weg, aber schließlich konnten die unermüdlichen Identitätsforscher von links wie rechts, die die ›Zerstörung der politischen Identität‹ bejammerten oder sich den Kopf über die ›deutsche Identitätsfrage‹ zerbrachen, doch noch einen breitenwirksamen und konsensstiftenden Achtungserfolg verbuchen und der Identität zu der Beliebtheit verhelfen, die sie heute in der Medienwelt genießt.«

Die verstreuten Artikel fermentieren zwischen den Buchdeckeln, soweit noch vorhanden. Es bleibt uns das Übliche erspart, im Buch, der Beletage der Publikation, abzufeiern, was wir für den Tagesbedarf schon gelesen hatten. In den *Geisterfahrern* stellt sich ein neuer Generalzusammenhang her. Die letzten Jahre verdicken sich zu einer ekelhaften Masse, politisch-moralisch algenhaft verschleimt, die Verursacher sind geoutet: Die 68er waren fix dabei, das von ihnen so planvoll kanalisierte Fahrwasser versumpfen zu lassen. Bittermann leistet empirische Kärrnerarbeit, die Analysen fallen wie von selbst dabei ab. Sie sind eine einzige große Replik auf die Verlautbarungen unserer Warn- und Mahngesellschaft, die (fast) alle Publikumsorgane meinungsführerisch besetzt hält.

Bittermann, allein unter Gutmenschen. Er schreibt gegenan. Er hat den »Konsens« gekündigt, dieses Schweigegelübde, das andere für uns eingegangen sind. Ist doch wahr: Bittermann sagt, was Rosa Luxemburg sagt: »Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das laut zu sagen, was ist.« So sind unsere Konsenslinken die ersten, die ihr Fett wegkriegen.

Habe ich nicht noch vor kurzem mit Inbrunst und mit sozialforschenden Institutsleitern Vergangenheitsbewältigung und -aufarbeitung gepflogen? Die Erfolgskontrolle holen Bittermanns *Geisterfahrer* nach. Das Ergebnis ist desaströs. Denn das gelungene Werk hat den Deutschen ein penetrant gutes Gewissen beschert. Jetzt können eigene Bosnientruppen das Kriegsabenteuer wagen. Der Weg dahin ging so: Glucksmann spürt den Hitler in uns auf, Peter Schneider den Vati in mir. Die rechthabenden Volkspädagogen und -dichter verbuchen den Ausländer als Bereicherung (Pizza! Kebab! Sirtaki!) und Auschwitz als Gewinn. Man muß nachlesen, wie das von den zuständigen Stellen erfolgreich aufgearbeitete Auschwitz dem »nationalen Selbstbewußtsein« (Habermas) nutzt, »weil Auschwitz zu uns gehört, bleibendes Brandmal unserer

Geschichte ist und – als Gewinn! – eine Einsicht möglich gemacht hat, die heißen könnte: Jetzt endlich kennen wir uns« – auch dich, Günter Grass!

Dankedanke allen Vatis und Faschisten. Wir sind mit uns im reinen, und Aufarbeitung und Bewältigung dienen der neuen allgemeinkonsensuellen Erbaulichkeit von »FAZ« bis »Taz«. Schon die Zitate der *Geisterfahrer* lohnen die Lektüre.

Mit der zeitlichen Distanz aber wird alles noch viel schlimmer. Bittermann führt die Klassenersten und Streber vor: Die Weltmeister in Fragen des Genozids können schließlich auch in Sachen Jugoslawien Weltgeltung beanspruchen. Wir dürfen in Bosnien nicht tatenlos zusehen, sonst »verwirken wir unsere Rechte« (Peter Glotz). Wolfgang Pohrt hat diese pädagogischen Umtriebe (Absegner: Freimut Duve) mit dem Verantwortungsfimmel eines strafrechtlich verurteilten Kinderschänders verglichen, der sich besonders qualifiziert fühlt für einen Job im Kindergarten.

Das von Bittermann Beobachtete kommentiert sich selbst. Wie tönte Christian Semler in der »Taz« (17.9.94)? Deutschland habe »grade wegen seiner mörderischen Vergangenheit eine besondere Verantwortung für die Verteidigung der Menschenrechte weltweit«. Eine »handfeste Drohung«, diagnostiziert Bittermann und leitet eine andere Lehre aus der Vergangenheit ab: Klappe halten! Schnauze Biermann! und ihr übrigen, die ihr in Bosnien aus humanitären Erwägungen ein bißchen bomben lassen möchtet – »unter möglichster Schonung von Menschenleben«.

Bittermann verdirbt das Spiel der deutschen Medien, die freilich die Klappe nicht halten werden. Aus den Talkrunden wird man einen Konsensfreien wie Bittermann heraushalten, es würde sonst uneinheitlich. Klasse das, denn so hat Bittermann sein eigenes Forum und kann nach Herzenslust unkorrumpiert bleiben. Die *Geisterfahrer* sind *das* Antierbauungsbuch: die ultimative Antwort auf das Betroffenheitsbuch, das die guten Deutschen machen, wenn sie empört sind. Einmal muß Schluß sein mit der Peinlichkeit von »Stoppt die Gewalt – Stimmen gegen den Ausländerhaß«, herausgegeben von Michael Jürgs und Freimut Duve im Luchterhand-Verlag, wo man sich gegenseitig gute Absicht und edle Gesinnung bestätigt. All diesen vaterländischen Typen, gemästet durch die Wiedervereinigung – gib’s ihnen, Bittermann!

Klaus Bittermann: *Geisterfahrer der Einheit. Kommentare zur Wiedervereinigungskrise.* Edition ID-Archiv, Berlin-Amsterdam 1995, 162 S., 18 Mark

Dietrich Kuhlbrodt schrieb in KONKRET 4/95 über den Mordprozeß gegen O.J. Simpson

Konkret 09/95, S. 36

Sean Gervasi

Vietnam II: Die USA auf dem Balkan

Politische Unterstützung nationalistischer Kräfte, Schaffung eines Vasallenstaates, Aufbau und logistische Unterstützung einer fremden Armee, Beihilfe zur Kriegführung, geheime Waffenlieferungen, heimliche Entsendung eigener Truppen... – Der langjährige UN-Berater Sean Gervasi beschreibt das zunehmende Engagement der USA im Balkankrieg und deckt Parallelen auf, die dieses Engagement dem Krieg vergleichbar machen, den die Vereinigten Staaten vor 30 Jahren gegen Vietnam führten

Vorbemerkung

Ende Juli griff die neue kroatische Armee, ein Geschenk der Vereinigten Staaten und Deutschlands, die von den Serben gehaltene Krajina an. Diese Region, die nördlich und westlich an Bosnien-Herzegowina grenzt, bildet fast ein Drittel der Fläche Kroatiens und war die Heimat von mehr als 300.000 Serben. Die Serben wurden vor mehr als 300 Jahren an der Grenze (»Krajina«) Österreich-Ungarns angesiedelt, um die Türken abzuwehren. Man räumte ihnen als Gegenleistung für ihre Dienste als Soldaten weitgehende Autonomie ein. Seit langem sind sie die bei weitem größte ethnische Gruppe in der Region.

Als Kroatien sich 1991 von Jugoslawien abspaltete, rebellierten die Serben gegen die Vorstellung, unter kroatischer Herrschaft leben zu sollen, und riefen ihre eigene selbständige Republik aus. Sie fürchteten die kroatische Machtausübung zu Recht, wie sich jetzt wieder herausstellt. Als die Nazis während des zweiten Weltkriegs einen Marionettenstaat in Kroatien und Bosnien einrichteten, installierten sie ein klerikalfaschistisches Regime unter Ante Pavelic, das, nach seinerzeitigen Schätzungen von US-Nachrichtendiensten, mindestens 700.000 Serben und 60.000 Juden und Zigeuner abschlachtete.

Bei den Genfer Verhandlungen über die Zukunft der Krajina Anfang August zeigten die Kroaten den Krajina-Serben, mit wem sie es zu tun hatten. Ihre Armee war bereits in serbische Gebiete im Osten Bosniens einmarschiert und stand bereit, die Krajina selbst im Norden und Süden anzugreifen. In Genf teilten sie den Serben mit, daß sie drei Wahlmöglichkeiten hätten: erstens, brave Bürger Kroatiens zu sein; zweitens, ihre Sachen zu packen und zu gehen; drittens, getötet zu werden. Dies war mehr oder weniger die gleiche Wahl, wie sie die faschistische Ustascha den Serben Kroatiens und Bosniens während des zweiten Weltkriegs gelassen hatte. Damals war es ihre Politik, ein Drittel der serbischen Bevölkerung zu konvertieren, ein anderes Drittel zu vertreiben und ein Drittel zu töten. Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, verkündeten die Kroaten nun: »Amerika ist mit uns«, und daß sie die volle Unterstützung Deutschlands hätten.

In einem allgemeinen Sinne war das bereits ziemlich offensichtlich. Es seien nur ein paar Punkte erwähnt. Nach »Jane's Intelligence Review« (Sept. 1994) leistete Deutschland gute Dienste bei der Finanzierung, Organisation und Schulung sämtlicher kroatischer Nachrichtendienste seit mindestens 1990, wenn nicht früher. Und Waffen sind seit fast fünf Jahren in großen Mengen von Deutschland nach Kroatien geströmt. Die meisten stammten aus ostdeutschen Beständen, aber ihr Export fiel unter die Verantwortung der Bundesrepublik. Was die Vereinigten Staaten betrifft, so spielten sie, wie natürlich auch die Bundesrepublik, eine Schlüsselrolle bei der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens. Sie haben Kroatien allgemein unterstützt, ungeachtet seiner zunehmend faschistischen Entwicklungstendenzen. Im März letzten Jahres sprachen sie sich für eine »Konföderation« Kroatiens mit Bosnien-Herzegowina aus, die den Zweck hat, die bosnischen Serben zu isolieren. Im vergangenen November unterzeichneten sie eine militärische Vereinbarung mit Kroatien, und US-Offiziere »außer Dienst« bildeten die kroatische Armee aus. Die britische Presse berichtete Ende Juli, die Vereinigten Staaten hätten grünes Licht für die kroatische Offensive gegeben, und Mate Granic, der kroatische Außenminister, war so unsensibel, zu behaupten, die USA hätten tatsächlich geholfen, die Offensive zu planen.

Ein paar Tage nach dem Genfer Treffen griff Kroatien, nachdem es von den Serben angebotene Zugeständnisse ignoriert hatte, die Krajina an. Nach massiver Bombardierung fiel die Hauptstadt Knin, und die Kroaten besetzten innerhalb kurzer Zeit das gesamte Territorium. Während der anfänglichen Bombardierung griffen mindestens zwei US-Flugzeuge serbische Ziele in der Gegend der Hauptstadt an. In den USA und Australien eingetroffene Flüchtlinge haben von einer sehr viel weitergehenden US-Beteiligung an den Luftangriffen berichtet. Diese Berichte sind nicht bestätigt worden, aber vor dem Hintergrund vergangener Ereignisse (Schweinebucht, Angola, Laos, Vietnam, Nicaragua) sind sie mehr als plausibel. In einigen Gegenden leisten die Serben noch Widerstand, aber zu 90 Prozent hat sich die Armee der Krajina nach Bosnien zurückgezogen, als klar wurde, daß die bosnischen Serben nicht intervenieren können, weil Belgrad sie nicht unterstützen würde.

Die wirkliche Tragödie ist keine militärische, sondern eine menschliche. Es wird berichtet, daß mehr als 200.000 Krajina-Serben aus dem Land geflohen sind oder fliehen. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Textes werden ca. 45.000 serbische Zivilisten in der nördlichen Krajina von kroatischen Truppen in einem Tal festgehalten. Ihr Schicksal ist unbekannt. RAI, das italienische Fernsehen, und andere Sendeanstalten berichten, daß eine Flüchtlingskolonne von kroatischer Luftwaffe bombardiert wurde (»Telegiornale 2«, 7.8.). Es ist sicher, daß dies nicht die letzte Meldung über eine

Greueltat sein wird, obwohl sich die westlichen Medien ansonsten durch ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Lage serbischer Zivilisten hervortun. Ein Kommentator des National Public Radio in den USA erklärte, die Serben hätten »ihre Quittung bekommen« – in Form der größten Flüchtlingsbewegung im ehemaligen Jugoslawien seit Anfang der Kriege. Ein kroatischer Beamter wird in der britischen Presse mit der Aussage zitiert, man erwarte, daß 99 Prozent der Serben die Krajina verlassen. Dies wird in den westlichen Medien nicht als »ethnische Säuberung« gewertet, sondern einfach als eine (kriegsbedingte) Bewegung der serbischen Bevölkerung. So erweisen die Medienverantwortlichen George Orwell die Ehre.

Es sollte auch klar gesagt werden, daß die UN nun ihren wahren Wert bewiesen haben, zumindest für die USA und Deutschland. Infolge der Umsetzung des Vance-Plans und der Stationierung der UN-Truppen in Kroatien 1992 waren die verschiedenen Teile der Krajina »UN-Schutzzonen« geworden. Die Vereinten Nationen aber waren, teilweise als Folge ihrer jüngsten »Truppenreduzierung« in Kroatien, anscheinend unfähig, genau das zu verhindern, das zu verhindern sie dort aufgestellt worden waren. Und in New York widersetzten die USA und Deutschland sich heftig allen Versuchen, irgend etwas zu initiieren, das über eine Pro-Forma-Sicherheitsratsversammlung hinausgehen und die kroatische Invasion der »UN-Schutzzonen« ernsthaft verhandeln könnte. Es handele sich, wie sie anderen Delegationen mitteilten, um eine »interne kroatische Angelegenheit«. Dieses Vorgehen ist dem Spektakel, das die Nazis in den 30er Jahren veranstalteten, um Europa zu blenden und einzuschüchtern, keineswegs unähnlich.

Kommentatoren in den Vereinigten Staaten scheinen ihre Begeisterung für Amerikas neuen Polizisten auf dem Balkan kaum zurückhalten zu können. Die »Washington Post« begrüßte in einem Leitartikel offen die kroatische Offensive als eine gute Art, »mit den Serben umzugehen«. Die sich unmittelbar ergebende Frage ist, was nun in Bosnien-Herzegowina passieren wird. Klarerweise hat die ethnische Säuberung Kroatiens durch Waffengewalt das Kräftegleichgewicht in der Region radikal verändert, weswegen es zwei Möglichkeiten zu geben scheint. Die erste, von der viel geredet wird, ist, daß Jugoslawien und Kroatien sich nun über die Teilung Bosnien-Herzegowinas einigen werden. Präsident Tudjman hat auf einer Speisekarte beim Bankett in der Londoner Guildhall eine Landkarte gezeichnet, die seine Erwartungen bezüglich Bosniens wiedergibt. Sie zeigt deutlich mehr als die Hälfte des Landes von Kroatien annektiert. Den Osten, ohne Banja Luka und ohne Sarajevo, aber einschließlich Gorazde und Tuzla, hat Tudjman Jugoslawien zugeschlagen. Es kann gut sein, daß dies tatsächlich so geschieht. Denn Tudjman ist nun Milosevic tief verpflichtet. Aber was ist mit den bosnischen Serben und ihren Bestrebungen nach einer lebensfähigen und unabhängigen Republik? Und wie soll das Schicksal der muslimischen Bevölkerung aussehen, die von Izetbegovic in so tragischer Weise als Geisel irgendeiner zukünftigen »Islamischen Republik« genommen wurde?

Offensichtlich wird eine ganze Menge von den USA und Deutschland abhängen. Das bringt uns zu einem zweiten Szenario. Von Eingeweihten wird behauptet, daß nun, wo die Krajina-Angelegenheit beigelegt ist, die USA eine Aufteilung Bosniens zwischen Kroatien und Jugoslawien begrüßen und einem unbedeutenden Rumpfstaat für die bosnischen Muslime zustimmen würden. Dieser würde sich mit der Zeit einfach auflösen. Wie dem auch sei, die USA haben enorme Anstrengungen und nicht unerhebliche Mittel in die Unterstützung des Izetbegovic-Regimes investiert. Aus unterschiedlichen Gründen. Es ist unwahrscheinlich, daß sie sich aus ihrem Balkan-Engagement zurückziehen können, bevor im nächsten Frühjahr die Präsidentschaftswahlkampagne beginnt. Die Türkei, ein wichtiger US-Bündnispartner in Westasien, würde ein Fallenlassen des Sarajevoer Regimes schwerlich akzeptieren. Schließlich sind wichtige Vorhaben in Gang gesetzt worden, wie die Eisenbahn Ankara-Skopje-Tirana, die die Existenz eines islamischen Staats in Bosnien voraussetzen.

Alles scheint darauf hinauszulaufen, daß die USA weiterhin das Izetbegovic-Regime unterstützen werden. Und daß folglich der Krieg zwischen diesem und den bosnischen Serben weitergehen wird, welche ihrerseits durch die Armee der Krajina-Serben an Stärke gewonnen haben. Die bosnischen Kroaten könnten weiter durch die kroatische Armee unterstützt werden. So wird sich wohl, wenn diese Überlegung richtig ist, der Krieg in Bosnien ausweiten. Dabei werden die USA und Deutschland ihren Schützling nicht im Stich lassen wollen. Und das wird sie verleiten, sich immer mehr einzumischen. Der hier vorgelegte Text über Bosnien und Vietnam soll die Logik dieser Situation untersuchen. Diese Logik ist, wie klar werden sollte, eine sehr gefährliche.

Die jüngste Entwicklung in Kroatien – besonders die Benutzung der kroatischen Armee durch den Westen für einen Angriff auf die Serben – wirft Fragen auf, die über die Zukunft Bosniens hinausgehen, weil sie die Zukunft der gesamten internationalen Gemeinschaft betreffen. Sehen wir uns einige Tatsachen an: 1. Die USA und Deutschland versuchen derzeit gemeinsam, ihren Willen auf dem Balkan durchzusetzen. Sie scheinen internationalem Recht, UN-Resolutionen und den Interessen ihrer Verbündeten und Freunde gegenüber gleichgültig zu sein. 2. Zur Verfolgung ihrer eigenen Ziele haben die USA und Deutschland die reaktionärsten nationalistischen Kräfte aufgebaut und freigesetzt, sie haben sich tatsächlich mit einem protofaschistischen Regime auf dem Balkan verbrüdert und es in den Rang eines Verbündeten erhoben. 3. Die USA und Deutschland haben sich, indem sie zu bewaffneter Aggression ermutigt und Beihilfe geleistet haben, die Regel »Die Stärksten sollen sich durchsetzen« zu eigen gemacht. Wenn dies auf dem Balkan akzeptiert wird, wo wird es dann enden? 4. Die USA und Deutschland haben de facto die Vereinten Nationen übernommen, benutzen sie als ein Instrument ihrer

Macht und hindern sie daran, den sich aus ihrer Charta ergebenden Verpflichtungen nachzukommen. Sie sind es, die den Traum von Vereinten Nationen, die diesen Namen verdienten, zerstört haben.

Es ist offensichtlich: Diese Politik stellt eine große und unmittelbare Gefahr für die gesamte internationale Gemeinschaft dar. Nur wenn man gewillt ist, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Machtausübung in der internationalen Politik wieder einmal völlig außer Kontrolle gerät, werden wir eine Chance haben zu verstehen, was in der Welt nach dem Kalten Krieg vor sich geht, und etwas Besseres aufzubauen als das Chaos, das uns alle zu vertilgen droht.

Ein zweiter »Sumpf«?

Robert McNamara, US-Verteidigungsminister von 1961 bis 1968, hat kürzlich seine Memoiren veröffentlicht (*In Retrospect: the tragedy and lessons of Vietnam*, New York 1995), die von denen gelesen werden sollten, die glauben, Bosnien sei für die Vereinigten Staaten ungefährlich. McNamara, einer der führenden Planer des Krieges in Indochina, gibt darin zu, es sei falsch, »schrecklich falsch«, gewesen, dort einen militärischen Sieg anzustreben. Dies ist, gelinde ausgedrückt, ein erstaunliches Eingeständnis. Aber welche Kritik auch immer an McNamara oder dem Buch geübt werden mag, wir sollten dankbar sein, daß er schließlich die Fehler zugegeben hat, die die USA in den Krieg führten. McNamara wirft ein neues Licht auf die Geschichte des Engagements der Vereinigten Staaten in Indochina. Er macht klar, daß die federführenden Politiker der USA in den frühen 60er Jahren Entscheidungen getroffen haben, die nur als verantwortungslos bezeichnet werden können. Diese Entscheidungen basierten auf der Vorentscheidung, die Herrschaft der USA über Südostasien zu sichern, auf unzureichender und verzerrter Information, auf stark voreingenommener Analyse, auf bürokratischen und persönlichen Ambitionen und auf der systematischen Täuschung der Öffentlichkeit und des Kongresses.

Für jeden, der an den Lehren der Vergangenheit und besonders denen Indochinas interessiert ist, kam die Veröffentlichung der McNamara-Memoiren in einem entscheidenden Moment. Denn es wird zunehmend klar, daß die Vereinigten Staaten nun an einem anderen Bürgerkrieg, Tausende von Meilen von ihrer eigenen Küste entfernt, beteiligt sind. Täglich bringen die Medien Berichte über die Sorge der USA um die Zukunft der bosnischen Regierung, über die Entsendung militärischer Missionen nach Bosnien, über die US-Komplizenschaft beim Zusammenbruch des UN-Waffenembargos und über von den USA angeregte Bemühungen, die Vereinten Nationen und die Nato zur Ausübung aller Arten von Druck auf die Widersacher jener favorisierten Regierung, die bosnischen Serben, zu bewegen. Erinnern diese Bekundungen der Sorge und diese Aktivitäten nicht an die Art und Weise, wie die USA in den Indochina-Krieg hineinrutschten? Gibt es nicht Gründe genug, sich zu fragen, ob die USA nicht am Rande der gleichen Art von Engagement stehen, das uns letzten Endes in die Katastrophe, die wir »Vietnam« nennen, geführt hat?

Die Clinton-Regierung hat Bosnien Priorität in der Außenpolitik eingeräumt, seit sie Anfang 1993 ihr Amt antrat. Sie scheint entschlossen zu sein, die muslimisch geführte Regierung um jeden Preis an der Macht zu halten. Und im Laufe der letzten 18 Monate hat sie ihr Engagement in Bosnien wesentlich verstärkt. Einiges davon ist vor der amerikanischen Öffentlichkeit und sogar vor dem Kongreß verborgen worden. In Bosnien aber findet ein blutiger Bürgerkrieg statt. Dieser Bürgerkrieg dauert seit 1992, als eine von einer muslimischen Minderheit dominierte Regierung sich von Jugoslawien abspaltete. Die große serbische Minderheit in Bosnien rebellierte gegen die Vorstellung eines von Muslimen dominierten Staates und richtete ihre eigene unabhängige Republik ein. Es war das Insistieren der muslimisch geführten Regierung auf ihrer Herrschaft über ganz Bosnien, das den Bürgerkrieg dort ausgelöst hat. Was aber bedeutet es, daß die USA in einem Bürgerkrieg am Rande Europas Partei ergreifen, der leicht zu einem umfassenden Balkankrieg werden könnte?

Die US-Regierung ist sich bewußt, daß die Lage auf dem Balkan gefährlich ist, wie eine Äußerung Richard Holbrookes, des für Europa zuständigen Staatssekretärs im Außenministerium, kürzlich bei einer Kongreßanhörung gezeigt hat: »Ich bin der Ansicht, daß das südöstliche Europa die Stelle Südostasiens als explosivster Teil der Welt eingenommen hat.«1 Holbrooke verriet in seiner Aussage nicht, daß er, als er das Amt antrat, gehofft hatte, die USA »out of the Balkan mess« zu bekommen. Clinton und seine Berater aber machen nicht den Eindruck, als verstünden sie die Implikationen ihrer eigenen Analyse. Die Regierung glaubt anscheinend, die USA könnten die bosnische Regierung und deren Krieg gegen die bosnischen Serben unterstützen, ohne irgendein ernsthaftes Risiko einzugehen. Es gibt gute Gründe, dies für eine Illusion zu halten: Der bosnische Staat ist sehr schwach und kontrolliert kaum mehr als 20 Prozent »seines« eigenen Territoriums. Es ist zweifelhaft, ob Bosnien ohne die Unterstützung anderer Länder seinen Souveränitätsanspruch über serbische und kroatische Gebiete aufrechterhalten könnte. Schon die Anerkennung Bosniens, das nie zuvor als Staat existiert hatte, mußte einer widerstrebenden internationalen Gemeinschaft von Deutschland und den USA aufgezwungen werden. Damit brachten sich die USA in die Lage, nicht etwa einen etablierten Staat mit etablierten Grenzen zu unterstützen, sondern die internationale Gemeinschaft zu drängen, einen Staat anzuerkennen, dessen bloße Existenz von einer großen Minderheit »seiner« Bevölkerung bestritten wird. Die gegenwärtige US-Politik läuft auf ein Dilemma hinaus, auf eine Situation, in der die USA sich werden entscheiden müssen, entweder dafür zu kämpfen, die Izetbegovic-Regierung dem Rest Bosnien-

Herzegowinas, das heißt den bosnischen Serben und den bosnischen Kroaten2, aufzuzwingen, oder jene Regierung ihrem Schicksal zu überlassen.

Deshalb ist Bosnien wie Südvietnam, ein Staat, den die Vereinigten Staaten Mitte der 50er Jahre zu dem Zweck, »den Kommunismus in Asien einzudämmen«, beinahe im Alleingang geschaffen hatten. Und unsere heutige Politik in Bosnien ähnelt der in Indochina Mitte der 60er Jahre, der Zeit, als die Johnson-Regierung mit der Eskalation des Krieges begann, um ihre südvietnamesische Klientel zu verteidigen. Mehr als ein Beobachter hat in letzter Zeit über die Parallelen zwischen Vietnam und Bosnien geschrieben. In einem Beitrag für die »International Herald Tribune« (20.5.94) vertrat Gregory Clark die Auffassung, die USA wiederholten in Bosnien einige der Fehler, die sie in Indochina gemacht hätten. Bei seinem Versuch, eine eigene Lösung in Bosnien durchzusetzen, »tat der Westen, als könne er eine Geschichte von Rassenhaß, insbesondere die bitteren serbischen Erinnerungen an Massaker durch kroatische und muslimische Nazi-Kollaborateure während des Krieges, ignorieren und bedenkenlos einen künstlichen, von einer muslimischen Minderheit betriebenen Staat Bosnien-Herzegowina einrichten«. Die Anerkennung Bosniens, schrieb Clark, sei ein »bedauerlicher Fehler« gewesen, und die dafür Verantwortlichen sollten das zugeben. Im Februar dieses Jahres sah ein hochdekorierter Veteran des Vietnamkriegs, Oberst David Hackworth, der heute militärische Analysen für »Newsweek« verfaßt, die USA »langsam im bosnischen Sumpf versinken« (»San Antonio Express-News«, 4.2.95). Er warf implizit eine an Indochina erinnernde Schlüsselfrage auf. Hackworth deutete an, die USA würden verdeckt die bosnische Armee ausrüsten und unterstützen. Er wies darauf hin, daß die U.S. Air Force zur Luftraumüberwachung in Bosnien eingesetzt werde, offiziell unter UN-Kommando, aber tatsächlich »bereit, Luftangriffe der Nato gegen die Serben zu dirigieren«. Er betonte auch, daß die »verdeckten Kosten des Krieges für die US-Steuerzahler«, neben den Beiträgen an die UN für ihren Bosnien-Einsatz, »bereits beinahe eine weitere Milliarde Dollar im Jahr erreicht haben«. Diese und ähnliche Unternehmungen, schloß er, »könnten uns noch viel tiefer in den Schlamassel hineinziehen«. Hackworths forderte dazu auf, die Lehren aus Vietnam zu ziehen und unsere Politiker zu zwingen, danach zu handeln, oder sie aus dem Amt zu jagen.

Vor kurzem hat A.M. Rosenthal, Kommentator der »New York Times«, darauf hingewiesen, daß Senator Robert Doles Forderung, das Waffenembargo über Bosnien aufzuheben, Schritten gleiche, die die USA in den Indochinakrieg geführt hatten (»NYT«, 18.4.95). Senator Dole, schrieb Rosenthal, habe zwar sowohl über Vietnam als auch über Bosnien gesprochen, aber: »Er machte die Verbindung zwischen dem, was er in bezug auf Vietnam verdammt und für Bosnien fordert, nicht klar.« Die bosnisch-muslimische Armee brauche Panzer und andere komplizierte Waffensysteme. Wenn das US-Militär sie liefern würde, müßte es nicht auch muslimische Soldaten ausbilden? Wieviele Amerikaner, fragte Rosenthal, müßten nach Bosnien gehen? Und wenn eine bedeutende Anzahl ginge, »wird Amerika sie serbischen Freischärlern und Heckenschützen als Beute überlassen?« »Welche Kräfte würde Mr. Dole, als Senator oder als Präsident, für den Schutz der US-Truppen einsetzen?« Die Weigerung, solche Fragen zu stellen und ihren Konsequenzen auf den Grund zu gehen, sagte Rosenthal, sei »Pflichtverweigerung«. Denn amerikanische Verbündete hatten davor gewarnt, daß eine Bewaffnung der bosnischen Muslime »den Krieg verlängern und ihn ausweiten und intensivieren würde«. Rosenthal mahnte: »Zwischen jetzt und Mai sollte Senator Dole sich wirklich den bosnischen Fragen zuwenden, die den bisher vermiedenen Vietnam-Fragen entsprechen.«

Rosenthal hat die Gefahren so klar gemacht, wie das in ein paar Worten möglich ist, obwohl einiges, von dem er zu glauben scheint, es könne in der Zukunft geschehen, bereits geschieht. Es sollte hinzugefügt werden, daß auch McNamara sich der Parallelen zwischen Bosnien und Vietnam wohl bewußt ist. Von einem Reporter gefragt, ob die in Vietnam gemachten Fehler heute wiederholt werden könnten, antwortete er: »Auf jeden Fall, sie können nicht nur, sie werden gerade wiederholt.« Der »New York Times« (9.4.95) zufolge sagte McNamara, »die amerikanischen Schwierigkeiten in Bosnien und Somalia gingen auf ähnliche Fehler zurück«. Fehler. Der Regierung der Vereinigten Staaten.

Die US-Strategie auf dem Balkan

Die US-Politik in Vietnam hatte weitreichende strategische Ziele und folgte der Absicht, »den Kommunismus in Asien einzudämmen«. In der Praxis bedeutete dies, Amerikas Macht und Einfluß in der Region zu sichern, Organisationen wie den Südostasienpakt (Seato) zu schaffen und Revolutionen, kommunistisch beeinflußt oder nicht, die Macht und Einfluß der USA in einem bestimmten Land begrenzen oder gar beenden könnten, niederzuhalten. Diese Politik – die Unterstützung der Diems und der Khanhs und der Kys – , war stets Teil einer breit angelegten Strategie. Die Tatsache, daß diese selbst übers Ziel hinausschoß, widersprüchlich oder falsch war, wurde kaum diskutiert. Selbst McNamaras heutige Auseinandersetzung damit ist noch unangemessen.

Auch die US-Politik gegenüber Bosnien ist Teil einer breit angelegten Strategie. Sie ist, genauer gesagt, Teil einer Strategie, die auf die Neuordnung des gesamten Balkans und die Etablierung von Macht und Einfluß der USA in einem großen Teil der Region, besonders dem südlichen Balkan, zielt. Das ist keineswegs offensichtlich, wenn man nur die Ereignisse in Bosnien selbst betrachtet. Unsere Unternehmungen in Bosnien haben in der Tat weniger mit diesem Land zu tun als mit weiterreichenden strategischen Überlegungen. Das ist ein Grund, warum die Festlegung der USA auf die

bosnische Regierung so schwer auszuloten ist. Unsere Politik auf dem Balkan beinhaltet zwei Hauptanliegen. Das erste zielt auf die Umordnung des Balkans und seine Anbindung an Westeuropa und die USA. Das zweite ist auf die Nutzung des Balkans als Ausgangsbasis für die Ausdehnung des amerikanischen Einflusses in andere Gegenden Europas, des Mittleren Ostens, Mittelasiens usw. gerichtet. Die daraus resultierende Politik ist komplex, denn die USA und ihre Verbündeten haben versucht, zwei Dinge auf einmal zu tun. Sie haben vor allem versucht, eine Anzahl verschiedener Vasallenstaaten aus dem Chaos zu erschaffen, das mit der Auflösung des Kommunismus in Osteuropa einherging. Und sie haben versucht, die Interessen der diversen westlichen Mächte in der Region auszubalancieren.3

Aber die USA sind eine Weltmacht. Sie können sich nicht damit zufriedengeben, einfach den Balkan umzuorganisieren, der von enormer strategischer Bedeutung ist. Heute beeinflussen Aktivitäten der Großmächte auf dem Balkan viele angrenzende Regionen: Westeuropa, Mitteleuropa, den östlichen Mittelmeerraum, den Mittleren Osten und natürlich Rußland und andere neue Staaten in der ehemaligen Sowjetunion. Das bedeutet, daß die US-Politik in Bosnien und auf dem Balkan mit Blick auf ihre Wirkungen auf riesige Gebiete Europas, des Mittleren Ostens und möglicherweise sogar Teile Afrikas konzipiert und durchgeführt wird. Sie richtet sich auf weit mehr als auf die Gestaltung der Zukunft Bosniens. Mit hohen Einsätzen dient sie den strategischen Interessen der USA in einem Gebiet, das sich vom englischen Kanal bis Sibirien und von Ägypten und dem Libanon bis zum Baltikum erstreckt.

Die Hauptziele der USA scheinen heute auf dem Balkan die folgenden zu sein: 1. Förderung eines muslimisch geführten Einheitsstaates in Bosnien-Herzegowina; 2. Installierung eines Regimes westlichen Stils in Jugoslawien und Reduzierung der geographischen Fläche und des Einflusses Serbiens auf ein Minimum; 3. Unterstützung der Herstellung eines Groß-Albanien unter Einschluß von Teilen des Kosovo, des Sandschak, Mazedoniens und möglicherweise Bulgariens – mit starker Anbindung an Bosnien, die USA und die Türkei; 4. Unterstützung von Kroatien und Slowenien und möglicherweise die Bildung eines Groß-Kroatien unter Einschluß der kroatischen Gebiete Bosniens; 5. Verhinderung eines Zusammenschlusses der Serben Bosniens, Kroatiens und Jugoslawiens; 6. Verhinderung eines Bündnisses zwischen Griechenland und Jugoslawien oder zwischen den östlich-orthodoxen Ländern des Balkans (Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien); 7. Institutionalisierung des amerikanischen Einflusses in Südeuropa und dem Mittelmeerraum, um den Zugang der Europäischen Union oder Deutschlands zu den islamischen Märkten oder den natürlichen Ressourcen des Orients zu blockieren; 8. Blockade des russischen Einflusses auf dem Balkan.

Dieser Aufriß der außenpolitischen Ziele der USA ist keine Spekulation, wenn er auch noch nicht durch Einsicht in die entsprechenden Dokumente des Nationalen Sicherheitsrats bestätigt werden kann. Er ist abgesichert durch Interviews, einige veröffentlichte Materialien und die tatsächliche US-Politik auf dem Balkan.4 Diese Politik scheint einen gewissen Sinn zu haben. Die USA glauben, daß sie, trotz ihrer enormen Macht, »in eine Jagd nach Ressourcen« rund um die Welt »eingebunden sind« und daß ihre wirtschaftliche Zukunft von ihrer Fähigkeit abhängen wird, neue Märkte und Rohstoffquellen zu erschließen. Der Balkan ist dafür eine strategische Schlüsselregion. Also ist unsere gegenwärtige Balkanpolitik nachvollziehbar und zusammenhängend. Was will man von irgendeiner Politik mehr verlangen? Natürlich ist das Problem, daß diese Politik außerdem arrogant, unhistorisch, mörderisch, von unzureichender Analyse ausgehend, voll von Widersprüchen und letztlich verantwortungslos ist. Sie wird zur völligen Verwüstung des Balkans führen, einschließlich seiner Entindustrialisierung, und sie wird unvorhersehbare Folgen aller Art hervorbringen und bringt sie bereits hervor. Eben darin ähnelt sie sehr der Politik, die die Vereinigten Staaten Anfang der 60er Jahre in den Indochinakrieg geführt hat.

Anfang 1965 intervenierten die USA in größerem Maßstab militärisch in Indochina, um die strauchelnde südvietnamesische Regierung zu stützen. Der Staat Südvietnam war von den USA hergestellt worden, um die Genfer Verträge von 1954, die Franzosen und Vietnamesen nach der französischen Niederlage bei Dien Bien Phu abgeschlossen hatten, zu umgehen. Diese Verträge sollten nach einer Übergangsphase von zwei Jahren zu freien Wahlen in einem vereinten Vietnam und dann zur Bildung einer nationalen Regierung führen. Selbst Präsident Eisenhower hat in seiner Autobiographie zugegeben, daß die vietnamesische Befreiungsbewegung diese Wahlen gewonnen und eine in der Tat sehr populäre Regierung gebildet hätte. So wäre mit Vietnam ein unabhängiger, kommunistischer Staat in Südostasien entstanden. Diese Aussicht bereitete, wie McNamara in seinen Memoiren bezeugt, den politischen Entscheidungsträgern in den USA bereits in den 50er Jahren große Sorgen. Sie unterminierten daher, im Geheimen agierend, die Genfer Verträge und warfen sie schließlich über den Haufen, indem sie ein Marionettenregime einsetzten, es bewaffneten und die geplanten Wahlen aussetzten. Dies führte zum Aufstand im südlichen Teil Vietnams, den »Südvietnam« zu unterdrücken suchte. Das Saigoner Regime war allerdings weit davon entfernt, beliebt zu sein. Und als es daran ging, den Viet-Minh-Aufstand niederzuschlagen, breitete er sich aus. Als ihr Schützling ernsthaft bedroht schien, entschieden die Vereinigten Staaten, selbst einzugreifen und dem Widerstand ein Ende zu setzen. Das Ergebnis ist bekannt.

Das Problem im Fall Vietnams war, daß die Installierung des südvietnamesischen Regimes, seine Unterstützung und der schließliche Kriegseintritt der USA mit dem Ziel, seinen Sturz zu verhindern, auf einem Entschluß der US-Administration basierten, ihre Vorherrschaft in Südostasien zu sichern. Sie gaben vor, »Südostasien vor dem Kommunismus retten« zu wollen. Aber in Wirklichkeit verfolgten sie, was Kennedy, Johnson, Nixon, McNamara und Kissinger für die strategischen

Interessen der USA hielten: Kontrolle von Rohstoffen, Zugang zu Märkten, Stärkung des eigenen politischen Einflusses usw. Und erst Jahrzehnte später brachten einige unserer ehrenwerteren Führer den Takt und den Anstand auf, zuzugeben, daß die strategischen Muster »falsch« gewesen waren. Muß jetzt dasselbe auf dem Balkan noch einmal geschehen?

Ein künstlicher Staat

Die Verwicklung der USA in Bosnien-Herzegowina begann unter der Bush-Regierung, als in den frühen 90er Jahren Behörden und offizielle Vertreter der USA mit der muslimisch geführten Partei der Demokratischen Aktion zu kooperieren begannen, um sie in die Lage zu versetzen, die Macht zu übernehmen. 1992 wurde dieses Engagement öffentlich bekannt, als, gegen den Wunsch vieler ihrer Verbündeten, die USA und Deutschland die Anerkennung Bosniens international erzwangen. Seither, forciert unter Clinton, haben die USA die Izetbegovic-Regierung in Bosnien durch dick und dünn unterstützt. Unverrückbar scheinen sie auf eine Einheitsregierung unter muslimischer Führung, mit oder ohne Izetbegovic, festgelegt zu sein. Das Problem ist, daß eine Regierung, die von einer überdies zunehmend zum Fundamentalismus tendierenden muslimischen Minderheit dominiert wird, in einem Staat, der unter normalen Bedingungen ein südslawischer wäre, keine sichere Einrichtung sein kann.

Wie Südvietnam ist Bosnien-Herzegowina Ergebnis eines Oktroi und kein Staat, den seine Bevölkerung geschaffen hätte. Es ist ein weitgehend von auswärtigen Mächten hergestelltes Staatswesen, ein Ergebnis der Bestrebungen, eine strategisch bedeutsame Region der Welt zu kontrollieren. Wie Tucker und Hendrickson schrieben: »Von Anfang an war ersichtlich, daß die Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas nur gesichert werden konnte, wenn es ihm gelänge, in großem Maßstab Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft einzuwerben.«5 Ebendies schwächte damals Südvietnam und schwächt heute Bosnien-Herzegowina. Beide Staaten wurden den Bewohnern ihrer jeweiligen Territorien durch die vereinten Anstrengungen ehrgeiziger und opportunistischer Gruppen im Innern und mächtiger ausländischer Geldgeber buchstäblich aufgezwungen. Im Falle Südvietnams sollte die Mehrheit der Bevölkerung sich unterwerfen, in Bosnien eine große Minderheit. In Südvietnam entwickelte sich eine ausgedehnte Rebellion. In Bosnien rebellierte ein Drittel der Bevölkerung, die bosnischen Serben.

Wie wurde aus einer Republik der jugoslawischen Föderation ein von einer Minderheitenregierung geführter Putativstaat? 1992 war Bosnien ein konstituierender Teil Jugoslawiens, ähnlich einem Staat der Vereinigten Staaten. Seine Grenzen waren rein administrativ und hatten keine historische Grundlage. Seine Bevökerung bestand 1991 aus muslimischen Slawen (44 Prozent), bosnischen Serben (31 Prozent) und bosnischen Kroaten (18 Prozent). Diese drei Nationalitäten waren über die ganze Fläche der Republik miteinander vermischt. Aber die Serben besaßen und bewirtschafteten etwa 60 Prozent des Landes. Die Muslime waren auf die Städte konzentriert. Ab 1989 wurde die Politik in Bosnien-Herzegowina zunehmend von ethnisch-religiösen Fragen beherrscht. Besonders die Führung der größten Gruppe, der Muslime, begann Unterstützung für eine islamische Erweckungsbewegung in Bosnien zu mobilisieren. Auch der kroatische Nationalismus radikalisierte sich.6 Beides mußte die Serben alarmieren. Sie hatten während des zweiten Weltkriegs den Schrecken des Holocaust durch die Hände der Kroaten und Muslime erfahren.7

1990 fanden in Bosnien-Herzegowina die ersten Mehrparteienwahlen der Nachkriegszeit statt. Die ethnisch-religiösen Spannungen im Land hatten zugenommen, und die ethnisch orientierten politischen Parteien gingen mit über 70 Prozent der Stimmen siegreich aus den Wahlen hervor. Keine einzelne Partei konnte jedoch eine Mehrheit für sich gewinnen – die Republik mußte von einer Mehrparteienkoalition aus Muslimen, Serben und Kroaten regiert werden, wobei die Muslime als größte Bevölkerungsgruppe in der Republik auch die größte politische Partei ins Spiel brachten, die Demokratische Aktion. Muslimische Nationalisten begannen bald offen auf die Schaffung eines ethnisch begründeten Staates zu drängen. Sie wollten die Übereinstimmung der »ethnischen Nation« und »des Staates«. Und sie wollten Unabhängigkeit. Die bosnischen Serben aber wollten Jugoslawien nicht verlassen. Und wenn Bosnien dennoch unabhängig werden würde, wollten sie auf keinen Fall einen Einheitsstaat. Denn der würde unvermeidlich von einer sich herausbildenden Koalition aus Muslimen und Kroaten dominiert werden.

Was die bosnischen Kroaten betraf, so war ihr Zusammengehen mit den Muslimen streng pragmatisch. Der Ultranationalismus hatte sich im benachbarten Kroatien bereits ausgebreitet. Die bosnischen Kroaten dominierten die Herzegowina, die im Westen Bosniens an Kroatien grenzt. Und sie wollten Herzeg-Bosna annektieren und sich mit ihren ethnischen Brüdern in Kroatien vereinigen. Das Zusammengehen mit den Muslimen bot ihnen eine Möglichkeit, das zu tun, da sich ihre nationalistischen Ziele in Teilen ihres Territoriums überschnitten. Diese Koalition war jedoch äußerst zerbrechlich, wie der offene Ausbruch des Krieges 1993 beweisen sollte. Selbst heute, wo die Vereinigten Staaten eine muslimisch-kroatische »Föderation« in Bosnien erzwungen haben, gibt es noch Kämpfe zwischen beiden Seiten.

An diesem Punkt lohnt es sich, ausführlicher auf das einzugehen, was den Serben während der vierziger Jahre zustieß. Sie waren nach der Invasion Jugoslawiens durch die Nazis 1941 gezwungen worden, vier Jahre lang unter einer kroatisch-muslimischen Koalition zu leben. Der vermeintlich unabhängige kroatische Staat war in Wirklichkeit ein Marionettenregime, in das Hitler die als Ustascha bekannten fanatischen kroatischen Nationalisten einsetzte. Dieser Staat

umfaßte fast das gesamte heutige Bosnien-Herzegowina. Unter Mithilfe der Muslime, die zwei SS-Divisionen für Hitler aufstellten, setzte die Ustascha die »rassische Säuberung« Kroatiens und Bosniens ins Werk. Dies führte zu unvorstellbaren Schrecken und zum Tod von ungefähr 700.000 Serben.8 In Erinnerung an diese Vergangenheit konnten die Serben auf keinen Fall die Konstellation akzeptieren, die sich gegen Ende 1991 herausschälte. Sie proklamierten daher, das Schlimmste befürchtend, im September 1991 eine Reihe von »serbischen autonomen Regionen« innerhalb Bosnien-Herzegowinas. Im Oktober verabschiedeten muslimische und kroatische Parlamentarier gemeinsam eine Resolution, die, gegen serbischen Einspruch, Bosnien-Herzegowina zur souveränen Republik erklärte. Dies war ein erster Schritt zur Sezession und ließ die Fassade der Drei-Parteien-Koalitionsregierung zerbröckeln. Die Serben richteten daraufhin eine eigene parlamentarische Versammlung ein und erklärten, die Gesetze Bosnien-Herzegowinas würden in den serbischen autonomen Regionen nicht gelten.

Gegen Ende 1991 drängten sowohl Deutschland als auch die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten zur Anerkennung der Republiken, die aus der jugoslawischen Föderation austreten wollten. Am 19. Dezember 1991 überrannte der deutsche Außenminister die Einwände seiner Partner in der Europäischen Union und erlangte ihr Einverständnis mit der Anerkennung Kroatiens, Sloweniens und Bosnien-Herzegowinas. Am nächsten Tag beschlossen die muslimischen und kroatischen Mitglieder des bosnischen Präsidiums, die staatliche Unabhängigkeit des Landes anzustreben. Die serbischen Mitglieder weigerten sich, an der Abstimmung teilzunehmen. Im Januar 92 stimmten, wiederum gegen serbischen Einspruch, die muslimischen und kroatischen Mitglieder des bosnischen Parlaments für die Abhaltung eines Referendums über die Unabhängigkeit. Es wurde Ende Februar durchgeführt und von den Serben boykottiert, weshalb nur zwei Drittel der Bevölkerung an der Abstimmung teilnahmen. In ihr votierte eine große Mehrheit für die Unabhängigkeit. Am 6. April erkannte die EU Bosnien-Herzegowina als unabhängigen souveränen Staat an. Die Bush-Regierung vollzog diesen Schritt am nächsten Tag, an dem auch die Serben ihre eigene Republik ausriefen. Es ist klar: Die Entscheidungen der EU und der Vereinigten Staaten gaben dem muslimischen Bestreben, ganz Bosnien zu beherrschen, internationale Rückendeckung und spielten eine entscheidende Rolle beim Stapellauf eines neuen Staates über die Einsprüche einer großen Minderheit seiner Bevölkerung hinweg.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß Bosniens Unabhängigkeitserklärung nach der jugoslawischen Verfassung illegal war. Zwar war die Möglichkeit einer Sezession darin durchaus vorgesehen, aber nur »Nationen«, nicht Republiken, konnten sich abspalten. Auch nach der bosnischen Verfassung war eine Sezession möglich, aber nur unter der Bedingung, daß die großen Bevölkerungsgruppen, »die Nationen«, sich einig wären. Im übrigen gibt es im internationalen Recht kein uneingeschränktes Recht auf Sezession. Dies ist der Grund, warum die jugoslawische Armee mit ihren in Bosnien stationierten Einheiten eingriff, als die öffentliche Ordnung zur Zeit der Sezession zusammenzubrechen begann. Die Armeeführer hielten es für ihre Aufgabe, den Ausbruch eines Bürgerkrieges zu verhindern. Natürlich wurden sie als Störenfriede wahrgenommen und von muslimischen und kroatischen paramilitärischen Einheiten angegriffen. Viele jugoslawische Soldaten wurden getötet oder verwundet. Im Juni zog sich die jugoslawische Armee auf Druck einiger Staaten der Europäischen Gemeinschaft aus Bosnien zurück. Aus mehreren Gründen ist es daher schwierig, dem Urteil von Tucker und Hendrickson nicht zuzustimmen: »Die Anerkennung von Bosniens Unabhängigkeit selbst stellte eine unrechtmäßige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens dar, gegen die Einspruch zu erheben Belgrad jedes Recht hatte.«

Dies ist eine kurze, aber einigermaßen genaue und in ihren Grundzügen heute von seriösen Beobachtern auch nicht mehr bestrittene Zusammenfassung der Ereignisse, die zur Entstehung des bosnischen Staates führten. Gibt es Parallelen zu den Erfahrungen der USA in Vietnam? Drei klare Parallelen lassen sich ziehen: 1. Die USA spielten bei der Erschaffung des neuen Staates eine große Rolle. Es gab kein Südvietnam, bevor die USA im Anschluß an die Genfer Vereinbarungen intervenierten. Und es gab keinen Staat Bosnien-Herzegowina, bevor die USA und Deutschland Ende 1991 eingriffen. 2. In beiden Fällen wurden die Gesetze des Landes und die Normen des internationalen Rechts ignoriert. In Indochina warfen die USA die Genfer Vereinbarungen über den Haufen, stellten ein Marionettenregime auf und erklärten es zu einem unabhängigen Staat. In Bosnien wurden die Verfassungen Jugoslawiens und Bosnien-Herzegowinas mitsamt dem internationale Recht vom Tisch gewischt. Die Vereinigten Staaten und Deutschland konnten tun, was sie taten, nicht weil sie rechtlich akzeptable Gründe dafür gehabt hätten, sondern aufgrund ihrer ökonomischen/politischen/militärischen Macht. 3. Die Schaffung des neuen Staates zerteilt und schwächt Bosnien, wie vor ihm Vietnam. In Bosnien folgte daraus zusätzlich, daß der neue Staat die Kontrolle über nicht mehr als 20 Prozent »seines« Territoriums hat. Bosnien verfügte, mit anderen Worten, nicht über die wesentlichen Merkmale eines legitimierten Staates. Kein Wunder, daß der ausländische Druck, diesen Staat anzuerkennen, aus Gründen, die nichts mit dem Wohlergehen seiner Bevölkerung zu tun hatten, zu einem Bürgerkrieg führte.

Die Sackgasse

Die Schwäche des bosnischen Staates und die Konsequenzen, die daraus erwachsen, bilden die Achillesferse der US-Politik in Bosnien-Herzegowina. Ihre Lage in Bosnien 1994 ähnelt stark der in Vietnam 1961. Damals wurde General Maxwell

Taylor nach Vietnam entsandt, um festzustellen, ob »Berater« in beträchtlicher Anzahl dorthin geschickt werden sollten. Die Dinge entwickelten sich in Saigon nicht wie geplant, und Präsident Kennedy mußte entscheiden, was zu tun sei. Taylor empfahl eine ausgedehnte militärische Operation der USA in Vietnam. Wir wissen: Trotz der kontinuierlichen Zunahme der US-Hilfe und der letztlichen Entsendung hunderttausender amerikanischer Soldaten überlebte der südvietnamesische Staat nicht.

Anfang 1994, nach zwei Jahren Krieg in Bosnien, befand sich der Westen abermals in einer Sackgasse. Die USA, Deutschland und – sehr viel weniger begeistert – andere westliche Mächte hatten die Izetbegovic-Regierung und ihren Anspruch auf Ausübung der Souveränität über ganz Bosnien-Herzegowina unterstützt. Aber aufgrund der Weigerung der USA, Truppen nach Bosnien zu schicken, und aufgrund von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Nato darüber, was in Bosnien zu tun sei, war der Westen nicht fähig, die Serben zurückzudrängen und eine Schlichtung zugunsten der muslimisch-kroatischen Regierung durchzusetzen. Die Izetbegovic-Regierung war ihrerseits zu schwach, den Krieg selbst zu gewinnen. Vor allem die USA und Deutschland standen daher vor einem Dilemma. Sie unterstützten zwar die bosnische Regierung, aber die Grenzen ihrer Handlungsfreiheit bedeuteten, daß sie ihr wenig dabei helfen konnten, die Serben zu unterwerfen. Die Vereinigten Staaten begannen daher, nach der gleichen Lösung zu suchen, nach der sie in den späten 60er Jahren in Indochina gegriffen hatten. Sie begannen, den Krieg in Bosnien zu »vietnamisieren«. Das heißt, sie begannen, an der Schaffung einer größeren und effektiveren (bosnisch-muslimischen) Vasallenarmee zu arbeiten, die den Mangel an westlichen Truppen ausgleichen und ein für die bosnische Regierung günstiges Ende des Krieges herbeiführen sollte. Und sie begannen, diese »Vietnamisierung« verdeckt, also im Geheimen, umzusetzen.

Die Serben sind militärisch gut ausgerüstet, verfügen aber nur über eine begrenzte Zahl wehrfähiger Männer und Frauen. Auf der anderen Seite kann die muslimische Regierung auf ein großes Reservoir an Menschen zurückgreifen, aber es mangelt ihr an angemessener Organisation, Ausbildung, schweren Waffen, Nachrichtendiensten und Infrastruktur. Also begannen die USA, der Regierung in Sarajevo heimlich zu helfen, ihre Streitkräfte zu erweitern, besser auszubilden und aufzurüsten, in der Hoffnung, sie zu befähigen, den Serben einen tödlichen Schlag zu versetzen oder sie wenigstens zu zwingen, einen »Handel« wie den von der westlichen Kontaktgruppe vorgeschlagenen zu akzeptieren. Heute stellt sich die Frage, ob diese Rechnung in Bosnien nicht möglicherweise aufgehen kann, denn es gibt einige wichtige Unterschiede zwischen der Situation in Vietnam in den frühen 60er Jahren und der Situation in Bosnien Anfang 1992. Zum Beispiel sind in Bosnien die Serben eine Minderheit, auch wenn die meisten Kroaten nicht in einem von der Partei des Herrn Izetbegovic regierten Einheitsstaat leben wollten. In Vietnam aber bildeten die Gegner der südvietnamesischen Regierung eine große Mehrheit. Dennoch gibt es, wie wir sehen werden, gute Gründe zu glauben, daß das Vorhaben, einen von der muslimischen Minderheit regierten Einheitsstaat zu unterstützen, scheitern wird, katastrophal scheitern wird.

Die Vietnamisierung des Bosnien-Krieges

Mitte der 50er Jahre schufen die Vereinigten Staaten in Vietnam einen künstlichen Staat mit dem Ziel, den Kommunismus in der Region einzudämmen. Dieser Staat war korrupt und konnte seinen Zweck nicht erfüllen. Er versuchte, sich gegen den Widerstand der Bevölkerung zu behaupten, der Ende der 50er Jahre an Intensität noch zunahm. 1960 war die Rebellion so weit, daß sie die Stabilität des Staates trotz der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Unterstützung durch die USA ernstlich bedrohte. An diesem Punkt hatten die Vereinigten Staaten nur drei Möglichkeiten. Sie konnten Saigon fallenlassen. Sie konnten amerikanische Truppen in bedeutender Anzahl schicken. Oder sie konnten versuchen, eine schlagkräftigere »südvietnamesische« Armee aufzubauen. Das Saigoner Regime fallenzulassen, stand nicht zur Debatte. Es galt zu entscheiden zwischen der Entsendung einer großen Anzahl von Truppen – der klassischen imperialistischen Reaktion – und dem Versuch, eine inländische Armee aufzubauen, die den Viet-Minh-Aufstand würde niederschlagen können. Die Vorstellung, Truppen nach Übersee zu schicken, um in solch einem Krieg zu kämpfen, war äußerst unpopulär. Die Vereinigten Staaten hatten gerade in Korea einen Krieg geführt und sehr wenig dadurch gewonnen. Ihr Versuch, den Norden des Landes zu beset-zen, hatte den Kriegseintritt Chinas provoziert. Die US-Truppen waren nach Süden gedrängt worden. Dann hatte sich eine Pattsituation entwickelt, die zu einer scheinbar dauerhaften Teilung Koreas führte. Anfang der 60er Jahre konnte keine amerikanische Regierung riskieren, diese Erfahrung zu wiederholen. Die einzig mögliche Option für Vietnam war daher, Saigon wirtschaftlich zu unterstützen und seinen Militärapparat zu effektivieren – logistisch und durch bessere Ausbildung der Rekruten. Die USA würden die dafür benötigten Berater zur Verfügung stellen, und Saigon würde den zweiten amerikanischen Krieg in Asien für die Vereinigten Staaten führen. Die Toten würden junge vietnamesische Männer und Frauen sein und keine Amerikaner. Aber die Zeit enthüllte die Mängel der Theorie. Einer der Mängel war, daß zur Durchführung dieses Plans immer mehr amerikanische Berater nach Vietnam geschickt werden mußten. Diese Berater gerieten unweigerlich in die Fänge des Krieges. Es besteht die Gefahr, daß die Vereinigten Staaten heute auf dem Balkan in die gleiche Falle gehen.

Nach dem Ende des Krieges in Indochina wollten die US-Militärs von auswärtigen Verwicklungen nichts mehr wissen. Sie kamen zu dem Schluß, daß die US-Streitkräfte nicht wieder in einen langwierigen und unpopulären Krieg hineingezogen werden sollten. Diese Auffassung hat General Powell, der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff (Gremium der Chefs von

Army, Navy und Air Force; sein Vorsitzender ist der höchste US-Militär), während der Debatten über die US-Politik gegenüber Bosnien 1993 und 1994 mehrfach vertreten. Weder der US-Kongreß noch die US-Militärs woll(t)en amerikanische Truppen nach Bosnien schicken. Die Nato war sich uneinig, was in Bosnien getan werden sollte. Offene Waffenlieferungen wären ein Bruch des UN-Waffenembargos gewesen. Die Deutschen aber konnten – mit Blick auf ihre europäischen Partner – eine eigene Intervention nicht riskieren. Und doch mußten die USA und ihre nächsten Verbündeten weiterhin darauf bestehen, daß Bosnien ein »Staat« sei. Die Existenz eines solchen war schließlich zentral für die Schaffung einer neuen Ordnung auf dem Balkan. Es muß daher den US-Offiziellen vorgekommen sein, als gäbe es nur einen offensichtlichen Ausweg aus dieser Sackgasse, einen erprobten und zuverlässigen, einen in der Nachkriegszeit viele Male genutzten: heimlich zu tun, was offen nicht getan werden konnte.

Das Engagement von US-Truppen im Indochinakrieg war der amerikanischen Öffentlichkeit viele Jahre lang unbekannt. Denn die Kennedy- wie auch die Johnson-Regierung führten, während sie Ausbilder und weitere Unterstützung für Saigon zur Verfügung stellten, gleichzeitig auch einen »geheimen Krieg« gegen Nordvietnam und die Nationale Befreiungsfront. Die Clinton-Regierung scheint die gleiche Entscheidung in bezug auf Bosnien getroffen zu haben. Zwar ist nicht bekannt, wann sie die Entscheidung getroffen hat, mit der verdeckten Militärhilfe für das Izetbegovic-Regime zu beginnen. Aber alles weist darauf hin, daß sie irgendwann im zweiten Halbjahr 1993 getroffen wurde, möglicherweise sogar schon zur Zeit der ausführlichen Beratung der US-Balkanpolitik durch den Nationalen Sicherheitsrat einige Monate zuvor. Schon 1993 gab es Meldungen, die USA wären behilflich, Waffen an die bosnische Regierung zu liefern. Es gab sogar Meldungen über die Anwesenheit von US-Spezialeinheiten in Bosnien.9 Die ersten verläßlichen Berichte über substantielle US-Militärhilfe für Bosnien erschienen jedoch Anfang 1994. Damals sagten französische Beamte aus, daß die USA heimlich Waffen an Izetbegovic lieferten. Diese Waffen seien Ostblockwaffen aus US-Regierungsbeständen, die von der Türkei aus auf dem Luftweg nach Bosnien gebracht würden. Die französischen Beamten stellten eindeutig fest, daß dies eine größere verdeckte Operation der USA sei, darauf angelegt, das UN-Waffenembargo über Bosnien zu umgehen. Dies war zu einer Zeit, als auch die deutsche Regierung heimlich Beihilfe zur Lieferung von Waffen aus Beständen der früheren DDR leistete. Deutsche Waffen wurden in Rostock nach Durrës (Albanien) verschifft und dann weiter nach Bosnien geschickt.

Mitte 1994 erreichten Waffen, Ausrüstung und Ersatzteile Bosnien auch über andere Kanäle. »Defense and Foreign Affairs Strategic Policy« (London) berichtete am 31. Oktober 1994, daß 400 Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden im Frühjahr mit großen Mengen an Waffen und Munition in Bosnien eingetroffen seien. Der Zeitschrift zufolge war die CIA über diese Operation vollständig informiert. Auch hätten US-Behörden größere Waffenlieferungen, die aus China und Nordkorea stammten, an muslimische Truppen in Bosnien geliefert. Außerdem seien Artillerie, Raketenwerfer und Munition aus dem Iran eingetroffen, »mit Wissen und Zustimmung der US-Regierung«. Darüber hinaus würden iranische militärische Instrukteure in Sonic (Ostbosnien) bosnische Truppen ausbilden. Mehr als 3.000 Mudjahedin kämpften mit dem bosnischen 3. Korps in Zenica. Zahlreiche afghanische Mudjahedin seien im Herbst in Ploce an der kroatischen Küste eingetroffen, berichtete »Strategic Policy«. Sie seien dann mit falschen Papieren nach Split und Livno gefahren und hätten sich auf verschiedene Gruppen bei Kupres, Zenica und Banja Luka verteilt. Vor allem behauptete die Londoner Zeitschrift, daß die Mudjahedin, die im Afghanistankrieg zahlreich von der CIA benutzt worden waren, von US-Spezialtruppen begleitet worden seien. Diese US-Einheiten waren auf einer verdeckten Mission zur Einrichtung eines Befehls-, Kontroll-, Fernmelde- und Nachrichtendienstnetzwerks (C3I) in Bosnien, um Offensiven der bosnischen Kroaten, bosnischen Muslime und Mudjahedin in Mittel-, Ost- und Nordbosnien zu koordinieren und zu unterstützen. Sie hatten zu diesem Zweck ihre eigene High-Tech-Fernmeldeausrüstung mitgebracht.

All dies erinnert sehr an den Krieg in Indochina. Auch dort leisteten abhängige verbündete Staaten, Südkorea, die Philippinen, Australien, Neuseeland und andere, dem Saigoner Regime militärischen Beistand. Das scheint sich in Bosnien zu wiederholen, wo andere von den USA abhängige Staaten – die Türkei, Saudi-Arabien usw. – dem Sarajevoer Regime Geldmittel und Militärhilfe zur Verfügung stellen.

Weniger als zwei Wochen nach dem Erscheinen des Berichts in »Strategic Policy« erschienen in der britischen Presse weitere Informationen über das verdeckte Engagement der USA in Bosnien. Robert Block, Korrespondent des »Independent«, schrieb am 12. November 94, daß die Vereinigten Staaten bosnische Truppen direkt unterstützten, indem sie ihnen nachrichtendienstlich zuarbeiteten und Ausbilder zur Verfügung stellten. In Bihac, wo eine muslimische Offensive im Gang war, seien, schrieb Block, muslimische Militärbefehlshaber mit Luftaufnahmen von Stellungen der bosnischen Serben versorgt worden. Er berichtete unter Berufung auf französische und US-amerikanische Militärs und einen britischen Diplomaten, pensionierte amerikanische Soldaten hülfen, muslimische Truppen auszubilden. Eine Woche später berichtete der »Guardian«, die US-Politik in Bosnien spalte die Nato. Washington stehe bereits kurz vor dem Abschluß von Militärabkommen mit Zagreb und Sarajevo mit dem Ziel, das Izetbegovic-Regime zu stärken. Tatsächlich wurden solche Abkommen später unterzeichnet. Der Korrespondent des »Guardian« verwies auf den US-Botschafter in Kroatien, der erklärt hatte, die USA würden helfen, aus Muslimen und Kroaten im Umgang mit der »von Belgrad geförderten Aggression« eine »effektive Streitmacht« zu bilden. Er behauptete weiter, US-Beamte hätten zugegeben, daß kroatische und bosnische Offiziere an US-Militärakademien ausgebildet würden. Vor allem berichtete das Blatt unter

Berufung auf westeuropäische und UN-Vertreter: »Das US-Militär und die CIA haben (ein Programm zur) verdeckten militärischen Hilfe und Ausbildung für die bosnische Armee auf den Weg gebracht.«

Zur selben Zeit (18.11.94) berichtete der »European«, »America ›has joined the war‹ in Bosnia«, und die USA seien tief verwickelt in die muslimischen Kriegsanstrengungen. Aus dem Bericht ging hervor, daß in Gornji Vakuf ein Treffen zwischen US-Militärbefehlshabern und dem wichtigsten Feldherrn der bosnischen Armee, Filip Agalic, stattgefunden hatte. Zwei US-Botschafter sowie General Charles Boyd, Chef des Nachrichtendienstes im US-Europakommando, und Brigadegeneral Mike Mirza, Einsatzleiter im Europakommando, sollen anwesend gewesen sein. Der Zweck des Treffens sei gewesen, »Empfehlungen zu erarbeiten, wie dem bosnischen Präsidium militärische Unterstützung zur Verfügung gestellt werden könnte. Das Ergebnis war eine Entscheidung der USA, ein Geheimprojekt zu starten, um den bosnischen Muslimen zu helfen.« Dem »European« zufolge sind »kleine Gruppen nicht-uniformierten, für die CIA arbeitenden Personals« zur Stelle und assistieren den bosnisch-muslimischen Streitkräften bei taktischen Operationen, Satellitenaufklärung und Luftverkehrskontrolle. Das Blatt zitierte einen Informanten aus der europäischen Verteidigungspolitik, dem zufolge die Amerikaner »den bosnischen Muslimen beibringen, wie die bosnischen Serben zu bekämpfen sind«. »Die Amerikaner beziehen Position«, zitierte der »European«. »Sie sind faktisch in den Krieg eingetreten.« Auch ein westeuropäischer Unprofor-Vertreter äußerte gegenüber der Zeitung: »Wir haben seit Monaten Amerikaner mit und ohne Uniform gesehen. Sie halten sich in einigen der Stützpunkte der bosnischen Armee auf und bleiben unter sich.« Weitere hohe Unprofor-Offiziere erklärten dem »European«-Korrespondenten, sie wüßten, daß US-Militärs und CIA-Personal als Berater für die Ausbildung bosnischer Soldaten und die Planung bosnischer Heereseinsätze gearbeitet hätten. Auch würden in verschiedenen Teilen Bosniens Straßen in Landebahnen umgewandelt. Der »European« zitierte eine westliche Quelle mit der Aussage: »Die Amerikaner leiten geschickt den Bau eines geheimen Flugplatzes in einem abgeschiedenen Tal zwischen Visoko und Kakanj in Mittelbosnien, ungefähr 25 Kilometer entfernt von den nächsten Stellungen der bosnischen Serben.« Aus all dem zog der Verfasser des Artikels den Schluß, daß »die Mithilfe der US-Teams unerläßlich für die jüngsten Erfolge der bosnischen Armee war«.

Bleibt festzuhalten, daß keiner dieser Berichte – und es wurden zu der Zeit sehr viele in der europäischen Presse veröffentlicht – in den Medien der Vereinigten Staaten erschien. Und dies trotz der Tatsache, daß sie fast ausschließlich auf westlichen Quellen basierten, einschließlich offizieller Vertreter der Vereinten Nationen und der Unprofor. Das erste, was von diesen Berichten in die Mainstreampresse der USA durchsickerte, stand in der »Washington Post« vom 19. November 94. Offizielle Quellen in Washington und ungenannte »westliche Diplomaten« zitierend, brachte die Zeitung einen Artikel unter der Überschrift: »Anschuldigungen wegen US-Hilfe an Muslime stellen sich als fehlerhaft heraus«. Der Beitrag selbst war allerdings sehr viel uneindeutiger. Er enthielt Feststellungen wie: »Die Berichte stellen jedoch, trotz ihrer Unrichtigkeiten, die wichtige Rolle heraus, die das US-Militär in Bosnien und in der Region spielt – eine Rolle, die nicht auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln oder die Unterstützung von UN-Aktivitäten beschränkt ist.« Der Bericht enthielt weitere Einzelheiten der militärischenVerstrickung der USA in Bosnien und Kroatien. Aber die Schlagzeile war vielleicht das Wichtigste an ihm, wie so oft auf dem Gebiet der Propaganda. Und sofort stoppte die Berichterstattung über die in der ausländischen Presse aufgeworfenen Fragen.

Anfang des neuen Jahres kamen sie jedoch wieder auf. Am 24. Januar 95 veröffentlichte die »New York Times« Informationen, die klar machten, daß einige der früheren Berichte über die Bemühungen der USA, die muslimische Armee in »eine effektive Streitmacht« zu verwandeln, richtig gewesen waren. Die Zeitung berichtete, die Vereinigten Staaten würden demnächst General Frederick Franks Jr., den früheren Kommandeur des VII. Korps im Golfkrieg, nach Bosnien senden, um »der muslimisch-kroatischen Föderation bei der Strukturierung ihrer bewaffneten Kräfte zu helfen«. Die Zeitung deckte auf, daß General John Galvin zum gleichen Zweck bereits einige Zeit in Bosnien verbracht hatte. Er sei allerdings »unfähig gewesen, das tiefe gegenseitige Mißtrauen zwischen Muslimen und Kroaten zu überwinden«. Am 22. Februar berichtete die »Financial Times«, UN-Vertreter und Diplomaten in Bosnien glaubten, die USA verletzten dreist das Waffenembargo. Sie berichtete, UN-Beobachter hätten in der Nacht des 10. Februar in Nordostbosnien ein von einem Kampfjet begleitetes Transportflugzeug vom Typ C-130 Hercules Versorgungsgüter an Fallschirmen über Tuzla abwerfen sehen, der zweitgrößten bosnisch-muslimischen Enklave und Standort eines großen Militärstützpunkts. Zu dieser Zeit überwachten US-Jets den bosnischen Luftraum im Rahmen einer Nato-Operation mit dem Namen »Deny Flight«, die seit 1992 lief. Die Nato aber hat in jener Nacht offenbar keinerlei Verletzungen des bosnischen Luftraums gemeldet. Der Bericht der »New York Times« wurde in Washington rundweg bestritten. Nato-Kreise erklärten, die Geschichte sei falsch.

Am 25. Februar wurde sie jedoch vom »Guardian« abermals veröffentlicht, erweitert um beachtliche weitere Einzelheiten. Der »Guardian« schrieb, trotz der Dementis durch die Nato stünden die UN-Vertreter zu ihren Aussagen. Diese basierten auf Augenzeugenberichten eines norwegischen Hubschrauberpiloten und eines britischen Geheimdienstoffiziers. Der norwegische Pilot habe ein einer C-130 gleichendes Flugzeug beschrieben, das am 10. Februar einen Abwurf über oder eine kurze Landung auf dem Flugplatz von Tuzla vorgenommen habe. Skandinavische UN-Einheiten, die zur Überprüfung seines Berichts ausgesandt worden waren, wurden von Soldaten der bosnischen Regierung beschossen und konnten die Sache nicht weiter verfolgen. Der britische Offizier berichtete von ähnlichen Abwürfen oder Landungen in Tuzla am 12.

und 17. Februar. Laut »Guardian« glauben Experten der Vereinten Nationen in Zagreb, die Nato decke heimliche Flüge, die Teil der verdeckten Waffenlieferungen an die bosnischen Muslime seien. Sie hätten die Dementis der Nato, die solche Operationen bestritt, als »absurd« und »Weißwäscherei« bezeichnet. Der »Gurdian« zitierte: »Es ist eine verdeckte Operation. Daran gibt es keinen Zweifel.«

Am Tag drauf führte der »Independent on Sunday« die Geschichte einen Schritt weiter. Niemand hatte bisher darüber spekuliert, wer die ominösen Flüge durchgeführt haben könnte. Der »Independent« meldete jedoch, Befehlshaber der Vereinten Nationen in Bosnien vermuteten die Vereinigten Staaten hinter den heimlichen Nachtflügen: Die USA »liefern heimlich Waffen an Bosnien«. Mitglieder der UN-Friedenstruppen glaubten, »Transportflugzeuge in C-130- oder ähnlicher Größe« hätten bei fünf verschiedenen Gelegenheiten seit dem 10. Februar High-Tech-Waffen über dem Flugplatz von Tuzla abgeworfen oder dorthin geliefert. Hochrangige Vertreter der UN meinten, die Abwürfe könnten von der CIA organisiert worden sein, möglicherweise mit Flugzeugen aus der Türkei. Der »Independent« ergänzte, es habe »letzte Woche im Außenministerium und in den mit Bosnien befaßten nationalen Sicherheitsbehörden hektische Aktivität geherrscht«. Darüber hinaus habe der für Europa zuständige Staatssekretär im Außenministerium, Richard Holbrooke, Anfang der Woche die Türkei besucht.

Am 28. Februar gab die Nato selbst eine Erklärung ab, in der sie bestritt, daß mit Hilfe von verdeckten Luftoperationen Waffen nach Tuzla geliefert würden. Die Verlautbarung war allerdings von einem amerikanischen Offizier im Nato-Südkommando in Neapel arrangiert worden. Sie stellte die Flüge über Tuzla als entweder normalen Luftverkehr der Nato in Bosnien oder zivilen Flugverkehr in serbischem Luftraum dar. Laut »New York Times« war der für das Southern Command verantwortliche Offizier, Admiral Leighton Smith, »wütend über die Meldungen der Vereinten Nationen«. Deren Vertreter in Bosnien beharrten jedoch auf ihrer Meinung. Einer von ihnen sagte, die Behauptung der Nato, die UN-Offiziere hätten in ihren ursprünglichen Aussagen die Unwahrheit behauptet, sei »geradewegs albern und beleidigend«.

Erst kürzlich ist der Streit über die Verstrickung der USA in den Bosnien-Krieg zu einem vorläufigen Ende gekommen. Am 5. März 95 berichtete die Londoner »Sunday Times«: »Die Türkei steht in Verdacht, zur Vorbereitung einer neuen Kampfrunde im Frühjahr heimlich Waffen zu den bosnischen Muslimen zu fliegen.« Der Zeitung zufolge waren Vertreter amerikanischer Geheimdienste »überzeugt«, daß die Türkei an einer Luftbrücke beteiligt sei, aber sie erzählten den Journalisten, sie hätten keine eindeutigen Beweise dafür. Die »Sunday Times«: »Zuerst dachte man, die Flüge gehörten zu einer verdeckten Operation der CIA zur Aufrüstung der Muslime.« CIA und andere westliche Geheimdienste gingen jedoch davon aus, daß die Flüge aus der Türkei kämen und von Saudi-Arabien finanziert würden. Das Blatt bemerkte weder, daß dies ein klassisches Muster von Operationen der CIA in der Region war, noch fand es die Tatsache merkwürdig, daß Informanten der CIA Anschuldigungen gegen die CIA auf jemand anderen lenkten, über dessen Rolle sie sich »unsicher« waren.

Dies sind nur einige wenige der in den vergangenen Monaten aufgetauchten Berichte über die klammheimliche US-Militärhilfe an die bosnische Regierung unter Verletzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen. Vertreter der USA und der Nato haben Dementis abgegeben, denen zufolge diese Berichte unwahr sind oder schwerwiegende Fehler enthalten. Dennoch gewinnt man den Eindruck, daß die Belege für einen größeren verdeckten Einsatz der USA mit dem Ziel, das Izetbegovic-Regime militärisch zu stützen, überwältigend sind. Die USA scheinen der Sarajevoer Armee Waffen, Ausbildungsknowhow und Berater zur Verfügung zu stellen. Und es sieht ganz danach aus, daß auch US-Truppen bereits in der Region operieren, wie sie es in Indochina taten, lange bevor die Öffentlichkeit davon erfuhr. Es gibt mehrere Gründe, zu solchen Schlußfolgerungen zu kommen. Es gibt viele Augenzeugenberichte, die auf ein solches Engagement der USA hinweisen. Die Informanten, die entsprechende Hinweise an Journalisten geben, sind zum großen Teil offizielle Vertreter, Diplomaten und Offiziere aus westlichen Ländern, die eine derartige Politik der USA verurteilen. Und dieselben Tatsachen werden immer wieder von einer Vielzahl unterschiedlicher Quellen berichtet. Wenn diese Beobachtungen korrekt sind – und sie sollten gründlich untersucht, nicht unterdrückt werden – , dann sind die Vereinigten Staaten bereits sehr tief in den Krieg in Bosnien verstrickt. Und dies dürfte aus genau denselben Gründen gefährlich sein, aus denen es in Indochina gefährlich war.

Schlußfolgerungen

Die Vereinigten Staaten und Deutschland haben eine wichtige Rolle bei der Schaffung eines künstlichen Staates auf dem Balkan gespielt. Dieser Staat, Bosnien, ist ein schwaches, von einer Minderheit geführtes Regime. Es kann auf die Loyalität von knapp 40 Prozent seiner eigenen Bevölkerung rechnen. Und es kontrolliert etwa 20 Prozent des Territoriums, das es beansprucht. Unter normalen Umständen wäre es niemals als unabhängiger, souveräner Staat anerkannt worden. Dennoch versuchen die Vereinigten Staaten zur Zeit, einen lebensfähigen Staat aus Bosnien zu machen. Und der Augenschein legt nahe, daß sie zu diesem Zweck das Izetbegovic-Regime mit derselben Art von Ressourcen versorgt haben, mit denen sie in den 60er und 70er Jahren »Südvietnam« versorgten. Dieses Engagement hat offensichtlich bereits zu der Entsendung von US-Militärs und CIA-Personal geführt, die dem geschlagenen Minderheitsregime beistehen sollen.

Das Engagement der USA in Bosnien ist doppelt bedeutsam. Erstens ist es Teil umfassender Planungen, die darauf zielen, die Landkarte der gesamten Balkanregion neu zu zeichnen. Wie die Konzepte zur Eindämmung des Kommunismus in Asien werden sie nicht ohne weiteres aufgegeben. Auch dann nicht, wenn, wie im Fall McNamara, Verantwortliche einsehen, daß sie einen Fehler gemacht haben. Zweitens ist das Engagement bedeutsam, weil es bereits zum Verbrauch erheblicher Geldsummen und Ressourcen geführt hat. Manchen Quellen zufolge haben die USA schon über eine Milliarde Dollar für den Krieg in Bosnien ausgegeben. Und möglicherweise wollen sie in nächster Zeit weitere fünf Milliarden ausgeben.

Die kritische Frage für die Völker des Balkan, für die westlichen Mächte, für die betroffenen islamischen Staaten und für Rußland ist heute, wohin diese US-Politik führt. Zweierlei ist bei ihrer Beantwortung zu berücksichtigen. Zum einen die Möglichkeit, daß die USA mit der Dauer des Krieges ihr Engagement noch verstärken. Genau das werden sie wahrscheinlich tun. Die Izetbegovic-Regierung und die muslimisch-kroatische »Föderation« sind weit davon entfernt, stabil zu sein. Sarajevo hat bis zum Sommer dieses Jahres militärisch keinen guten Eindruck gemacht. Was wird also passieren, wenn die muslimische Armee erneut daran scheitert, die Serben in Bosnien entscheidend zu schlagen? Alles deutet darauf hin, daß die muslimische Armee und die regulären kroatischen Streitkräfte nach der Rückeroberung der Krajina durch Kroatien eine Serie weiterer Offensiven vorbereiten. Diese Offensiven mögen anfänglich Erfolg haben. Die Serben aber verfügen trotz ihrer Personalprobleme weiterhin über beträchtliche Reserven an Panzern und schweren Waffen. Und sie werden nicht zögern, diese, wenn nötig, einzusetzen. Die muslimische Armee wird also voraussichtlich auf längere Sicht weitere Rückschläge erleiden, wenn sie die bosnischen Serben zu sehr unter Druck setzt.

Was wird die Reaktion der US-Verantwortlichen sein, die den Krieg faktisch leiten? Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie mit verstärkten Anstrengungen reagieren und den Krieg in Bosnien »vietnamisieren« werden, daß sie mehr Geld ausgeben, mehr Berater schicken, mehr Waffen liefern und mehr direkte logistische Unterstützung für die muslimischen und kroatischen Streitkräfte bereitstellen werden. Unsere Hilfe für Izetbegovic angesichts muslimischer Rückschläge nicht zu erhöhen, hieße jedenfalls, das Regime aufs Spiel zu setzen, das zu unterstützen die USA fest entschlossen sind. Es würde von unserer Regierung verlangen, ein wichtiges Element ihrer Balkanpolitik aufzugeben.

Nahezu fünfzehn Jahre lang war genau dies die Antwort für Vietnam. US-Verantwortliche vertraten von den späten 50er bis zu den frühen 70er Jahren die Ansicht, die USA müßten fortfahren, Saigon zu helfen. Wenn sie es nicht täten, würde es fallen und mit ihm die »Dominosteine«, und am Ende würde »China alles übernehmen«. Derart waren die Beschwörungsformeln, die uns weitertrieben. Also war die Antwort auf jeden Rückschlag: mehr davon; nach 1965: mehr US-Truppen. Die Verantwortlichen in den USA wollten nicht akzeptieren, daß Saigon im Begriff war, den Krieg zu verlieren, weil sie nicht bereit waren, ihre vietnamesische Klientel aufzugeben. Robert McNamara schreibt in seinen Memoiren, die US-Regierung hätte »Südvietnam« 1963 aufgeben sollen. Die Verantwortlichen versuchten jedoch, anstatt den Tatsachen ins Auge zu sehen, den Kongreß, die amerikanische Öffentlichkeit und den Rest der Welt darüber zu täuschen, was in Vietnam geschah. Und es gelang ihnen schließlich, auch sich selbst zu täuschen. Es ist daher ziemlich wahrscheinlich, daß die USA, wenn der Krieg in Bosnien noch längere Zeit andauert, tiefer in einen neuen Sumpf gezogen werden.

Der zweite Frage, die beantwortet werden muß, wenn man sich darüber klar werden will, wohin die Bosnien-Politik der USA steuert, ist, ob sie irgendeinen Sinn ergibt. Angenommen, die USA beabsichtigen, die Bindung an Sarajevo aufrechtzuerhalten – wohin wird uns das auf lange Sicht führen? Die Antwort darauf könnte sich durch die Logik der Situation ergeben. In Bosnien findet ein Krieg statt. Sowohl für die Serben als auch für die Muslime steht sehr viel auf dem Spiel. In letzter Konsequenz gibt es nur zwei mögliche Kriegsergebnisse. Entweder werden die bosnischen Serben gewinnen und in der Lage sein, sich ihre Unabhängigkeit auf dem, was die USA, Deutschland und Sarajevo zur Zeit für »bosnischen Boden« halten, zu sichern, oder das Izetbegovic-Regime wird gewinnen und in der Lage sein, sich die bosnischen Serben gefügig zu machen. Was würde geschehen, wenn klar wäre, daß die bosnischen Serben im Begriff stehen, den Krieg zu gewinnen? Würden die USA und die Nato unbeteiligt zusehen? Könnten sie dem enormen Druck, militärisch zu intervenieren, widerstehen? Das scheint zweifelhaft. Eine Intervention der USA oder der Nato aber würde die Konfrontation in Bosnien und möglicherweise auch in Kroatien zusätzlich verschärfen, was die jugoslawische Armee ins Spiel bringen könnte, wenn die westliche Intervention als ernsthafte Bedrohung für die Serben in Bosnien und Kroatien angesehen würde. Sollte eine solche Konfrontation je stattfinden, würde sich der Krieg ausbreiten und an Intensität zunehmen. Dies würde unvermeidlich ganz Europa betreffen und tief spalten, mit unabsehbaren Folgen. Sollten die Vereinigten Staaten eine Strategie verfolgen, die derartig hohe Risiken aufweist?

Möglich ist aber auch, daß das Izetbegovic-Regime den Krieg gewinnt. Was würde geschehen, wenn es einen größeren militärischen Sieg verbuchen könnte? Machen wir eine Reihe von Annahmen, die die amerikanischen Politiker gleichfalls machen müssen. Nehmen wir an, die muslimische Armee in Bosnien schicke sich an, ihre serbischen Widersacher zu besiegen. Nehmen wir weiter an, Jugoslawien würde nicht intervenieren, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Zwar ist keine dieser Annahmen sonderlich realistisch, aber wenn die US-Politiker sie nicht machen, ist ihre Politik in Jugoslawien völlig unsinnig. Warum sollten die USA eine Regierung unterstützen, der sie keine Chancen geben, den Krieg,

den sie führt, zu gewinnen? Unsere Politiker müssen also zumindest annehmen, daß das Izetbegovic-Regime gewinnen kann. Das erste Resultat eines muslimischen Sieges ist offensichtlich: Isoliert und militärisch besiegt, müßten die Serben ihren Anspruch auf eigenständige Republiken in Bosnien und Kroatien aufgeben. Sie hätten dann die Wahl, in beiden Ländern unter entsetzlichen Bedingungen auszuharren oder nach Jugoslawien zu gehen, das trotz des dort herrschenden Belagerungszustandes mehr oder weniger intakt wäre. Es erhielte verdeckte Hilfe aus Rußland, Griechenland, Rumänien und Bulgarien. Zöge die eine Hälfte der bosnischen Serben nach Jugoslawien und bliebe die andere in Bosnien, was würde nicht nur wahrscheinlich, sondern mit Sicherheit geschehen? Erstens würde die bosnische Regierung mit ihrer ethnischen Säuberung fortfahren. Zweitens würde dies zu Repression und Guerillakrieg führen. Drittens würde die serbische Guerilla anfangen, nicht nur in Bosnien und wahrscheinlich in Teilen der Krajina, sondern auch von Jugoslawien aus zu operieren. Schließlich würde die serbische Guerilla Unterstützung aus Rußland, Griechenland, Rumänien und Bulgarien erhalten. Kurz, ein muslimischer Sieg in Bosnien würde nicht zur Herstellung von irgend etwas einem Normalzustand Ähnlichen führen, sondern Instabilitäten und Spannungen verlängern.

Als John F. Kennedy erwog, US-Militärberater nach Vietnam zu schicken, stellte er zwei Bedingungen. Das Saigoner Regime sollte politisch stabil sein. Und es sollte imstande sein, sich selbst zu verteidigen. Diese Bedingungen wurden nie erfüllt, was die Verantwortlichen in den Vereinigten Staaten jedoch ignorierten. Nach jedem Rückschlag redeten sie sich ein, die Situation könne in der Zukunft »umgedreht« werden. Alles, was dazu nötig wäre, seien die Aufstockung der Unterstützung und, später, mehr Truppen. Aber die Vereinigten Staaten waren nie imstande, in Vietnam ein überlebensfähiges Regime zu etablieren, trotz der Aufwendung von -zig Milliarden Dollar und der Entsendung von fast einer halben Million Soldaten. Das ganze Unternehmen basierte auf größenwahnsinnigem Ehrgeiz, Ignoranz, falschen Informationen, voreingenommenen Analysen und persönlichen und bürokratischen Ambitionen.

Die Vereinigten Staaten machen heute dieselben Fehler in Bosnien, wo es eine stabile Regierung unter muslimischer Führung nicht geben kann, sondern, sollten die Serben entscheidend geschlagen werden, nur eine repressive. Der politische Konflikt in Bosnien wäre damit nicht gelöst, sondern nur unterdrückt. Folglich gäbe es keinen Frieden, so gut wie sicher aber einen Guerillakrieg, der sich leicht auf andere Teile des Balkans ausbreiten könnte. Das Regime in Sarajevo wäre weiterhin abhängig von einer ständigen ökonomischen und militärischen Unterstützung durch die USA, Deutschland und die islamischen Staaten. Schon allein aus diesem Grund bliebe Bosnien ein Staat, der ein Minimum an Stabilität nur mit ausländischer Hilfe erlangen könnte. Auch sonst aber wäre er nicht überlebensfähig. Die Serben bearbeiten den größten Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Bosnien. Nach einem muslimischen Sieg wäre dieses Land entweder entvölkert oder in völliger Unordnung. Wo stünde Bosnien, wenn seine Anbauflächen verödeten? Mit einer wirtschaftlichen Wiederbelebung könnte kaum gerechnet werden. Bosnien bliebe für die Befriedigung vieler seiner Alltagsbedürfnisse von der Außenwelt abhängig. Die Vereinten Nationen, die wichtigsten Geberländer und internationale Hilfsorganisationen würden um Hilfe gebeten werden. Wären sie unter den heutigen politischen Bedingungen, die sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ändern werden, dazu bereit? Das scheint nicht sehr wahrscheinlich.

Entweder führt die US-Politik in Bosnien also zu einer Ausweitung des Krieges, in den die USA unausweichlich weiter verstrickt würden, oder sie führt zur Etablierung eines weiteren politisch instabilen Vasallenstaates. Das ist keine Politik, sondern die Garantie eines kostspieligen Fehlschlags, genau wie die Indochina-Politik vor mehr als 30 Jahren. Es ist deshalb an der Zeit anzuerkennen, daß unsere Bosnienpolitik verfehlt ist. Kürzlich erklärte ein ehemaliger Außenminister, Cyrus Vance, Journalisten am Sitz der Vereinten Nationen, daß die Anerkennung Bosnien-Herzegowinas ein Fehler gewesen sei. Mr. Vance hat recht. Was nun notwendig ist, ist eine ernsthafte nationale Debatte über unsere Bosnien-Politik und ihre Parallelen zum Vorgehen in Vietnam. Dies sollte eine Durchleuchtung unserer gesamten Balkanpolitik einschließen. Nur wenn eine solche Debatte beginnt, haben wir eine Chance, nicht wieder in dieselbe Falle zu tappen, in der in den 60er und 70er Jahren 59.000 Amerikaner und mehr als zwei Millionen Vietnamesen umkamen.

Übersetzung aus dem Englischen: Andreas Kühne

Anmerkungen:

1. Richard Holbrooke, Hearings on U.S. Policy in Europe before the House International Relations Committee, Washington, D.C., 9. März 1995, Protokoll, S.13.

2. Die Feindseligkeit zwischen bosnischen Muslimen und bosnischen Kroaten besteht weiter; auch die Kämpfe zwischen ihnen gehen weiter. Wie ein erfahrener Balkan-Spezialist sich kürzlich ausdrückte, bleiben »die vorrangigen (US-)Projekte – die sogenannte Kontaktgruppe der vermittelnden Mächte und die kroatisch-muslimische Föderation – so substanzlos, wie sie bei ihrer Einführung vor zwölf Monaten waren« (David Binder, »Gnats for Bosnia«, »The Nation«, 8. Mai 1995).

3. Siehe z.B. Joan Hoey, »The U.S. ›Great Game‹ in Bosnia«, »The Nation«, 30. Jan. 1995. Dies ist einer der wenigen Artikel über diesen entscheidenden Aspekt der US-Politik.

4. Siehe z.B. General Luigi Caligaris, »Europe's New Front Line: a view from Rome«, »Royal United Services Institutions Journal«, Febr. 1995, und die US-Regierungspläne für eine »Southern Balkans Initiative«, die eine Eisenbahn von Istanbul nach Tirana, der Hauptstadt Albaniens, enthalten.

5. Robert W. Tucker und David C. Hendrickson, »America and Bosnia«, »The National Interest«, Herbst 1993, S. 15. Dies ist einer der wenigen seriösen analytischen Artikel, die über diesen Gegenstand veröffentlicht wurden.

6. Nationalistische Ressentiments verschiedener Art kochten in ganz Jugoslawien hoch, teilweise infolge der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage. Siehe Thomas Szayna, *Ethnic Conflict in Central Europe and the Balkans*, Rand Corporation, 1994, S. 58.

7. Siehe die Einträge »Kroatien«, »Jasenovac« und »Jugoslawien«in der *Enzyklopädie des Holocaust*, 3 Bde., Berlin: Argon, 1993.

8. In dem Artikel »Yugoslavia« der *New Encyclopedia Britannica*, Ausg. 1986, Bd. 29, S. 922, findet man: »Der bewaffnete Widerstand gegen die (deutsche) Besatzung begann in Bosnien, und dort begannen die kroatischen Faschisten ein Massaker an Serben, das in der Chronik des zweiten Weltkriegs an Barbarei nur von der Massenvernichtung der polnischen Juden übertroffen wird.« Im März 1944 stellte SS-Generalmajor Ernst Fick in einem an Himmler adressierten Rapport fest, daß die Ustaschi in Kroatien »in Balkanmanier 600.000 bis 700.000« Serben, Juden, Zigeuner und kroatische Gegner »abgeschlachtet« hätten. Das war ein Jahr vor Ende des Krieges.

9. »Time« berichtete am 24. Mai 1993: »Während Präsident Clinton eine sehr öffentliche Gewissensforschung darüber betreibt, ob die USA eine Expeditionstruppe nach Bosnien schicken sollen, hat ›Time‹ erfahren, daß US-Spezialeinheiten dort bereits zur Stelle sind, wenn das Pentagon das auch offiziell bestreitet. Unsere Quellen sagen, daß diese Elitetruppen bisher Aufklärungskräfte sind, die Washington ›unglaublich gut auf dem laufenden‹ halten und nachrichtendienstlich für die muslimischen Enklaven tätig sind. Aber sie sind auch ausgerüstet, an jedweder militärischen Unternehmung mitzuwirken, die Clinton befehlen mag.«

Sean Gervasi lehrte Ökonomie in Oxford und war 15 Jahre lang Berater der UN in New York. Seit 1992 forscht er am Institute of International Politics and Economics in Belgrad. Zur Zeit schreibt er zusammen mit dem ehemaligen französischen Armee-General Pierre Gallois ein Buch über die Entstehungsgeschichte des Bosnien-Krieges

Konkret 09/95, S. 46

Kunst & Gewerbe

»Wenn der Sommer

nicht mehr weit ist«, sang Konstantin Wecker einst unnachahmlich haargenau-prophetisch, »und die Luft nach Erde schmeckt, / ists egal, ob man gescheit ist, / wichtig ist, daß man bereit ist / und sein Fleisch nicht mehr versteckt.« Summsumm: ein wunderbares Lied, summa summarum ein Lied zur Zeit. Der Sommer ist weit gediehen, viel Fleisch, gebräuntes zumal, aus dem Versteck gekommen und unverhüllt dem schutzlosen Blick gegenübergetreten. Und das Unverhüllte, es ist zumeist das Drohende, aus welchem Grund womöglich The Wrapped Reichstag mit so viel und geradezu metaphysischer Erleichterung aufgenommen worden ist.

Doch was die Sonne an den Tag zu bringen pflegt, ist meist schon in der Nacht an seinem Platz gewesen, so tiefschwarz sie auch gewesen sein mag: »Draußen ist es tiefschwarze Nacht geworden. Eine dichte Wolkendecke hat sich vor die Sterne gelegt.« Als Kriegsberichter hat Lothar-Günther Buchheim zuzeiten, als seine beiden Vornamen ungekoppelt vor seinem Nachnamen aufzogen und er noch weit davon entfernt war, sich als entschlossener Nazigegner auszugeben, die Dinge beim Namen genannt, im »Jahrbuch der deutschen Kriegsmarine 1942« etwa, aus dem dieses unverfängliche Zitat mit zugegeben brandmarkender Absicht entnommen ist. Das »Jahrbuch« ist dem »zweiten Jahr des Großdeutschen Freiheitskampfes« gewidmet, wie der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Raeder, im Geleitwort schreibt. Der Beitrag von »Kriegsberichter Lothar Günther Buchheim« – »Zerstörer gegen Zerstörer vor Plymouth« betitelt – schildert das Gefecht zwischen einer deutschen Flottille und dem »Feind«, Engländern, im Kanal: »Wir beobachten den ganzen Angriff. Immer neue Feuersäulen steigen hoch. Über Plymouth ist der Himmel taghell. Unsere Flieger packen zu! Irgendwo da oben am Nachthimmel hängen jetzt unsere Kameraden in ihren Maschinen und jagen auf den Feind, wie wir hier auf dem nächtlichen Meer. Ein Gefühl stolzer, sieghafter Freude mischt sich mit der ungeheuren Spannung. Wir greifen an – unsere Flieger und wir!«

Wer hätte angesichts solcher Zeilen Buchheim »entschlossene Nazigegnerschaft«, die heimliche, im Herzen gehegte Sorte, unterstellen mögen? Es wäre schon einem Rufmord gleichgekommen, hätte ihn ein Leser damals des Pazifismus geziehen – dem immer schon angehangen zu haben sich freilich Lothar-Günther, die Vornamen-Reihe fest geschlossen, heute rühmt. 1942 wären ihm dergleichen Bekenntnisse kaum über die Lippen gekommen. Sie waren auch nicht gefragt »im zweiten Jahr des Großdeutschen Freiheitskampfes«. »Über die Zieloptik geduckt«, beschreibt Buchheim einen Angriff seines Bootes, »wartet der Torpedo-Offizier noch Sekunden, bis er die günstigste Position hat. Jetzt: _Vierfächer los! Unten schießen die silbernen Aale nacheinander in das Wasser und verschwinden zu ihrer todbeladenen Fahrt.« Als der Sieg noch gewiß schien, lag, wie es Großadmiral Raeder vorgegeben hat, »in solchem Geiste die Gewißheit des Sieges«.

Nur die wenigsten Menschen

können indessen auf eine so überzeugende Stetigkeit in ihrer Biographie verweisen wie seines Großadmirals Kriegsberichter Buchheim. Anders als dieser hat sich beispielsweise Dr. Klaus Rainer Röhl beizeiten von seiner »linken Lebenslüge« verabschieden müssen. Was unternimmt er seither? Macht er jetzt in Heraldik? Nein. Sammelt er vielleicht Tischplatten? Keinesfalls. Schreibt er Leserbriefe an die »FAZ«? Wohl nicht. Oh doch, er tut's! Tut einen Leserbrief an die »FAZ« schreiben, der am 9. August zum Abdruck kommt, und begrüßt darin einen Artikel von Otto Graf Lambsdorff aus zwei Gründen »außerordentlich«: Zum einen begrüßt er ihn deshalb, weil er »selbsternannte Saubermänner«, gemeint sind »Blockwarte eines neuen Totalitarismus«, gemeint sind »die an den Schalthebel der Medienmacht gelangten Tippelbrüder des langen Marsches«, weil Lambsdorff also die wie immer Gemeinten dahin zurückweise, »wo sie hingehören: in ihre Schranken. Will sagen: in ihre eigene, beschränkte linksliberale _Tugend -Nische«. Röhl – metapherich wie je – meint Kritiker und Gegner des Berliner Kreises der F.D.P., die in die Schranken der Nische gewiesen zu wissen ihm Genugtuung verschafft. Zum anderen aber erfolgt die leserbriefliche Begrüßung aus dem Grund, daß Graf Lambsdorff derjenige sei, der diese Weisung erteilt. Mit seinem Beitrag habe Lambsdorff den extremen rechten Flügel seiner Partei verteidigt und sie damit, wie der Leserbriefschreiber bescheinigt, für »(Millionen) Wähler wieder attraktiv« gemacht. Es wird ihm runtergegangen sein wie Röhl.

Der nächste bitte!

Nachdem nun auch Monika Maron mit ihrem Auftritt als IM in der spielplanübergreifenden Endlos-Serie »Wer hätte das gedacht!« für einigen Wirbel im Sommerloch gesorgt hat, fragt sich das Publikum, welche Darsteller wohl die nächste Folge bestreiten werden. Viele können nicht mehr übrig sein, und nach sechs Jahren Laufzeit scheint die Idee der Serie, den Katalog bürgerlicher Tugenden mit lehrreichen Exempeln zu versehen, nicht mehr recht zu überzeugen. Schade wäre es

aber, auf Frau Gabriele Krone-Schmalzens bitterernste Leichenrednerpose im WDR-Kulturreport, der sich unter ihrer Sprechertätigkeit allmählich in ein Haarstudio verwandelt, verzichten zu müssen.

Überraschend bei dem Plot war aber die milde, kirchentagsgnädige Aufnahme, welche der »Nomenklatur-Kader Maron« allenthalben gefunden hat – ein operativer Vorgang, den Georg Fülberth in der »Jungen Welt« wie für »kunst & gewerbe« kommentiert hat:

Wer ausnahmsweise mal was zu lachen hat, sollte es tun. Zum Beispiel über die Freiheitsdichterin Monika Maron aus der Deutschen Demokratischen Republik. In »Spiegel« und Fernsehen zieht sie seit Jahren über Ossis und Stasi her. Während einer Talkshow giftete sie gegen den ehemaligen Ständigen Vertreter der BRD in der DDR, Bölling, weil er während seiner Amtszeit immer um 1 Uhr nachts Polizeistunde geboten habe. Dabei wäre es für die Unterdrückten doch so wichtig gewesen, hätten sie noch bis zum Morgen mit Westmenschen zusammensitzen dürfen. Daß der »Spiegel« seine Autorin jetzt als Informantin des MfS enttarnte (Deckname: »Mitsu«), ist im Prinzip eine olle Kamelle. Denn es gilt die Faustregel: Wer so redet und schreibt wie Frau Maron, war bei der Stasi. Daß man es in ihrem Fall ausnahmsweise sogar beweisen kann, fügt dem, was man bisher riechen konnte, nur ein paar Details hinzu.

Nachdenklich stimmt, daß die Berichte, die sie lieferte, offensichtlich von hoher Qualität waren. Dies ergibt sich zumindest aus den Auszügen, die der »Spiegel« druckte. Ihre Einschätzung Biermanns und ihre Kritik seiner Ausbürgerung sind ebenso einleuchtend wie ihre Wahrnehmung von DDR-Rückständigkeiten im Vergleich zur BRD und Westberlin. Es zeigt sich erneut: Mielke suchte sich nicht die Schlechtesten aus. Seine Anwerber nörgelten allerdings, Frau Maron habe ihre Dienste aus eigensichtigen Gründen angeboten. Das kann aber kein Vorwurf sein. Kommunismus ist kollektive Vorteilssuche, und diese schließt die individuelle nicht aus. Hat man irgendwann gerafft, daß die stärkeren Bataillone auf der kapitalistischen Seite sind, gebietet die Treue zu sich selbst eine andere Option. Einige Nomenklatur-Mitglieder, zu denen Frau Maron ja gehörte, waren hierin besonders schnell. Im Grunde handelt es sich um einen späten Sieg des liberalen Prinzips. Daraus erklärt sich auch die jetzige Milde der »FAZ« gegenüber der Gefallenen: Im zusammenwachsenden Deutschland bleibt Elite unter allen Bedingungen Elite.

Falls Sie, geneigte Leserin und lieber Leser, nun auf eine Täterakte Biermann warten, haben Sie sich getäuscht. Die gibt es nicht. Auch Ihre Vermutung, das sei zwar in der Gegenwart richtig, nicht aber unter allen Umständen in der Vergangenheit, denn schließlich seien unter Modrow ja die Top-Materialien vernichtet worden, geht ins Leere. In diesem Fall werden Sie sich weiter auf Ihre Nase verlassen müssen.

»Falsche Aufregung«:

So ist im Juliheft von »1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts« ein Kommentar von Heinrich Senfft zu John Sack überschrieben, anläßlich dessen *richtige* Aufregung durchaus angebracht ist. Sack, zur Erinnerung, ist Verfasser jenes Skandalreports *Auge um Auge*, in welchem mit der Schilderung von Racheakten polnischer Juden nach dem Ende des Krieges NS-Täter und sonstige Deutsche zu Opfern stilisiert werden. In Deutschland konnte das Buch, nach dem Rückzug des Piper Verlages, im Hamburger Kabel Verlag (Motto: »Lebenshilfe zum Verschenken«) erscheinen.

Senfft findet die Aufregung, die das Erscheinen des Buches ausgelöst hat, nicht richtig, sondern ganz falsch. »Was ist das für ein Land«, ruft er die Götter an, »dem man die historische Wahrheit, in welchem Kleide auch immer, nicht vermitteln darf, weil nicht ausgeschlossen werden kann, daß sie – wie alles – in falsche Hände geraten könnte?« Sack stellt er als einen »in den USA höchst angesehenen Journalisten« vor, der Bücher schrieb, u.a. »eines über den US-Leutnant Calley, der den verbrecherischen Krieg der USA in Vietnam durch seine Greueltaten in My Lai vollends in Verruf brachte«. Ach ja, die armen Amerikaner, unsere Jungs von drüben, mit den besten Absichten sind sie nach Vietnam gezogen und nur durch die unnötige Greueltat eines Mannes in Verruf gebracht worden.

Aufgrund der falschen Aufregung habe Sacks Buch es schwer in Deutschland, schreibt Senfft, nachdem er Inhalt und Verlagsgeschichte des »kolportagehaften Tatsachenromans« dargelegt hat: »Die allgemeine Verkrampfung hat zugenommen, antifaschistische Pflichtübungen sind an der Tagesordnung.« Und zu diesen möchte sich der Kommentator Senfft – wie er auch anderweitig bekanntgegeben hat (vgl. Gremlizas *Ganghofer im Wunderland*, S. 119) – in einer Zeit, wo faschistische Angriffe auf Ausländer und Leugnung von NS-Verbrechen an der Tagesordnung sind, auf keinen Fall hinreißen lassen. Statt dessen geruht er, Sacks Machwerk zur Lektüre aufzugeben, von dem nicht ausgeschlossen werden kann, daß es in die richtigen Hände gelangt.

Ein Schiff für Muroroa

kann KONKRET, wiewohl in Hamburg verlegt, nicht entsenden, um wie andere Drucksachen dieses Landes gegen die französischen Atomtestversuche dort zu protestieren. Anders als Greenpeace verfügt die Schriftleitung über keine seetüchtigen Freiwilligen, und die Leserschaft hat noch nicht wieder jene Stärke erreicht, daß die womögliche Verstrahlung eines Teils von ihr ohne weiteres zu verschmerzen wäre. Die Schriftleitung hat sich aber entschlossen, ihr *Nein* zu den

Versuchen nachdrücklich dadurch kundzutun, daß alle in den vorstehenden Zeilen enthaltenen aus dem Französischen stammenden Fremdwörter getilgt und durch deutsche ersetzt worden sind. Möge dieses symbolische Aufbegehren, neben der Verweigerung französischer Spezereien, die Verantwortlichen in Lutetia zur Umkehr bewegen.

Rayk Wieland

Szene Marketing

Popkomm, die eben zu Ende gegangene Kölner Messe für Popmusik und Entertainment, stand diesmal ganz im Zeichen kulturindustrieller Notmaßnahmen zur Rettung der Marktsegmente »Underground« und »Subkultur«. Die Glaubwürdigkeit der Mythen über popkulturelle Dissidenz und Subversion hat in den letzten Jahren derart gelitten, daß sich die Musikindustrie, die in diese Genres viel Geld investiert hat, zu Stützungsaktionen genötigt sah. Neben einem imposanten Aufgebot an (west-)deutschen »Underground-Bands« (u.a. Tocotronic, Svevo, Kastrierte Philosophen, Knochen=Girl, Anarchist Academy, Fettes Brot), Sound Systems (Silly Walks, Dub Me Ruff, Downbeat) und alternativen Entertainern (Droste, van Dannen), wurde auch der Diskurs organisiert. Veranstaltungen fanden u.a. zu folgenden Themen statt: »Das war vor Jahren – Ist Großbritannien noch Europas Pop-Nation Nr. 1?«, »Rap-Nation Europa – Von der Importkultur zur regionalen Identität« (vgl. dazu KONKRET 7/95: »Krauts With Attitude«), »MTV & Spex. Alternative Nation«, »Viva & BMW – Die Kooperation«, »WarChild – Hilfe für bosnische Kinder«, »Am Katzentisch von Feuilleton und Wirtschaftsteil? – Über den gesellschaftlichen Wert der Popmusik« und »Zwischen Ausverkauf und Hype – Szene Marketing«. There are many routes to the goal!

Patrick Grad

Konkret 09/95, S. 48

Jürgen Roth

»Eine poetische Flaschenpost«

Dichter trinkt, Kritiker trinkt nicht – Über den Alkoholismus in der Literaturgeschichte

Getrunken haben sie alle, gesoffen wird überall. Es beginnt in der Bibel, Mose 1.19, als die Töchter Lots listig den Beischlaf mit ihrem Vater herbeiführen, indem sie ihm Wein kredenzen. Rabelais ließ im *Gargantua* mitteilen: »Homer schrieb niemals nüchtern und Cato immer erst dann, wenn er getrunken hatte«, und die Liste derer, die sich dichtend und trinkend einer so offensichtlich plausiblen wie angenehmen Produktionsanweisung anschlossen, ist lang. Sehr lang, sehr illuster und immer unvollständig. Selbst der schweren Trinkverrichtung unverdächtige Autoren wie Max Horkheimer und Luis Bunuel haben sich über die sonderbar gewichtige Stelle, die der Champagner oder ein gepflegter Barumtrunk in der eigenen Biographie einnahmen, offenherzig geäußert. Sie reichen an die großen »Verschlinger von Ale und anderen gepanschten Mixturen«, wie Friedrich Engels von Paul Lafargue bewundernd charakterisiert wurde, jedoch nicht heran. Nicht an Kurt Tucholsky etwa, der in sein »Sudelbuch« »bier beglänzt« notierte, nicht an den in Pinik, der Wissenschaft von der planvollen Rauscherzeugung, höchst beschlagenen Lichtenberg, nicht an die Original-Zecher Lowry, Orwell, Poe, Kerouac, Verlaine, Rimbaud, Keller, Jack London, O'Neill, Faulkner, Jerofejew, Fitzgerald usf.; auch nicht an die wüsten Säufer und gelegentlichen Freudentrinker Dylan Thomas, Jörg Fauser, Graham Greene, Simenon, Zuckmayer und Brendan Behan, der, wenn's knapp stand, knapp beschied: »Von mir aus kann es auch mohammedanischer Whisky sein.«

Wer trank und trinkt eigentlich nicht? Tolstoi mit Sicherheit und Günter Grass wahrscheinlich. Desgleichen der prohibitionsbesessene Upton Sinclair, der in späteren Jahren getränkespezifisch maoistisch gestimmte Brecht und selbstverständlich Thomas Mann, dem Dichten ausschließlich als »Zustand ... der Arbeit, des Bezwingens« galt: »Im allgemeinen halte ich nicht das geringste von der ›Inspiration‹ durch Alkohol ...; so glaube ich, daß auch jene Poeten ihre Leistungen nicht mit dem Alkohol, sondern trotz ihm vollbracht haben.«

Es scheint nun die Zeit gekommen für eine Bestandsaufnahme der innigen Beziehung der Weltliteratur zum Alkohol. Nach den klassische Säufertexte unkommentiert versammelnden Anthologien *Säufzer* (Wolke Verlag) und *Hinter Gläsern* (Neuland Verlag) erschienen Ende 94 das Alkoholkompendium *Rausch und Künste* (konkursbuch Verlag) und das Titelheft »Treibstoff Alkohol. Die Dichter und die Flasche« der Kulturzeitschrift »du«. So werden erste Bilanzen erstellt. Christian Schmidt etwa hat in *Rausch und Künste* die wesentlichen alkoholbedingten Zerrüttungen und Katastrophen zusammengefaßt. Das Ergebnis kann finster stimmen. In der biographischen Quersumme von Christian Dietrich Grabbe über James Joyce bis zu Irmgard Keun errechnete er eine Lebenserwartung von »ziemlich genau 48 Jahren«. Auffällig ist die verschwindend geringe Zahl der Frauen unter den Alkoholopfern. Die männlich dominierten literarischen Produktionszusammenhänge verpflichteten Frauen zumeist nicht nur auf weniger kanonisierungsfähige Gattungen wie etwa das Tagebuch, sondern schlossen überdies eine mit dem Trinken verbundene Möglichkeit der Selbststilisierung aus.

Unter die lebensverkürzenden Spender froher und produktiver Stunden sind aber neben den bewährten geistigen Getränken, den wahrscheinlich demokratischsten Drogen, auch Kokain, Morphium, Haschisch und Heroin zu rechnen – was die Sache unübersichtlicher, aber nicht zwingend schwieriger macht. Denn eine kulturgeschichtliche Reduktion ist rechtens: Saufen ist in den kapitalistischen Metropolen außerhalb prohibitiver Beschränkungen die verbreitetste, situativ auch flexibelste, durch den Reichtum der Getränke und ihre variablen Rauscherzeugungsqualitäten angemessenste Praxis der Stimulation. Ausgeschlossen wird potentiell niemand. Freier Zugang ist institutionell (Kneipe, Wasserhäuschen, Getränkemarkt) und rechtlich weithin gesichert. Außerdem eignet dem regelmäßigen und ausgiebigen Alkoholverzehr (Bier, Wein, Schnaps) meist ein genuin emanzipatives Moment. Man schlägt beim Kneipen an öffentlicher Stätte der Tauschwertproduktion ein gehöriges Schnippchen, weil das auf gleichbleibende Gläserniveaus bedachte gesellige Bechern dialogische Verhältnisse herzustellen vermag, in denen die Zeit bis zum Rausschmiß keine Rolle, dafür der Gebrauchswert und die Freundschaftsbekundung eine desto gewichtigere spielt. Wer trinkt, schaut dem anderen ins Angesicht, als sei dieser für immer ein gleichberechtigtes und ernstzunehmendes Gegenüber.

Im 19. Jahrhundert, dem Säkulum sich rasant entwickelnder Verkehrsverhältnisse und immens gesteigerter Produktivkräfte, erobern Bier und Wein die demokratischen Herrschaftsbereiche. Vorbei ist es mit adeliger Großfresserei und -zecherei. Die Zeit umfassender Alkoholisierung und Berauschung bricht an. Die notwendigen Substanzen stellt der Warenmarkt bereit. Allerdings kann es zu Lieferschwierigkeiten kommen. Engpässe, knappe Lagerbestände, lange Anfahrtswege und mindere Qualität bereiten jenen Sorgen, die am Hahn hängen. Wer keine privaten Versorgungsstrecken anlegt und sich nicht, wie Marx in London, auf den Paketdienst des Engelsschen Haushaltes in Manchester verlassen kann, ist gezwungen, mitunter aufreibende Briefwechsel mit den Getränkeunternehmern zu führen. Wie rankommen, ist die Frage. Und da ebensowenig eine Steinbecksche Trinkerkommune für subsistenten Unterhalt sorgt, muß also wiederholt zur Feder gegriffen werden. An die Gebrüder Ramann in Erfurt schreibt Hegel: »Sie werden das Geld für das Fäßchen erhalten haben; doch bitte ich Sie, mir ein wohlconditionierteres zu schicken; das letzte war oben anbrüchig, so daß einige Bouteillen ausgelaufen waren.« Zwei Jahre später, an dieselbe Adresse, die auch für Goethe, den gleich eimerweise »Lebensöl« in Auftrag gebenden

Schiller, Schelling und Caroline Schlegel (mithin für den fast kompletten idealistisch-romantischen Komplex) zuständig war, C. M. Wieland nach einigen Probepackungen: »Der Benecarlo No. 3 ist wirklich ein trefflicher Wein; er hat aber, in der überschickten Probe einen Beygeschmack, als ob faule oder muffichte Beeren in zieml. Quantität mit unter die Kelter gekommen wären. Da ich diesen Geschmack nicht wohl leiden kann, so kann ich auch von dieser Sorte keine Bestellung machen.«

Jean Pauls Anstrengungen galten zur gleichen Zeit dem Bier. Ohnehin übellaunig wegen seiner Situation in Bayreuth (»Bayreuth trotz Bier und Gegend unaushaltbar«), stürzt er sich ganz in Bierdispute, und der Ärger beginnt erst richtig. Seine Hauswirtin Kienhold traktiert ihn mit englischem Bier (das Lichtenberg hinwiederum aufs höchste schätzte: »... diese Bouteillen aus England (sind) so etwas wie eine poetische Flaschenpost«), und weil das nicht zu genügen scheint, läßt auch der Nachschub auf sich warten. (Infra-)Strukturelle Defizite mahnt Richter an, »weil der Transport vom Faß in mich schneller geht« als jener des Fasses zu ihm. Deshalb »vom Wichtigsten zuerst! Ihr Bier ist schon seit so lange ausgetrunken, daß ich wieder mit ihm zugleich (durch das englische) den Appetit verloren habe. Leere Fässer kommen – ungleich ähnlichen Menschen – schwerer fort als volle; kein Fuhrmann belastet sich mit jenen. Belasten Sie also sich mit diesem einen für mich.« Gottlob, der Ruf ward erhört. Der Bayreuther kann seinen Durst letzten Endes doch noch stillen, »Dankpsalmen« an »Fuhrmann Zapf« folgen, bis es bald und über eine Wegstrecke von dreißig Jahren immer wieder heißt: »Bier, Bier, Bier, wie es auch komme!«

Was sich hier abzeichnet, ist ein im Gegensatz zum elitären Geklapper der Romantiker idealtypisch unsensationelles Verhältnis zum Trinken, das die private Bedürftigkeit des Dichters ohne den Kult der innerlichen Betriebsamkeit, die sich in die Geheimnisse des Rausches hüllt, dokumentiert. In einem zur Ausstellung im Marbacher Literaturarchiv (läuft bis zum 17.9.) erschienenen Band, *Stimulanzien oder Wie sich zum Schreiben bringen?*, werden Zeugnisse schriftstellerischer Anregungstechniken präsentiert, die weithin bekannt sind, dennoch aber eine Perspektive auf die historischen Veränderungen des Drogenkonsums unter Schreibenden zulassen, die keine existentialontologischen Einblicke erzwingt, wie sie jüngst noch für Kostis Papajorgis' Abhandlung über den Rausch leitend waren. Jean Paul hat das Bier (und später auch den Wein) als Stimulationsmittel und die Trunkenheit als den humanen Zustand schlechthin verehrt. E.T.A. Hoffmann drehte unter erheblicher Mithilfe geistiger Getränke sein »inneres Fantasie-Rad an« und »trank, um sich zu montieren«. Dabei suchte er immer die Geselligkeit. Er galt in der Wirtschaft als wacher Beobachter, das Gegenteil des bräsigen, von Nietzsche verunglimpften Bier-Philisters.

Keine »writer's disease«, die, wie im nordamerikanischen Literaturdiskurs oft verzeichnet, zur gänzlichen Schreibunfähigkeit führt, galt das Trinken nicht als bloß rituell abgestumpfter, sondern lebenspraktischer, unverzichtbarer Quell der Produktivität. Die herausragende »produktivmachende« Rolle von Alkoholika vor Tabak, Kaffee und Tee korrespondiert kulturgeschichtlich mit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Noch werden keine Rückzugsstrategien entwickelt, mittels derer der Schriftsteller vor der – kulturkritisch interpretierten – Universalisierung des banalen Bier- und Weinrausches in kristalline Drogen- und Erfahrungswelten flüchtet. Saufen unterliegt keiner Stilisierung, die nicht auch gemeinhin übernommen werden könnte, sondern wird als Medium vorgestellt, in dem sich Geselligkeit zwanglos herstellt und die Gedanken zirkulieren, daß es eine Freude ist. Goethes Weinseligkeit mag die ideelle Brücke zwischen »Weltliteratur« und Kneipgeschehen sein. Zahlreiche Wörterbücher zur Etymologie der Trinksprüche weisen Einträge aus dem »Schenkenbuch« auf. »Sorgenbrecher sind die Reben« zählt da zu den bekanntesten.

Oh seliges 19. Jahrhundert! Denn im 20. wird alles schlimmer. Vor den verheerenden Trends und Effekten des Haschisch- und Opiumkonsums warnte zwar schon Baudelaire, doch ohne Erfolg. Seine nachrückenden Kollegen inhalierten und injezierten, was das Zeug hielt. Baudelaire hatte geahnt, daß, wer meint, »das Paradies auf einen Streich zu gewinnen«, schließlich im Regelfall nur solipsistischen Veranstaltungen beiwohnt. Es »offenbart das Haschisch dem Einzelnen nichts als ihn selber«, und den Cannabisgenuß hielt er – noch schlechter gelaunt – für ein »gefährliches Treiben, bei dem die Freiheit abhanden kommt«. Die miesen Noten, die er dem bekennenden Opiumesser Thomas de Quincey erteilt, bezeugen aber doch eine ganz andere, die allgemeine Ausschweifung und Verrohung befürchtende Sorge: »Man stelle sich einen Staat vor, dessen sämtliche Bürger sich an Haschisch berauschen würden!« Von einer staatsgefährdenden, wenigstens fundiert staatskritischen Tätigkeit der Dichter ist indessen nichts bekannt geworden, sofern der Rausch hier einen Weg zur Revolte hätte weisen sollen – nicht einmal bei den Expressionisten. Denn die Drogeneinnahme wird im besten Fall zum intellektuellen Experiment. Begeistert von seinen unter ärztlicher Anleitung durchgeführten ersten Selbstversuchen schreibt Walter Benjamin an Gershom Scholem, die Mediziner glichen »Kariatyden an dem Portal, ... durch das ich nun schon zweimal in die Bezirke des Haschisch eingegangen bin«. In seinem unter Rauschgesichtspunkten zu einer gewissen Prominenz gelangten Aufsatz »Der Sürrealismus« munkelte er kurz darüber, ob die Kräfte des Rausches für die Revolution zu gewinnen seien – ohne rechtes Resultat.

Wo die Surrealisten – stocknüchtern – den Zerrspiegel der im Alltag aufgefundenen Phantasmagorien zur Widerstandshandlung umdeuteten, widmen sich am anderen Ende der schreibenden Bohéme die aristokratischen, noch auf jede sich bietende Gelegenheit zur erneuerten Staatsraison aufsattelnden Intellektuellen ihren privaten Wahrnehmungsstudien – allen voran der in der Selbststilisierung so zuverlässige wie in der öffentlichen Überschätzung

erfolgreich etablierte Ernst Jünger. Nachdem er sich brieflich mehrfach an den mit seinen Morphiumstudien hausierenden Benn herangemacht, aber doch eine Abfuhr erhalten hatte (sei alles nicht so wild, beschied der Berliner Arzt), sammelte er Pilze in Mexiko und anderweitige Substanzen und Kräuter, um später in den *Annäherungen* in bekannter Manier herumzuprotzen. Allein Klaus Mann, der todesbesessen das eigene Ende über Jahre herbeispritzte, fällt im Rahmen des Kanons nicht ins Fach der angestrengten Erfahrungssucher, die bei allem Lärm um den anderen Zustand doch immer genau wissen, wann und wie ins bürgerliche Leben zurückzukehren sei. Er ist durchaus einer der wenigen Schriftsteller, an dem augenfällig das irregewordene 20. Jahrhundert zu sich kommt. Durch die Blutbahnen läuft die Weltgeschichte, Katastrophe folgt auf Katastrophe. In Malcolm Lowrys enzyklopädischem Roman *Unter dem Vulkan* brechen sich die Alkoholexzesse parallel zu jenen der Gewalt Bahn. Es ist dies eine Konstellation zwischen Autor, Geschichte und Text, in der sich die Organisation des künstlerischen Materials den Verläufen ausufernder Räusche annähert. Wo Literatur noch einmal über das gesellschaftliche Skandalon zu sprechen vermag, gerät das Delirium zum textbildenden Prinzip und läßt die mit historischen Erfahrungen aufgeladene Narration an die Grenzen ihrer Darstellungsfähigkeit stoßen.

Wahrscheinlich gilt auch für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts summa summarum, daß die wahren Dichter dem Suff verfielen, wo es nur ging. Psychopharmaka bleiben akzidentiell. Schlagender Beweis dürfte Benns Bier-, im speziellen seine Pilsbierverherrlichung sein. Wenn schon die Alkoholnummer von »du« mit Bezug auf Kurt Kusenbergs Essay »Geist aus der Flasche« sehr irrig und überschätzend für Voltaire eine tägliche Opiumdosis um die 30 Gramm herbeidichtete – im Falle Benns täuscht auch die Darstellung im Marbacher Katalog über die wahre Drogenpräferenz und -verteilung. Der dicke Arzt spottete bald über die seit dem Ästhetizismus bekannten Wahrnehmungsspiralen und das zwanghaft beschworene Ich-Erlebnis unter Einfluß überstimulierender Substanzen. Der Entgrenzung bald überdrüssig, machte er lieber in Bier und orderte auch zuverlässig: »das Bier heben, soliden Blicks, schaumgeboren – reiner Abendausklang«. Aber: »Was schlimm ist: bei Hitze ein Bier sehen, das man nicht bezahlen kann.«

Im fortgeschrittenen Spätkapitalismus blieb schließlich, von Bernward Vespers Experimenten abgesehen, nur noch die Fahnenflucht. Jörg Fauser fühlte sich nach Ablauf der alkoholproblematisch auch eher unübersichtlichen siebziger Jahre in der seinerzeitigen »tip«-Kolumne »Sekt ist Schwund« zu schlimmsten Beschimpfungen genötigt. Was er ausmachte, war trübsinnigste Piccolo-Kultur allerorten, in den Tempeln der Angestellten »Sekt, wohin man blickt. Überall das obszöne Pfffttt! dieser erbärmliche Plastikkorken, in allen Winkeln der Republik der brechreizerweckende Geruch dieses schaumigen Gesöffs, das den Magen ruiniert, den Verstand vernebelt und den Kreislauf einmacht.« Seine Widerstandsphilosophie ist schlicht, nichtsdestotrotz aber auch sehr wahrhaftig: »Wenn ich sehe, wie dann statt der Halben der Piccolo rausgetan wird und dazu noch der Filterkaffee, dann wird mir klar, warum deutsche Büromenschen so zerrüttet sind, mit den Nerven fertig und von Ängsten geplagt. Dabei wäre, wie so oft im Leben, das Desaster zu vermeiden gewesen, wären wir nur beim Naheliegenden geblieben, beim Bier.« Allein, DGB und Familienministerium verhindern nach wie vor den weitgehenden Bierkonsum am Arbeitsplatz. Franz Doblers hartnäckiges Plädoyer für Bier, den »kommunistischen Eisenbesen«, der »nie diese Was-Besonderes-Eleganz wie Sekt« habe, wird im gesellschaftlich geförderten Bistrowesen auf lange Sicht kaum die Chance haben, sich als soziale Praxis durchzusetzen, in der man es sich »mit puren Äußerlichkeiten gutgehen lassen« kann. »Federn! – Bier!« (Jean Paul) wird es nachhallen.

Der Vorzug guter geistiger Getränke auch gegenüber dem »falschen Aufputschteufel« Sekt (und, wer weiß, sogar Ecstasy) und deren nicht-agonaler, mitunter die revolutionäre Diskursmaschine kräftig ankurbelnder Charakter in der Literaturgeschichte scheint nach allem, was nun an durchaus schon enzyklopädisch anmutenden Nachforschungen vorliegt, durchaus gesichert. Bezeugt sind innige Beziehungen der Verleger zu ihren Autoren – innig getränkte. Wenn die Produktion nicht mehr recht voranging, empfahl schon der ewige Antreiber Engels, Marx möge eine bestimmte Mischung aus dunklen Bieren und Wein zu sich nehmen, weil »es doch die einzige Manier ist, Dir die alte Schneid wiederzugeben«. Antwort: Der »Portwein« hat »Großes an mir geleistet«. Schillers Verleger Cotta sorgte unablässig für kräftigenden Nachschub, um das vertraglich festgelegte jährliche Werk auch wirklich zu erhalten, Benn bedankt sich für »mehrere Flaschen des köstlichen Bindingbiers«. Brendan Behan erzählt von exorbitanten Gelagen im Büro seines New Yorker Agenten. Und auch Peter Rühmkorf erinnert sich gerne: »Vor allem aber und in guten Stunden allen voran ließ Ledig-Rowohlt seine weltberühmten Kapazitäten leuchten, wobei nur die in ständiger zittriger Bewegung befindlichen ›Mandolinenhände‹ dem Kundigen etwas von den Grenzen der Unerschöpflichkeit verrieten. Wie gesagt also, es war ein hochspiritualisiertes Haus, das mich aufgenommen hatte ...«

So gesehen steht noch einmal außer Zweifel: Ohne Bier und Wein soll kaum gedichtet, geschweige denn verleget sein. Zu fragen wäre angesichts des festen Bündnisses zwischen Saufen und Dichten allerdings nicht nur nach den langfristigen Nebenfolgen (Tod), sondern ebensosehr nach den sich tags drauf merklich einstellenden Brummschädeln – denn »Zechen« ist, neben der Kunst, sich planvoll zu betrinken, im Sinne von Ambrose Bierce überdies der meist erfolgreiche Versuch, »unter angemessenen Riten die Geburt eines edlen Kopfschmerzes (zu) feiern«. Und zu feiern ist immer was. Feierfähigkeit und -tauglichkeit bleibt abseits aller literaturpolitischen Debatten noch immer zuverlässiges Kriterium, zwischen denen, die schreiben, und denen, die hinterherschreiben, zu unterscheiden. Peter Rühmkorf besteht darauf, »daß Maßkrug oder Meßlatte ... so etwas wie ständische Insignien waren«, und zwar nicht nur für die durchschnittlich

produktiven, und d.h. in Konstanz zechenden Schriftsteller, und die trockenen Schrumpeln. Sondern, so das Ergebnis seiner eigenen Studien im Rahmen der Gruppe 47, auch als klare Distinktion zwischen Dichter und Kritiker. »Seltsam im Widerspruch zu den agoralen Ausdruckscharakteren dann das öffentliche Trinkverhalten. Marcel Reich-Ranicki trank, wenn überhaupt, man gerade eben tröpfchenweise. Hans Mayer berichtete, statt genossenschaftlich mitzupokulieren, lieber von edlen Tropfen, die er mal in Gesellschaft bedeutender Leute genossen hatte. Walter Jens, spiritus rector der zweiten deutschen Aufklärung, unterhielt zur konkreten Spirituosenwelt ausschließlich sentimentale Beziehungen. Fritz J. Raddatz war (damals) ein 2-3-4-Glas-Mann, aber bitte immer hübsch wohltemperiert und dann auch early to bed und mit klarem Kopf wieder raus.«

Übrigens rühmte sich Walter Jens noch Jahre später wiederholt per Zeitungsinterview und in ungezählten Talkshows, er habe in seinem Leben »vielleicht eine Flasche Bier getrunken«. Und sein vor wenigen Jahren noch ausgesprochen öffentlichkeitswirksam geherzter Busenfreund Reich-Ranicki teilte gar (vielleicht, nachdem er einmal mehr beim Idol Thomas Mann nachgesehen hatte) die erstaunliche Entdeckung mit, sein Körperumfang habe abgenommen, seit er auf den abendlichen Whisky verzichte. Was soll’s auch.

Die Folgen der rauschhaften Unterversorgung sind weithin bekannt. Deshalb wäre es nun an der Zeit, gerade auch solche Texte genauer zu inspizieren, mit denen die avanciertesten Trinkerautoren ihr Genre mitunter zum Platzen und Zerfließen brachten. Dashiell Hammett kann nicht der einzige (neben vielleicht George Grosz im Briefwechsel mit Hans Sahl) gewesen sein, der einen offensichtlich noch in seinen klassischen Erzählbahnen verlaufenden und auf das Who-dun-nit ausgerichteten Kriminalroman wie *Der dünne Mann* hinterlistig so umbaute, daß der ermittelnden Hauptfigur schließlich im wesentlichen nur noch großzügig bemessener und immer ausreichender Raum gewährt wird, damit sie sich kontinuierlich, die Handlung gewiß nicht entscheidend voranbringend, vollaufen läßt. Doch, hier wäre ein geradezu brandneues Forschungsfeld, das die Beziehung zwischen trinkenden Figuren und trinkendem Autor zum Gegenstand hätte. Hemingway beschrieb das glückliche Einverständis der eigenen Existenz mit den fiktionalen Trunkbegierden bis dato noch immer vorbildhaft: »Nun tranken die Burschen in meiner Story, und das machte mich durstig, und ich bestellte mir einen Rum St. James.«

Man muß nicht dem Rabelaisschen Phantasma unbegrenzter Gütermengen (Fässer, Bouteillen, Krüge) nachtrauern, um seine Konsequenzen aus der Literaturgeschichte des Alkohols zu ziehen. Es gibt Traditionen, an die sich anschließen läßt. George Orwell pries die Enklaven des geselligen Saufens inmitten einer ruinösen Welt. »Mit dreißig Francs pro Woche nur zum Vertrinken« nahm man »am sozialen Leben des Viertels teil« – freilich, um sich »wortlos und mit Methode vollaufen« zu lassen. Die Geschichten gescheiterter Kommunisten faßte weniger autobiographisch, dafür desto leuchtender Jahrzehnte später dann Eckhard Henscheid in *Maria Schnee* zusammen: als melancholisch-reflektierte Würdigung eines nicht gänzlich trostfernen Lebens. »Wenn Kommunisten einander in der Öffentlichkeit träfen, empfehle es sich ohne weitere Absprache so zu tun, als kenne man einander nicht. Sie alle seien heute gebrannte Kinder der Revolution, flüsterte der Dicke leis und mit viel Wehmut. Er sei heute praktisch trocken. Er trinke nur noch sieben oder acht Bier am Tag, sieben, acht schöne frische Weizen. Gar nicht der Rede, gar nicht der Erwähnung wert. Diesen Luxus gestatte er sich, sei er sich immer noch wert.«

So gesehen eruierte dann sogar Luise Rinser folgerichtig klagend-fragend zum Johanneswort »Mich dürstet«: »Wie gibt man einem zu trinken, der hoch oben hängt und dem die Hände gebunden sind, so daß er keinen Becher halten könnte?«

Jürgen Roth ist Autor des Buches »Der Ball ist eine Totalität« (Genista Verlag 1994) und lebt in Frankfurt/M.

Konkret 09/95, S. 52

Gerhard Henschel

Nobby im Blaubeerwald

Im Nachthemd durch R□ sselsheim oder Unterwegs mit Bl□ ms

Auf dem Titelbild des ersten neuen KONKRET-Hefts, im Oktober 1974, bollerte eine starke rote Arbeiterfaust in eine Versammlung der herrschenden Klassensprecher: Springer, Schleyer, Katzer, Genscher, Wehner, Strauß und Kohl und Abs und der Schah von Persien waren perplex. Auf Arbeiterfaust und Arbeiterarm standen die Namen der wichtigsten KONKRET-Mitarbeiter; u.a. Martin Buchholz, Walter Jens, Peggy Parnass und Norbert Blüm. »Die Schwaben (ich bin einer) sagen: □s gibt sotte on sotte□ – solche und solche«, erklärte Hermann L. Gremliza auf Seite 3. »Sotte on sotte gab es z.B. 1933 im Reichstag, als über das Ermächtigungsgesetz für Hitler abgestimmt wurde. Wer zu denen gehört, die in einer solchen Situation Nein gesagt haben oder sagen würden, für den muß in KONKRET Platz sein. Ich kenne das (leider, leider!) CDU-Mitglied Norbert Blüm gut genug, um zu wissen, daß er zu □de Sottene□ gehört.«

Seinen revolutionären Elan hat Norbert Blüm bis heute nicht verloren. »Man müßte eine Zündschnur an die bürokratischen Reglementierungen legen, um den Genehmigungs- und Einspruchsperfektionismus wegzusprengen. Eine kleine Kulturrevolution würde uns allen gut tun.« So steht es in Blüms neuem Buch *Sommerfrische – Regentage inclusive*, einem Urlaubsalbum der Familie Blüm, die auch auf Schusters morschen Rappen im schönen Westerwald nicht mit politischen Reflexionen geizt. Im Klostergasthaus Mariawald gebe es gute Erbsensuppe, teilt Blüm mit, der im Fototeil in kurzen Hosen durch den Raps stapft. Zwischen Münstereifel, Rheinbach, Flerzheim, Jülich und Mulartshütte hat der Wandersmann ulkige Aphorismen ersonnen: »Wohnmobil ist Freiheit.« – »Die Neugier ist die Hebamme des Abenteuers.« – »Die Vergänglichkeit der Zeit tickt in ganz kurzen Abständen. Der Tod ist keine Epochensache.« Und Norbert Blüm ist die Hebamme des Wohnmobils der Vergänglichkeit.

Wer will eigentlich wissen, daß Familie Blüm eines Tages eine Fahrt nach Spanien unterbrach, um Oma und Opa zu besuchen und mit ihnen eine Stadtrundfahrt durch Rüsselsheim ins Werk zu setzen? Oma und Opa hatten schon geschlafen. »Der Umstände halber konnten die Großeltern die Sightseeing-Tour nur im Nachthemd antreten.« Den Leser, das glaubt man jedenfalls im Siedler Verlag und hat es deshalb auf den Schutzumschlag geschrieben, erfülle bei der Lektüre »Neid« auf Norbert Blüm: »So, mit dieser Familie und mit solcher Anspruchslosigkeit, möchte auch er seine Sommerfrische verbringen.« Einmal im Leben mit Oma und Opa Blüm im Nachthemd durch Rüsselsheim reisen! Das ist der Seufzer der geknechteten Kreatur, des eindimensionalen Menschen, des Volksgenossen.

Denn Norbert Blüm ist selbst durch und durch einer aus dem Volk. Wenn er aufstößt, riecht es nach Erbsensuppe; seine Philosophie ist ein Phrasenpüree; wenn er schwärmt, dann für Dickmilch mit Zimt und Zucker und für Goethes Gedicht »Über allen Gipfeln«: »Es ist Goethes schönstes Gedicht, und hätte ich eine Goldmedaille für Lyrik zu vergeben: diesem Gedicht würde ich sie zusprechen.«Anläßlich der imaginierten Medaillenverleihung verputzte Blüm auf dem Kickelhahn eine Thüringer Bratwurst.

Im Fichtelgebirge wandelte der tückische Zwerg unermüdlich auf Goethes Spuren: »Der Gesteinskundler Goethe hat hier Granit und Granitverwitterung studiert, wie wir aus einer Darstellung in seiner Sanmmlung wissen. Auch die Romantiker Ludwig Tieck und Wilhelm Heinrich Wackenroder waren Pfingsten 1793 am Burgsteinfelsen. Ostern 1994 war ich hier.«

Zur Feier des Tages verspeiste Blüm im nächsten Gasthof eine Portion Fleischkäs mit Sauerkraut und überließ Marita Blüm den mindestens silbermedaillenreifen Eintrag ins Gästebuch: »Wir aßen Linsen, tranken Bier / der Nobby und noch weitere Vier. / Probierten auch den Leberkäs / und ruhten aus auf dem Gesäß / und trockneten die nasse Pelle. / Wir lobten heiter diese Stelle / mit einem Schluck Sechsämtertropfen, / bald werden wieder an wir klopfen. / Jetzt brechen wir auf im Wanderkostüm: / Familie Marita und Norbert Blüm.« Und von dem wird man nun regiert.

Er werde lieber von Norbert Blüm als von Adolf Hitler regiert, ruft gerade der Kollege Christian Schmidt dazwischen. Aber gibt es nicht noch einen dritten Weg ins Unglück?

Mit Norbert Blüm ist Otto Normalverbraucher ministrabel geworden, der kugelrunde kleine Mann von nebenan, der schwadronierende Kartoffelkopf (»Auf manchen Campingplätzen kuscheln sich die Wagen nebeneinander, als seien sie Liebespaare«) – mal renitent und mal pappsatt, doch immer obenauf; sein ist die Erde geworden, die große Nährerin, aus der die Erbsensuppe auf den Fleischkäs schwappt.

Zum Nachtisch gibt es Obst aus dem Blaubeerwald: »Wir haben in Finnland einen Eimer Blaubeeren gesucht und gegessen. So viel, daß ich von Blaubeeren satt war. So stelle ich mir den Himmel vor.«

Gerhard Henschel schrieb in KONKRET 7/94 über Eugen Egners Roman »Der Universums-Stulp«

Konkret 09/95, S. 54

Michael Scharang

Verderber der Jugend

Am 1. August ist Ernst Jandl 70 Jahre alt geworden. Zeitlich und örtlich weitab von der offiziellen Feier in Salzburg lud er seine Freunde zu einem Fest nach Mürzzuschlag. Es wurde nicht nur gefeiert. Jandl, früher Lehrer, gab jedem ein Aufsatzthema. Mir dieses: Ernst Jandl als Verderber der Jugend

In dem Jahr, in dem ich sechzehn wurde, erfaßte mich eine schreckliche Schwermut. Es war der erste Schatten, der auf mein Leben fiel. Denn sehe ich ab von den vier Nazi-Jahren, von meiner Geburt 1941 bis zur Befreiung des Landes, sind meine Kindheit und meine Jugend unbeschwert gewesen. Mein Vater wurde nicht in den Krieg, sondern ins Gefängnis geschickt, und aus diesem kam er 1945 körperlich unversehrt zurück.

Er besaß in der kleinen obersteirischen Gebirgsstadt Kapfenberg ein Stahlwerk. Die nationalsozialistischen Kriegsherren beauftragten ihn im Jahr meiner Geburt, Stahlplatten für U-Boote herzustellen. Mein Vater lehnte ab. Doch nicht aus einem ehrenwerten Grund, sondern aus einem naheliegenden: Ein paar Jahre im Gefängnis wegen Ungehorsams gegenüber dem Führer könne er ertragen, nicht aber würde er fertigwerden mit dem ewigen Spott der Obersteirer, hätte er hier im Bergland U-Boote gefertigt.

Während des Krieges hatte man Stahl gebraucht, um die Welt in Trümmer zu legen, nach dem Krieg brauchte man Stahl, um sie aufzubauen, und so florierte das Unternehmen bald wieder. Auch Vater blühte angesichts des Geldsegens auf, ja er entdeckte sogar seine Liebe zur Musik wieder.

Er war mit Alban Berg befreundet gewesen, es war allerdings eine Freundschaft nicht ohne Komplikation. Denn meine Mutter hatte, wie Vater mir zwar nicht verriet, aber doch überdeutlich andeutete, mit Berg ein Verhältnis gehabt. Nun, so pflegte Vater nach dem Krieg lachend zu sagen, nun muß sie dafür büßen.

Einmal in jeder Woche mußte meine Mutter nach Wien chauffiert werden, wo sie einzelne Musiker und ganze Ensembles ermunterte, Schönberg, Berg und Webern einzustudieren, Musik, an der mein Vater auch liebte, daß sie nicht nur vor dem Krieg, sondern auch danach niemand hören wollte, so daß Anfang der fünfziger Jahre der große Salon in unserer Kapfenberger Villa der einzige Ort war, wo diese Musik gespielt wurde, und Vater der einzige Mensch, der solche Konzerte finanzierte.

Mir gefiel diese Musik, und mit zehn war sie mir so geläufig wie meinen Freunden die steirische Volksmusik. Konflikt gab es deshalb keinen, im Gegenteil, ich pfiff Webern vor mich hin wie andere das Trompeten-Echo, und nachdem ich mit elf die Hochschwab-Südwand durchstiegen hatte, stieß ich als erster Mensch einen Zwölfton-Jodler aus.

Meine Freunde bewunderten mich, sie hielten mich für ein Genie der Unmusikalität. Und ich bewunderte sie, weil sie die überlieferten Lieder, die sich in meinen Ohren beim ersten Hören schon in nichts auflösten, immer wieder singen konnten, ohne gesundheitlich Schaden zu nehmen.

Mit fünfzehn beherrschte ich bereits verschiedenste Kompositionstechniken, mit der Schönbergschen als Ausgangspunkt. Am Handwerk also konnte ich nicht gescheitert sein, als ich musikalisch etwas sagen wollte und mir das nicht gelang. Ich erkannte, daß die Sprache meine Sprache war und nicht die Musik.

Ich bat meinen Vater, mich fortan mit Musikern zu verschonen und mich mit Dichtern bekanntzumachen. Er tat es, nicht ohne mich zu warnen. Er kenne sich in der Literatur nicht aus. Und in Form eines Geständnisses sagte er mir, er habe zeitlebens nur ein Buch gelesen: *Tristram Shandy* von Sterne. Da ihm diese Lektüre von Mal zu Mal mehr Vergnügen bereite, komme er von dem einen Buch nicht los. Um mir ein ähnliches Schicksal zu ersparen, habe er mich von Büchern überhaupt ferngehalten.

Mutter organisierte fortan in unserem Haus Dichterlesungen, und sowohl die Lesungen wie auch die Dichter wirkten auf mich niederschmetternd. Ich hatte mir vorgestellt, Dichtung würde an der Sprache gutmachen, was die Menschheit ihr angetan hatte. Doch was die Dichter ihr antaten, war noch schrecklicher.

Da ich deshalb von Schwermut befallen wurde, worunter meine Eltern ebenso litten wie ich, beschloß mein Vater, ich war eben sechzehn geworden, mich in den Sommerferien nach Wien zu schicken. Literatur sei wohl eine großstädtische Sache.

Ich wurde im besten Hotel einquartiert, und da die Fabrik meines Vaters ein Büro in Wien unterhielt, stand mir auch eine Sekretärin zur Verfügung. Sie half mir, mit Leuten zusammenzukommen, die damals, es war das Jahr 1957, in Wien als Dichter galten. Für mich brach eine Welt zusammen, als ich erkennen mußte, daß in Wien die Dichter sich noch serviler und kunstfeindlicher benahmen als in der Provinz.

Niedergedrückt saß ich im Rathauspark, und hätte mich am dritten Tag nicht jemand angesprochen, wäre ich dort gestorben.

Er beobachte mich seit drei Tagen, sagte der Mann. Ich schätzte ihn auf Anfang dreißig. Er hatte Augengläser, sein Haar war kurz, und die Aktentasche trug er unter dem rechten Arm.

Er respektiere meine Versunkenheit, sagte er, doch hin und wieder müsse gegessen und getrunken werden. Mit letzter Kraft schüttelte ich den Kopf.

Es müsse, wiederholte er, hin und wieder gegessen und getrunken werden. Er hatte für mich drei belegte Brote und eine Flasche Bier mitgebracht.

Was der Mann sagte, waren für mich die klarsten Worte seit langem, und wie er sprach, war wunderbar bestimmt.

Und nun deine Geschichte, sagte er, aber nur das Nötigste. Nach einer Viertelstunde hatte ich sie erzählt.

Als erstes, sagte er, gehst du zum Friseur. Die Haare werden gestutzt auf einen halben Zentimeter. Mit dieser Mähne kann man nicht dichten. Du jedenfalls nicht.

Dann, sagte er, kaufst du dir eine Flasche Whiskey, gehst ins Hotel, betrinkst dich bis zur Bewußtlosigkeit und schläfst drei Tage und drei Nächte. Hierauf machst du dich auf die Suche nach einer Frau, die Tutteln hat wie ein Maurer, wenn, sagte der Mann, ein Maurer Tutteln hätte. Nur so eine Frau hat ein Herz, das es mit deiner Schwermut aufnimmt. Sie wird mit dir ins Hotel gehen, und ihr werdet miteinander schlafen, bis ihr halbtot umsinkt. Dann schenkst du ihr alles, was du besitzt, schreibst deinen Eltern einen Abschiedsbrief und suchst dir ein Zimmer. In dem Zimmer dürfen nur ein Bett stehen, ein Schreibtisch, zwei Sessel, später meinetwegen ein Regal für Bücher. Deine Garderobe hat an zwei Kleiderhaken Platz. Und dann beginnst du zu schreiben.

Du weißt nicht, was? Besprich Bücher. Man wird dir zwanzig Zeilen einräumen und zehn Schilling an Honorar zahlen. Du wirst wochenlang das Buch analysieren, und du wirst ebenso viele Wochen brauchen, bis du jedes Wort in diesen zwanzig Zeilen verantworten kannst, obwohl du weißt, daß man von dir nur erwartet, den Klappentext abzuschreiben.

Es ist egal, sagte der Mann, was du schreibst, ob ein Gedicht, ob einen Aufsatz, ob einen Roman. Wenn du Dichter werden willst, konzentriere dich auf jeden einzelnen Laut, auf jedes einzelne Wort. Und, wenn du erzählen willst, auf den einzelnen Satz. Eine größere Form aber als den Satz, vergiß das nie, gibt es in der Literatur nicht. Und hat es nie gegeben. Formen wie Roman, Erzählung, Gedicht, Essay sind nur Tarnkappen für sprachlichen Schund.

Merk dir: Es gibt für den Dichter keine Beiläufigkeit, nicht im Schreiben und nicht im Sprechen. Solltest du jemals an einem meiner Geburtstage etwas sagen dürfen, dann hüte dich vor Beiläufigkeit, oder ich schmeiße dich hinaus.

Ein Letztes, sagte der Mann: Du wirst dich mit bestimmten Absichten an den Schreibtisch setzen. Hast du dann ein paar Wörter zu Papier gebracht, nimm die Absichten dieser Wörter genauso ernst wie deine eigenen. Sonst wird aus dir niemals ein Schriftsteller.

Woher wissen Sie das alles, fragte ich ihn. Aus Erfahrung, sagte er. Und wer sind Sie, fragte ich. Das tut nichts zur Sache, gab er zur Antwort. Geh jetzt und tu, was ich gesagt habe. Ich gebe dir vierzig Jahre Zeit. Und halte mich über deinen Aufenthaltsort auf dem laufenden, sagte der Mann, wobei er mich mit dem Ellbogen drängte, endlich zu gehen.

Gestärkt von den Broten und dem Bier stand ich auf. Hier ist meine Karte, sagte er. Ich werde dich zu meinem 70. Geburtstag einladen. Dann werden wir sehen, ob es mir heute gelungen ist, wieder einmal einen Jugendlichen zu verderben und in die Irre der Dichtkunst zu führen.

Auf der Karte stand: Ernst Jandl.

Nun ist der 70. Geburtstag da. Und ich auch. Die Ratschläge habe ich befolgt, so gut ich konnte, manchmal den einen mehr, manchmal den anderen weniger. Und den einen oder anderen beginne ich jetzt erst zu begreifen.

Michael Scharang schrieb in KONKRET 9/94 über Schuberts Neunte und Österreichs Europa-Referendum

Konkret 09/95, S. 56

Kay Sokolowsky

Le Roi S'Amuse

Über »Hypno«, die reinste Allegorie, die das Fernsehen bisher aus sich gemacht hat

Knoke. Knoooke. Knoke. Es gibt Namen, die glaubst Du einfach nicht. Knoke. Manfred Knoke. Knoke. Bzw.: Knorke! Mesmerisch wie die Augen glänzt die Glatze. Knoooke. Manfred Knoke. Pro Show ein anderer Boss-Anzug. Jedesmal ein Binder, so scheußlich, du ahnst es nit. Knoke. Knoooke. Dein Kopf wird jetzt ganz leer. Knoooke. So leer. Knoke: Die Grinswinkel reichen bis an die Ohrlappen. Und weiter. Alles in Butter, in Ordnung, in Knoke. Aber diese 48 Zähne sind doch nicht echt, oder? Und wenn schon. Du hörst jetzt nur noch eine Stimme. Knooo...

Seit Mitte Juli gehört der frühe Sonntagabend auf Pro 7 »Hypno«, der »unglaublichen Show«. Zwar ist »unglaublich« an der Sache eigentlich nur der Name ihres Conférenciers und die Stümperhaftigkeit der Inszenierung. Aber wie es beim Fernsehen halt so zugeht: Je armseliger die Bilder, desto lauter wird krakeelt. Im Lauf der Sendung werden mehr Superlative verbraucht als im Werbeblock, der sie unterbricht, und über all dem faden Scheine prangt das Motto des Naturtheaters von Oklahoma: »Verflucht sei, wer uns nicht glaubt!« Denn vom Rummelplatz stammt die Idee zu »Hypno«; und hinterm Attribut »unglaublich« stehen unsichtbar, doch deutlich die Worte »aber wahr«.

»Hypno« ist so schlecht gestrickt, so sagenhaft dilettantisch photographiert und geschnitten, daß es einen jammert; und schon aus Barmherzigkeit hätte man über diesen Fall besser zu schweigen. Aber »Hypno« ist nicht bloß Murks. Sondern auch die reinste Allegorie, die das Fernsehen bisher aus sich gemacht hat. Gerade weil bei »Hypno« nichts richtig stimmt oder paßt, taugt die Show ganz ausgezeichnet dazu, das Elend und die Gewalt des Mediums abzubilden. Durch MAIER, den »Hypno«-Regisseur ohne Vornamen und Hoffnung, wirkt gleichsam der Genius des Fernsehens selber und offenbart sich wie besoffen.

In Knokes Worten: »Man nehme 400 Gäste, gebe sie in ein Studio, dazu ein' Schuß Lust, sich hypnotisieren zu lassen, um anschließend unter 70 Kilogramm Hypnotiseur zu zergehen. Aber zuallererst brauchen wir natürlich ein' Teelöffel Mut, jetzt aufzustehen und auf die Bühne zu kommen.« Dieser gußeiserne Humor beherrscht die Sendung. Und gleichwie Knoke eine Metapher – die vom »Rezept« der Show – ganz wörtlich nimmt, um einen Witz zu reißen, müssen die – Kandidaten? Medien? – Opfer wenig später jedes seiner Worte in Bilder, d.h. in Rollenspiel und Pantomime umsetzen. Das Grundgesetz des Fernsehens, nach dem kein Bild unkommentiert und kein Kommentar unbebildert sein darf: In »Hypno« wird es von, mehr oder weniger, lebenden Menschen dargestellt. (»No comment«, ein Pausenfüller bei EuroNews, bricht zwar das Gesetz und zeigt Bilder des Tages ohne Worte. Heraus kommt aber etwas seltsam Gespenstisches, Irreales. Stummes Fernsehen ist in der Tat sprachlos.)

Natürlich geschieht in »Hypno« nichts anderes als in den Hypnoseschmieren der Jahrmärkte und Provinzdiskotheken. Zu Beginn sucht Knoke unter gut 100 »Freiwilligen« (die in beinah militärischer Formation auf der viel zu großen Bühne aufgestellt werden) acht besonders geeignete Opfer aus. Angeblich fahndet er nach der Qualität der in ihrem »Unbewußten« schlummernden Talente, vermutlich jedoch – so kläglich fallen die kommenden Performances aus – nach ihrer Bereitschaft, jeden Scheiß mitzumachen. Man kann da nur raten. Denn vom gut einstündigen »Auswahlverfahren« (Knoke) werden bloß hastige Ausschnitte vorgeführt. Das hat nicht allein den Zweck, die 30 Minuten Sendezeit einzuhalten. Es hat auch eine Botschaft, und die lautet: Niemand wird je erfahren, nach welchen Maßgaben wir unsere Leute aussuchen. Ein Mysterium soll es bleiben in Ewigkeit, wie Koschwitz, Lippert, Gilzer und all die anderen Langweiler beim Casting das Rennen machten. Aber! Nur Berufene schaffen es ins Fernsehen, und wen die elektronische Kamera fixiert, der ist ein Auserwählter. Dies Privileg will freilich verdient sein, durch Verzicht: auf Würde, Stolz und Charakter. Sofern die Mechanismen der Marktwirtschaft Euer bißchen Persönlichkeit noch nicht in Gummi verwandelt haben – der TV-Apparat resp. Knoke werden's schon richten.

Das Fernsehen macht aus Menschen Typen und aus Typen Deppen; und obwohl es diese Gewalt in jeder Talk-, Game- oder Newsshow ausübt, hat es sich selten so dick damit getan wie in »Hypno«. Eine Frau, die nicht ganz so graziös wie ein Brauereipferd wirkt, muß sich suggerieren lassen, sie sei Marilyn Monroe und legt ein Karaoke von »I Wanna Be Loved By You« hin, daß man vor Mitleid unters Sofa kriechen möchte. Einem, der wohl aussieht wie ein Bademeister, aber wie einer von denen, die sich dauernd ums Planschbecken herumtreiben, wird eingeredet, er sei David Hasselhoff; drei junge Frauen verflucht Meister Knoke zu glühenden Fans des schwammigen Mannes. Es folgt eine Szene, die sich sogar auf der Kirmes in Hundshausen peinlich ausnähme. Und während Knoke seine Opfer von einer Groteske in die nächste treibt, beteuert er, die 48 Zähne kalt gebleckt, es ginge hier allein darum, ungeahnte »Phantasie und Kreativität« zu entfesseln. Doch da ist, offensichtlich, so gut wie nichts gefesselt, und mit den Blamagen, die sich stets ereignen, wenn einer hemmungslos tut, was er lassen sollte, kalkuliert die Show.

»Sie alle hier im Publikum sind unsere Stars heute abend«, schwindelt Knoke in der vierten Folge, und die doppelte Lüge geht ihm um so leichter über die Lippen, da sie zum Inventar der großen Bluffmaschine Fernsehen gehört. Der Triumphzug

des Mediums verdankt sich nicht zuletzt dem fortwährenden Versprechen, es werde beizeiten jeden seiner Abhängigen zum Dealer erheben. Indem es ein Gutteil seiner Jobs an Figuren bar allen Witzes und Charismas vergibt, nährt es die Illusion der Konsumenten, dergleichen mindestens genausogut zu können; und »Wetten daß« dürfte auch deshalb die erfolgreichste Unterhaltungssendung der Republik geworden sein, weil dort veritable Prominente dem Blödsinn, den die Laien zeigen, sich als »Wettpaten« unterwerfen müssen. Würde den Zuschauern aufgehen, daß noch keiner ein Star geworden ist, weil er seine Rübe eine Viertelstunde lang vor die Kamera gehalten hat, wären die Geschäfte des Fernsehens ernsthaft gefährdet. Also teufelt es weiter auf seine Kundschaft ein und kreiert z.B. mit Andreas Elsholz, dem Tom Cruise dritter Hand aus »Gute Zeiten, schlechte Zeiten«, eine wahre Ikone seiner Verheißung, jeden einmal ans Licht zu holen. »Hypno« und Knoke beschreiben diese nachgerade grandiose Bauernfängerei völlig unbefangen: »Sie alle sind unsere Stars. Wenn Sie sich hypnotisieren lassen!«

Und nicht einmal dann werden Sie welche sein. »Hypno« ist nämlich auch eine Strafanstalt für all die Sesselfurzer, die sich einbilden, sie könnten es mit den Entertainern, die sie, die Couchkartoffeln, so sehr bewundern wie verachten, bloß im Ansatz aufnehmen. Einem Mann wird aufgebunden, er sei Jürgen Drews, doch als er eben beginnen will, »Ein Bett im Kornfeld« zu singen, taucht plötzlich der echte Drews auf und überplärrt den Amateur ohne Mühe. Das Opfer will ihm an die Wäsche, Knoke greift knapp vorm ersten Faustschlag ein. Dann kommt Werbung, Drews verschwindet spurlos. Die prominenten »Gäste«, die durch jede »Hypno«-Folge spuken, erscheinen immer wie die Nemesis; und es war bestimmt kein Zufall, daß gleich in der ersten Sendung die Großmeisterin der Kandidatendemütigung, Ulla Kock am Brink, auftrat und mit vier Opfern alleingelassen wurde, die sich für Kleinkinder zu halten hatten. Daß die echten Stars keinen ordentlichen Abgang bekommen, sondern sich jäh in Luft auflösen, liegt vor allem an MAIERs kompletter Unfähigkeit zur Dramaturgie; hintergründig jedoch waltet das Medium selbst und prahlt damit, wie leicht es in unser Leben einzubrechen und wie locker es sich den Folgen seiner Penetranz zu entziehen vermag.

»In letzter Zeit werde ich immer öfter gefragt«, lügt Knoke, ohne rot zu werden, in der dritten Folge, die lange vor der Ausstrahlung produziert worden ist – »was muß ich denn tun, um Kandidat bei ›Hypno‹ zu sein? Die Antwort lautet« – und nun spricht er die lautere Wahrheit – »Sie müssen nichts Besonderes können.« Könner sind nämlich das letzte, was »Hypno« braucht, um seine Lektion zu erteilen: Du erlebst die reine Gnade, wenn wir Dich kleine Wurst auf Sendung gehen lassen; und bestenfalls stehst Du hernach als Mega-Würstchen da. Knokes Monolog schlägt jetzt konsequent um in den puren Hohn: »Wer weiß? Vielleicht wartet ja Hollywood gerade auf Sie!« Dies »Auf-Sie-hat-Hollywood-gerade-noch-gewartet!« ist die schadenfrohe Pointe aller Hampeleien, zu denen die »Hypno«-Opfer beschwatzt werden.

Es scheint, als wäre die Allegorie zur Macht des Fernsehens und zur Ohnmacht des Publikums, die »Hypno« inszeniert, etwas zu deutlich geraten. Trotz einer prächtigen Pressekampagne mit Doppelseiten von »Funk Uhr« bis »YoYo«, trotz auch der strategisch vorbildlichen Sendezeit (zwischen »Lindenstraße« und »Tagesschau«) dümpelt die Quote bei sechseinhalb Prozent. Wer läßt sich aber auch schon gerne erzählen, was für ein kleines Licht er ist? Die miserable Gestaltung der Show wirft das potentielle Publikum sowieso auf jenen harten Kern zurück, der sich entschlossen hat, sein Leben nur mehr durch die wackelnde Linse eines Camcorders wahrzunehmen. Überhaupt riecht Hypnose meilenweit nach faulem Zauber; und ein rasierter Rasputin wie Manfred Knoke scheint herzlich ungeeignet, dagegen anzustinken. Doch das alles wäre halb so schlimm, hätte die Pro-7-Programmdirektion sich nicht entschlossen, eine verschnittene Aufzeichnung zu senden statt live.

Vierzig Jahre lang hat das Fernsehen seiner Kundschaft eingebleut, »Live« sei echter, authentischer als das Leben selbst; aber hier, wo es gegen instinktives Mißtrauen zu kämpfen hat, wo schon der kleinste Anschein von Schummelei mit Zappen bestraft wird – hier, bei »Hypno«, bemüht es sich keinen Augenblick lang um Authentizität. Denn am gewöhnlichen Publikum ist die Show im Grunde gar nicht interessiert. Sondern als kleine Entspannung für den Moloch Fernsehen selber gedacht; als erholsame Übung in Aufrichtigkeit, die vorsichtshalber unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet.

Auch der König möcht' mal fünfe grad sein lassen und sagen dürfen, daß er ein alter Halsabschneider ist. Darum steckt in der halben »Hypno«-Stunde praktisch alles, was das Fernsehen sich ausgedacht hat, um die Lüge, mit der es die Welt erobert – »Mittendrin statt nur dabei« (so der einzigartig dreiste Slogan des Sportkanals DSF) – zu beglaubigen; bloß steckt alles am falschen Platz. Eine fliegende Kamera rast durchs Studio, obwohl sich dort nichts so schnell bewegt, daß es verfolgt werden müßte; eine Stimme aus dem Off macht auf Livekommentar und verrät unvermittelt, daß die Bilder vom Band kommen; mit hektischen Cuts und Überblendungen, die direkt aus der »100.000 Mark Show« stammen, wird auch die letzte Möglichkeit zerstört, die eher gemächlichen Pantomimen der Opfer zu goutieren.

Jedes zweite »Spiel« in »Hypno« imitiert populäre Fernsehprogramme, was zunächst wohl Resultat der atemberaubenden Rat- und Einfallslosigkeit der Produzenten ist. Aber im Rahmen der Selbstkastei-ung, die das Medium durch sein Medium MAIER hier übt, gestehen die miserablen Travestien ein, daß jeder unter Bann und Zwang steht, der fürs Fernsehen den Affen macht. Auch Knoke, dem die Allegorie doch immerhin den Part des Souveräns gegönnt hat, steht nicht überm

System, er kann ihm nicht einmal entkommen: Immer wieder schleicht die Kamera sich von hinten an ihn heran oder sieht auf ihn herab wie Gott auf sein Geschöpf.

Die Schlußtitel von »Hypno« laufen schon, wenn Knoke beginnt, seine Opfer aus der Trance zu befreien; ihr Erwachen wird uns vorenthalten. Der Moloch hat sich wieder zur Ordnung gerufen und erinnert uns daran, daß der Alptraum von Welt, in dem er uns gefangen hält, kein Ende hat, mag auch kurz ein Stückchen Wahrheit darin vorgekommen sein. Die Geschäfte müssen weitergehen; es folgen Nachrichten.

»Hypno« läuft, voraussichtlich bis zum 8. Oktober, jeden Sonntag ab 19 Uhr 25 auf Pro 7.

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 8/95 über J. P. Reemtsmas Muhammad-Ali-Buch

Konkret 09/95, S. 58

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Hamburg, 13. August 95.

Sonntagvormittag. Ich nehm auf dem Balkon (mit Blick auf das von Nachbarschaftskatzen, Amseln und Elstern zu Notdurft und Nahrungsaufnahme gern genommene Grasareal) die vier Kilo Bunt von der Strippe, die ich gestern Nacht in der Hauswaschküche unsrer Dreißigparteienherberge gegenüber vom Finanzamt Schlump herausgewaschen hab, allein & selber, denn da ist keine Frau, die einem die Wäsche wüsche und/oder von der Strippe nähme vom Balkon oder einem am Herd beistünde beir Kreation eines Süppchens mit edlen Herbarien der Saison oder die Träume theilte mit einem in der Nacht ... Man ist allein mit seinem Oldiesingleschauder, dem trügerischen Schutz & Schirm des bißchen Angesparten, den Teppichmilben und den halben Gemüsezwiebeln auf der Küchenfensterbank ... und nimmt die Wäsche ab: Die Tennishose mit dem Kugelschreiberfleck, der seit einem halben Jahr (du blöde Ziege von Ariel!) jedem Pulver, jedem Waschgang trotzt, die Schweizer Armeesocken, die ich bei der Radltour über den Albulapaß in Bergün erstanden, die bei Kempinski mitgegangnen Badetücher und die commoden wie spottbilligen T-Shirts (denn dies fehlte noch zum kataklysmatischen Kladderadatsch: Hemden mit Krägen, die sich wie Haifischkiefer um den Adamsapfel schließen) ...

Ich nehm also die Wäsche ab. Und wie ich mir die Pracht dieses schon leicht angeherbstlten Sommermorgens in den Thorax reinziehe, bis die Tapete an den Lungenwänden Stop! sagt, da geschieht es wohl, daß ich (ist es die Hyperventilation, der kostenloseste aller Räusche?), daß ich ein Gesicht habe, eine Vision, eine nach hinten, in die Kindheit losgehende Vision. Ich sehe mich, und ich kann es nur mit diesen vielerorts deskriptiv erprobten Worten sagen, »ganz klar und deutlich« an einem gradso von Sonne und Azur strotzenden Sommertag im Jahre ‘47, sehe mich als einmetervierzig großen und siebzig Pfund leichten Neunjährigen, seh mich in einer knielangen kackbraunen Cordhose, die ich ein Jahr später im »Schonger«-Märchenfilm »Hans im Glück« tragen werde, sehe mich, wie mich die Glocke an ihrem Seil nach oben zieht, ins Gestühl der Wallfahrtskapelle an der Amperbrücke zu Wildenroth, dem einst »bayrischen Bethlehem«, die uns, den zwangseingemeindeten Sudetengaunern und Schlesiern zum evangelisch-lutherischen Ketzerritual von der katholischen Macht für ein Stünderl pro Sonntag gnädig überlassen ist, sehe mich, selig hängend im Seil, mit prächtigem blonden Gelock und virginem zigarettenmundstückkleinem Piephahn, spüre meinen von Arthrose und Zerebralinsuffizienz unberührten Knabenleib, der vom Jing der Glocke hinaufgezogen und von der Glocke Jang wieder herabgetragen wird, barfuß auf die Vim-gescheuerten Fliesen, und möchte weiter schweben, bleiben in diesem gebenedeiten Auf und Ab - - - doch das Gesicht verblaßt, erlischt, und ich bin wieder allein mit meiner Wäsche und der Wirklichkeit und einem Leib, in welchem die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts mit all ihren Peitschen- und Nackenschlägen und Fußtritten ein abstoßendes Ensemble von Marterspuren abgelagert, ja, ich glaube, das kann man ruhig einmal laut sagen, und wenn da der Rock und Roll nicht gewesen wäre, also ich weiß nicht, ob ich mir nicht vor der Zeit die Kugel... Und ich setze das Wasser auf für die zwote Kanne Kaffee und kehre zurück an die Schreibmaschine, um die Rekonvaleszenzadresse an Puddy Put, den lieben Freund aus der Westberliner WG-Zeit der Jahre ‘62, ‘63 zu vollenden, der, von einer infarktverdankten Herzhinterwandreparatur auf der Rehastation zu Psychodannenberg aus, neuen, noch bewußter erlebbaren Abenteuern wie zum Beispiel dem Nichtrauchen entgegenliegt...

Da, während ich die rechten Worte zu finden suche für den Guten, höre ich aus dem Transistorradio, das mich schon zu mancher nächtlichkontemplativen Außenalsterumrundung, zu manchem Ammer/Pilsen/Wörth/Staffel/Kochel/Walchenseesightseeing im Sattel begleitet hat, man könne bis elf Uhr anrufen beim Sender und ein Gedicht aufsagen zum Thema »Mein Urlaubsflirt«. Ich schau auf meinen Katzenwecker, der mit grün aufgeblendeten Augen und einem Miauen arbeitet (das Weihnachtsgeschenk eines unvergessenen lieben Menschen), und seh, daß es schon viertel vor ist, und denke mir, die Hamburgwelle des NDR anrufend, sicher ist die Leitung schon vollgestopft mit HörerInnenendreimschleim, das wird wohl nichts mehr. Doch die Redaktionsassistenz sagt, ich solle ihr nur rasch meinen Namen geben und die Telefonnummer, man werde mich gleich zurückrufen, und dann sei ich dran, mit meinem Urlaubsflirtgedicht. Nun ist es zehn vor, und es steht noch keine Silbe, keine Zeile. Im Radio spielen sie Glenn Millers »In the mood«, und ich spann die unverbrauchte Rückseite eines FAX-Sendeberichts (DIN A 4 breit, 92,1 mm lang) ein und leg los.

Keine drei (!) Minuten später klingelt das Telefon, und Frau M., die Moderatorin, sagt: »Soo, der Urlaubsflirt wird bedichtet, der wahrscheinlich vergangen ist, der ist schon, äh, in die Annalen eingegangen, Herr Tomayer, bei Ihnen?« Und ich sage: »Grüßigott, guten Morgen!« Und: »Ja, am 1. August war das.« Und sie sagt: »Ach...«. Und ich trage vor:

Es war am 1. August am Mittelmeer

Ich hatte ein abgesägtes Schrotgewehr

Und ich zwang sie zum Geschlechtsverkehr
Dies gefiel ihr, ich bin sechzig und sie war
sechzehn, gar nicht sehr
Doch was will man machen als Tienäidscheer
Gegen eines Sechzigjährigen abgesägtes
Geschlechtsgewehr
Dies war, wenn es die Welt nicht weiter stört,
Mein diesjähriger Urlaubs-, ja Urlaubsflirt

So geendet frag ich die Moderatorin: »Wie finden sie das?« Und sie sagt: »Ich glaube, daß es die Welt stören wird...« Und ich sage: »Schade«, und sie wirft mich aus der Leitung, und ich gehe wieder hinaus auf den Balkon zu meiner Wäsche und will den Rest nehmen von der Strippe, meine zerschlissenen Shorts und das völlig ausgebleichte Blouson, die ich als Penner-Kollege von Walter Giller in einem Evelyn-Hamann-ZDF-Special (Spielleitung Hans-Christoph Blumenberg) trage, da - - - hör ich, wie die Moderatorin nachkartet, über mich herzieht: »... daß diese Ängste vor Sex, die Angst vor Impotenz, so groß ist, aah, der Wunsch, zu schocken, immer wieder, immer noch da ist, ich bin verblüfft darüber, ja, ich hatte die Männlichkeit schon weiter vermutet ...« Und dann fordert sie den grad zugeschalteten Hörer und Dichter Herrn Winkler zum Vortrag auf, zum Ausstreuen eines der üblichen üblen, von der reaktionären Konvention durch zehn Selbstzensursiebe gerüttelten und geschüttelten und mithin allen sperrigen Spelzes und aller nachtschattigen Spurenelemente beraubten bzw. bereinigten Lyrikmehle der puderweißen Art:

So mancher heiße Urlaubsflirt
Hat mich seit Jahren sehr betört
Einer kam aus Frankreich
Und landete nach kurzer Zeit im Schrank gleich
Doch meine Liebe aus Mamaia
Ist immer noch da, ja

Und nun frage ich Sie, liebe Les'rin, lieber Leser (egal wo Sie zu Hause sind: in alten oder neuen Bundesländern): Wird sich im o-la-la Sujet des Urlaubsflirtgedichts denn niemals etwas ändern? Bitte antworten Sie mir möglichst massenhaft ... Dankeschön!

Konkret 09/95, S. 60

Michael Nauert

Tatort Postmoderne

Das Leben in der Kleinstadt der »Picket Fences«: große moralische Probleme auf engstem Raum – Amerika, ein Fernsehmärchen

Fyvush Finkel ist eine für *Picket Fences* symptomatische Figur. Der ehemalige Charakterdarsteller des jiddischen Theaters spielt den Kleinstadtanwalt Douglas Wambaugh, obwohl er fast mit ihm verwechselt werden könnte. In Talkshows nimmt er die Ovationen des Publikums mit der gleichen huldvollen und erfreuten Selbstironie entgegen wie Wambaugh die Reaktionen im Gerichtssaal, wenn er mit einem überraschenden Argument wieder einen Prozeß gewonnen hat. Finkel war über lange Jahre ein markanter, aber unwichtiger Schauspieler auf dem Abstellgleis, bevor er mit der TV-Serie populär wurde. Für Wambaugh könnte ähnliches gelten; er bewegt sich ständig auf einem schmalen Grat zwischen verschmitzter Geschäftstüchtigkeit und dem Wunsch, geliebt zu werden. Mit seiner aufdringlichen Geschwätzigkeit geht er allen auf die Nerven und bleibt trotzdem ein unverbesserlicher Optimist. Er ist eine schillernde Nebenfigur, an der man kaum etwas ablesen und mit der man noch weniger anfangen kann. Unter anderem deshalb hat er zu Recht den Emmy als bester Serien-Nebendarsteller bekommen.

Überhaupt schnitt *Picket Fences* bei der Verleihung dieser TV-Oscars sehr gut ab und wurde zuletzt zweimal als beste »Drama-Serie« ausgezeichnet, 1993 vor *Northern Exposure* (läuft hier als *Ausgerechnet Alaska*) und 1994 vor *NYPD Blue*. Auf die amerikanischen Einschaltquoten wirkte sich das allerdings nicht aus: In der Statistik der letzten Saison landete *Picket Fences* nur auf Platz 64, weit hinter anderen Drama-Serien wie *ER* (2.), *NYPD Blue* (7.), *Chicago Hope* (28.) und *Beverly Hills 90210* (46.), aber immerhin noch gleichauf mit der Comedy-Serie *Married ... With Children* (hier als *Eine schrecklich nette Familie*).

Bei der Positionierung in Deutschland tat man sich schon deshalb schwer, weil »Drama-Serie« als eigenständige Kategorie hierzulande nicht anerkannt ist. So bekam *Picket Fences* den ebenso überflüssigen wie verfälschenden Untertitel »Tatort Gartenzaun« verpaßt, und SAT1, wo die Serie am Mittwochabend ausgestrahlt wird, stellte in der Werbung ausschließlich die skurrilen Aspekte der »amerikanischen Erfolgsserie« heraus. In einer Fernsehzeitschrift wurde die Sendung zunächst als »Kultserie« angekündigt und firmiert jetzt unter »Krimiserie«. Ebensogut hätte man *Picket Fences* mit Blick auf die Emmys freilich auch als »Qualitätsserie« bezeichnen können. Bildungsbürgerliche Qualitätsfreunde wären dann allerdings mit dem Empfohlenen ebensowenig zufrieden, wie es jetzt wohl Kult- und Krimifreunde sind, und zwar aus den gleichen Gründen, aus denen *Natural Born Killers* den meisten Actionfreunden nicht gefallen haben dürfte. Das liegt ganz einfach daran, daß diese Etikettierungen zwar nicht falsch sind, den Inhalt aber nicht hinreichend beschreiben. Vor allem werden die mit ihnen versprochenen allgemeinverständlichen Grundmuster nicht zur Verfügung gestellt, auf deren Nichtdiskutierbarkeit, also einer von allen zu akzeptierenden Wirklichkeit, eine Serie normalerweise erst aufbauen und Position beziehen kann.

Es ist nämlich auch eine umgekehrte Vorgehensweise möglich. Man trifft nicht zuerst eine Entscheidung für ein Genre und überlegt dann, welche Marktlücken oder inhaltlichen Möglichkeiten sich da noch bieten, sondern man sucht sich das oder die Genres nach anderen, zuvor definierten Bedürfnissen aus. Die gegenwärtigen Produktionsbedingungen des Fernsehens machen so etwas allerdings normalerweise unmöglich, und auch in anderen Kultursparten – oder gar zwischen ihnen – finden derlei Entscheidungen ziemlich selten statt. Zumeist ist das sozialen Gegebenheiten geschuldet, die aber Hand in Hand gehen mit den traditionellen Spartentrennungen, in denen gesellschaftliche und ökonomische Machtverhältnisse zum Ausdruck kommen (und manchmal, wie im Falle von HipHop, auch der gleichermaßen identifizierbare Widerstand dagegen). Wenn aber einmal eine Herangehensweise »von außen« gewählt wird – was noch kein Qualitätskriterium ist – , dann verändert sich die Beziehung der Serie (des Werks/der Arbeit) zu ihren Genres fundamental. Geht es üblicherweise höchstens darum, die Grenzen eines Genres zu verschieben oder zu überschreiten, sich also, allgemeiner gesagt, an den Voraussetzungen der eigenen Welt abzuarbeiten, so können in diesem Fall die Genres selbst zu schlichtem, leicht verfügbarem Material werden.

Vordergründig drängt sich bei *Picket Fences* aber eine andere Sichtweise auf. In einer offensichtlich allen Klischeevorstellungen von »Postmoderne« entsprechenden Kombination werden Aspekte aus Comedy, Drama und Krimi gemixt und zu etwas aufbereitet, das aussieht wie eine sonnige Post-David-Lynch-Variante. Die dabei verwendeten Kodierungen werden demonstrativ ausgestellt, zum Beispiel zitiert die Eingangssequenz die von *Blue Velvet,* und der Ort des Geschehens – Rome, Wisconsin – erinnert an ein anderes berühmtes Amerikabild. Ebenso wie in *Twin Peaks* geht es um das Leben in einer Kleinstadt, hinter deren gesamtamerikanischer Fassade natürlich das Kaputte steckt, das aber nicht wie bei Lynch dunkel, abgründig und alles verschlingend ist, sondern nur skurril. Im Mittelpunkt steht auch hier der Sheriff, allerdings zusammen mit seiner Frau, einer Ärztin, und den drei Kindern. Allein diese Familie – genauer: die Eltern und die älteste Tochter – genügt den Ansprüchen, die derzeit gemeinhin an die »Echtheit« von TV-Drama-Serien-Charakteren gestellt werden. Nach einer klaren Unterteilung sind alle anderen regelmäßig auftauchenden Personen wie

etwa der Anwalt Wambaugh, der knarzige Richter Bone, die Deputies Kenny und Maxine, die wechselnden Bürgermeister oder der besessene Gerichtsmediziner Carter in der Regel nur wenig komplexe Funktionsträger, die gemeinsam mit den merkwürdigen Kriminalfällen für die Atmosphäre, den Sound der Serie sorgen. Im Unterschied zu anderen »postmodern« anmutenden Serien wie *Twin Peaks*, *Parker Lewis* oder *Dream On* ist *Picket Fences* dabei aber bemüht, nicht die eigene Form als in sich stimmig oder als Selbstzweck zu etablieren, sondern mit Details immer wieder Distanz auch zum eigenen Andersaussehen zu schaffen, das nur als Kulisse dient.

Um was geht es nun eigentlich, wenn nicht um die Vorführung eines unterhaltsam-bizarren Amerika? Darauf lassen sich verschiedene Antworten geben. Betrachtet man die politischen Aussagen im engeren Sinn, muß man nicht lange suchen. In den meisten Folgen hängen an den spektakulären Kriminalfällen gesellschaftliche Problemstellungen – beim Fall des Badegastes etwa ging es ebenso wie beim transsexuellen Lehrer um den Umgang mit sozialen Außenseitern, anhand der singenden Sterbehelfer-Nonne wurde Euthanasie diskutiert, und ein Prozeß gegen den Bürgermeister thematisierte Selbstjustiz und den amerikanischen Umgang mit Waffen. Sofern nicht – wie im Fall der Sterbehilfe – auf eine Lösung ganz verzichtet wird oder – wie meist bei Glaubensfragen – als solche kenntlich gemachte halbgare Kompromisse am Ende stehen, setzt sich immer eine amerikanisch-liberale Position durch. Und das ist bei derart expliziten Fragestellungen bekanntlich das Beste, was man zur Prime Time erwarten darf.

Interessant ist aber, daß das jeweils behandelte Problem tatsächlich durch eine Diskussion beschrieben wird, wenngleich das Für- und Widerreden zu öffentlichen moralischen Problemen in Fernsehserien nicht ganz neu ist. Was in *Picket Fences* meist im Gerichtssaal endet, fand ähnlich auch schon in *L.A. Law* statt, und das ist kein Zufall, denn David E. Kelley, der Produzent und Autor von *Picket Fences*, hatte die Anwaltserie von Stephen Bochco, dem anderen wichtigen Serienproduzenten (*Hill Street Blues, NYPD Blue*), übernommen und maßgeblich geprägt. In *Picket Fences* geht er aber einen Schritt weiter, weil nicht mehr die zahlreichen Hauptfiguren, wechselnde Staatsanwälte und Betroffene, also tendenziell anonyme Personen, miteinander streiten, sondern eine Personalisierung der Diskussion die Distanz zum Zuschauer überwinden soll. In seiner reinsten Form, die bei der Variabilität einer Serie selten erreicht wird, sieht das dann so aus, daß entweder Sheriff Jimmy Brock oder seine ähnlich verantwortungsbewußte, integre, intelligente und manchmal emotionale Frau Jill unter den Einfluß von Ängsten, Vorurteilen oder Egoismen geraten, die das gewohnt rationale Denken trüben, und so zu einem »falschen«, das heißt meist reaktionären Standpunkt kommen. Er oder sie steht dann in Opposition zum anderen Partner, wobei oft mit großem Geschick bis kurz vor Schluß offen gelassen wird, wer im Recht ist: Beide Positionen scheinen zunächst irgendwie nachvollziehbar zu sein.

Thema ist immer auch der »gesunde Menschenverstand« – und die Behauptung, daß es ihn zwar gibt, er aber teilbar ist. Damit werden Jill und Jimmy »menschlich«, menschlicher auch als die anderen Serienhelden mit ähnlich liberalen Saubermänner-Attributen wie John Kelly (David Caruso) aus *NYPD Blue* oder Brandon Walsh (Jason Priestley) aus *Beverly Hills 90210*. Die nämlich treffen trotz aller Selbstzweifel fast immer die richtige Entscheidung und taugen so zu richtigen Stars, zu Helden des amerikanischen Liberalismus gewissermaßen. In *Picket Fences* wird eine andere Art von Identifikationsmöglichkeit angeboten: Die Brocks verrennen sich zwar abwechselnd in irgend etwas, aber sie sind ja prinzipiell guten Willens, halten zusammen und überwinden die Krise letztlich doch – gemeinsam. Zum eigentlichen Helden wird dadurch gewissermaßen die Familie, die Institution, die zwar wenig zur Lösung der anstehenden Probleme beiträgt, aber das Unvollkommene, die Schwächen der Beteiligten verzeiht und kompensiert. Gegenüber dem vielfältigeren *L.A. Law* oder *NYPD Blue*, wo von einem halben Dutzend Hauptpersonen gerade mal eine in einer funktionierenden Familie lebt, ist das natürlich ein erstaunlicher Rückschritt. Aber es ist wohl auch der Preis, mit dem dem amerikanischen Publikum das Interesse für widersprüchliche Personen und nicht eindeutig zu lösende Probleme abgekauft werden soll.

Vielleicht spielt dieser Aspekt aber gar keine so große Rolle. Denn wonach werden eigentlich Fernsehserien beurteilt? Den Grad der sozialen Problemstellung und die politische Ausrichtung heranzuziehen, ist sicher notwendig, führt aber, wie immer bei Kulturprodukten, nicht sehr weit, wenn andere wichtige Kategorien vernachlässigt werden. Ein für Fernsehserien essentielles Kriterium wären beispielsweise der Reiz und die Notwendigkeit des wirklich regelmäßigen Anschauens, des Einlassens auf eine Parallelwelt. Schließlich legt es ja nicht nur *Picket Fences* darauf an, so etwas wie eine Kultserie zu sein, sondern dies ist das Wesen aller Serien. Kaum jemand würde sich darauf aber allein wegen einer politischen Korrektheit einlassen, die zuverlässig allwöchentlich demonstriert wird (denn anders als im richtigen Leben hat davon ja niemand etwas), bestenfalls kann im Mainstream das Unterschreiten eines gewissen Korrektheit-Niveaus ein Grund sein, nicht dabeizubleiben.

Von den zahlreich vorgebrachten Gründen, eine Serie gut zu finden, sind diejenigen, die sich auf eine Serienfigur beziehen, die klarsten. Hier finden politische und ästhetische Aspekte leicht identifizierbar zusammen, Fanbeziehungen oder an Kampf und Schicksal Anteil nehmende Lebensabschnittspartnerschaften lassen sich knüpfen. In den besonders eindeutigen Fällen sind solche Figuren auch gleich Thema der Serien, etwa in *The Rockford Files* (hier: *Detektiv Rockford: Anruf genügt*) oder *Roseanne* (vgl. KONKRET 5/95). Schwieriger wird es, wenn Serien eigentlich von sozialen Konstellationen oder stilisierten Parallelwelten handeln und eine ganze Reihe von möglichen Kriterien wichtig erscheint. Gibt es in *Dallas, Star Trek, Beverly Hills 90210* oder *Miami Vice* ein richtiges Leben im falschen? Oder ist die Begeisterung für eine ihrer

Figuren nur eine Ausrede für die heimliche Liebe zur gesamten Parallelwelt? Kann am Ende gar das vermeintlich falsche Leben im Fernsehen funktionieren und richtig werden? Und muß es überhaupt immer gleich ums Ganze gehen?

Picket Fences jedenfalls ist politisch uninteressant, und die Hauptpersonen sind Langweiler. In ihrer konstruierten Echtheit sind sie nicht weniger unwirklich als die Nebenfiguren, im Unterschied zu diesen aber wird sie niemand wirklich mögen können. David E. Kelley ist nicht ernsthaft an ihrem Schicksal interessiert, sondern an seiner Darstellung davon. So schamlos wie brillant beutet er die Klischees der Postmoderne aus. Aus Krimi, Drama und Comedy nimmt er sich Handlungsstränge und Highlights, er wechselt virtuos von Albernheit zu Gefühlsseligkeit, von dramatischer Diskussion und absurder Auflösung, bis man sich schließlich in einer Welt wiederfindet, in der es weniger um das äußerlich Skurrile oder um die darin verpackte Aussage geht, als vielmehr darum, was man mit beidem machen kann, um das also, was früher Erzählen hieß. *Picket Fences* ist die einzige Serie, deren Variationen noch wie Überraschungen wirken, und dabei der reine Luxus: schillernd, aufdringlich und optimistisch, aber nicht in dem Sinn, daß alles besser werden wird, sondern daß es bloß immer so weitergeht.

Michael Nauert schrieb in KONKRET 8/95 über Nostalgie im Fußball

Konkret 09/95, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Vierzig Persönlichkeiten, Günter Grass, Ralph Giordano, Johannes Mario Simmel, Günter Wallraff, Dietrich Kittner, Hanns Dieter Hüsch und 36 andere, haben die Bertelsmann AG aufgefordert, Druck und Auslieferung von Büchern des Verlegers Herbert Fleißner (Ullstein, Langen-Müller) zu unterlassen. Ein heroischer Appell, dessen Befolgung nicht nur die Nazi-Reklame der Zitelmänner und Schönhuber treffen würde, sondern auch die von Fleißner verlegten Memoiren des Willy Brandt. Ich unterschreibe.

In der »Süddeutschen Zeitung« heißt es über den ehemaligen Pressesprecher Conrad Ahlers:

Draußen ist Mai und will gar nicht mehr aufhören. Der Käse-Teint der Hauptstadt ist über Nacht verschwunden, endlich Wärme! Licht! Pollenflug und Mädchenblüte. Und drinnen in der Redaktion sitzt General Winter und beginnt, seine unverfrorenen Blicke aufs Fräulein Frühling zu werfen.

»Raffael« heißt das Hoch über der Stadt, nach dem Schönen und Trefflichen von Urbino. Immer weiter steigt der Luftdruck, schon liegt er bei 1032 hPa, schwacher Nordwest auf West drehend. (»Typisch«, würde das Fräulein Frühling an dieser Stelle bemerken und dann weiter berichten, weshalb man erst so richtig wisse, wie schwarz ein Neger sei, wenn er bei einem in der Badewanne liege. Aber lassen wir das. Reden wir lieber weiter übers Wetter.)

Von Alexander Smoltczyk, Jahrgang 58. Nein, nicht 1858. Aus der »Wochenpost«. Gelernt bei der »Tageszeitung«. Njuh Tschöhnalißm, wie Fräulein Frühling an dieser Stelle bemerken würde. Der Autor (aber das glaubt mir ja doch keiner) ist Hauptgewinner eines nach Egon Erwin Kisch benannten, aber von der Illustrierten »Stern« erfundenen Preises.

Artikel 5 Grundgesetz, letzte Meldung:

Wenn man all die glücklichen Paare sieht, denkt man doch unbewußt an die eigene Ehe.

Aufgepaßt, Medienkritiker, das Wort, das ihr immer gesucht habt für das Produktionsmittel dieses Betriebs – hier ist es, gefunden von Linda de Mol:

Unbewußtes Denken

Ihr werdet es brauchen, wenn ihr kritisch zu würdigen habt, wie Michael Schauze mit Max Schanzer streitet, wer Linda de Mols Traumscheidung von Helmut Thoma moderieren darf.

Und aufgepaßt, Verleger, die Ihr dreisten Redakteuren achtzehn Monatsgehälter à zwanzigtausend Emm hinterherschmeißen müßt, damit sie von der fünftägigen Reise erster Klasse mit dem Kanzler nach Tokio ein Zitat eines Regierungsberaters (ungenannt sein wollend) und die exakte Speisenfolge des Dinners beim Ministerpräsidenten mitbringen: Ich hab heute meinen sozialen Tag. Ich sage nur: Mogens Jacobsen. Das ist kein neuer Frühstückskaffee, sondern der Name eines Mannes, der, wenn sein Verleger ihn per Bus zur Tour de France schickt, dieses abliefert:

Forgaeves/ Jesper Skibby satsede maksimalt – uden held/ Af Mogens Jacobsen i Frankrig (162 Zeilen)

Und:

Kraefterne spares/ Bjarne Riis satser fuldt ud pa lordagens enkelstart/ Af Mogens Jacobsen, Bordeaux (102 Zeilen)

Sowie:

Fransk Marie-kiks/Efter soloudbrud endte Thierry Marie som agterlanderne/ Af Mogens Jacobsen, Bordeaux (76 Zeilen)

Aber auch:

Tysk tempo-triumf/ Flot arbejde af Telekom gav Erik Zabel sejr i spurtopgoret/ Af Mogens Jacobsen, Bordeaux (138 Zeilen)

Nicht zu vergessen:

Hamburger med international stil/ Den unge dansker hos TVM har faet sit gennembrud/ Af Mogens Jacobsen, Bordeaux (126 Zeilen)

Schließlich:

Synspunktet star ved magt/ Af Mogens Jacobsen, Bordeaux (115 Zeilen)

Last not least:

Danksker i klemme/ Michael Blaudzuns hold star uden sponsor naeste saeson/ Af Mogens Jacobsen, Bordeaux (130 Zeilen)

Und das alles nicht in einer Saison, nicht in einem Monat, nicht in einer Woche, sondern an einem einzigen Tag (»Politiken«, 21. Juli 1995). Und nicht lustlos dahergefaxt, sondern liebevoll zurechtgemacht: die Hälfte der o`s mit einem Schrägstrich und jedes dritte a mit einem Kringel verziert. Tag für Tag, drei Wochen lang und, Rudolf, zu einem Salär, für das keiner Deiner Starkolumnisten Dir auch nur ein Fläschchen Flens vom Kiosk holt, sondern vielmehr sowas ins Blatt:

Gegendarstellung:

Im »Spiegel« vom 10.4.1995 erschien auf Seite 194 ein Artikel unter der Überschrift »Olympia – Astrid und Ikarus«. Darin heißt es unter anderem:

1. Ich hätte beim Olympia-Kongreß in Paris mitgeredet.

An diesem Kongreß habe ich weder teilgenommen noch bei ihm mitgeredet.

2. Ich hätte Jugendliche zum deutsch-israelischen Austausch nach Jerusalem begleitet.

Ich habe keine Jugendlichen nach Jerusalem begleitet, sondern an der hebräischen Universität ein Seminar für Wissenschaftler, Pädagogen und Verbandsvertreter geleitet.

3. Ich hätte unlängst nach Alaska gedurft.

In meinem Leben bin ich noch nie in Alaska gewesen.

4. Wörtlich heißt es über mich: »Von Anchorage bis Barcelona preist der Experte in Ethikfragen die Leibesübung als ›Tugend des Alltags‹.«

Ich habe noch nie Leibesübungen als »Tugend des Alltags« bezeichnet.

5. Unter Bezug auf einen Kollegen behauptet der »Spiegel«, »mit Vorliebe« interessierte ich mich für Trinkgewohnheiten und Liebesge-schichten der Mitreisenden, prahlte im vertrauten Kreis auch ungeniert mit meinem gesammelten Intimwissen.

Ich habe mich niemals für Trinkgewohnheiten und Liebesgeschichten von Mitreisenden interessiert. Ich habe auch niemals in vertrautem Kreis mit gesammeltem Intimwissen geprahlt.

6. Der »Spiegel« schreibt in Zusammenhang mit der Behauptung, mir werde eine Witterung für lukrative Nebenbeschäftigungen nachgesagt, daß ich wissenschaftlicher Leiter des geplanten Deutschen Sportmuseums sei.

Hierzu stelle ich fest, daß ich diese Arbeit ehrenamtlich leiste.

7. Weiter heißt es, Lämmer kümmerte sich »sogar persönlich um die ›Erfassungsmaske‹, mit deren Hilfe die Daten für den Computer aufbereitet werden sollten. 17 Rubriken hatte Lämmer für jedes IOC-Mitglied vorgesehen, darunter solche wie ›Sexuelle Neigung‹ oder ›Drogenkonsum‹.«

Ich habe niemals Erfassungsmasken erarbeitet, habe niemals Rubriken entworfen, insbesondere keine mit dem Titel »Sexuelle Neigung« oder »Drogenkonsum«, sondern die bei der Firma Bossard Consultants erstellten Entwürfe erhalten und redigiert, von einer weiteren Verwendung jedoch abgeraten.

8. Der »Spiegel« behauptet auch, ich hätte mich zum »Vizepräsidenten der Europäischen Fair-Play-Initiative« wählen lassen.

Tatsächlich bin ich Generalsekretär der Europäischen Fair-Play-Bewegung.

Hamburg, 12. Mai 1995

Prof. Dr. phil. Manfred Lämmer.

Er heißt tatsächlich Lämmer. Mit zwei Pünktchen auf dem a, mit Prof. und mit Dr. – jedes Detail ganz exakt so, wie es im »Spiegel« stand. Was also will der Mann?

Der tüchtige Mogens Jacobsen aber hätte nicht nur den Lämmer ungeschoren davonkommen lassen, sondern, für eine Handvoll Öre mehr, auch gleich den Kommentar zum Holocaust-Denkmal übernommen und damit dem Augstein und uns dieses erspart:

Wer gegen dies Monstrum Stellung bezieht, muß deswegen kein Judenfeind und auch kein Feind der allenfalls Vierteljüdin Lea Rosh sein.

Vierteljuden, hätte Mogens Jacobsen gewußt, gab es nur in den Nürnberger Gesetzen, sonst nirgends auf der Welt. Dennoch wäre es falsch, Augstein einen Antisemiten zu nennen. Er hat nichts gegen Juden. Einige seiner besten Freunde sind Juden. Er hat auch nichts gegen Frauen. Einige seiner besten Freundinnen waren Frauen.

Es wurde vermutet, daß die Herausgeber der Texte von Heinrich Böll nicht zuletzt deshalb so verzankt sind, weil der Absatz der Werke des großen Toten sehr zu wünschen lasse. Dem wollte sein Verleger Dr. Reinhold Neven DuMont, der nicht nur seine Nachworte zu Wallraff selber schreibt, kraftvoll widersprechen:

Die Bücher von Heinrich Böll verkaufen sich so gut, wie man es von einem Autor von seinem literarischen Rang erwarten kann.

Nichts anderes war vermutet worden. (So geht’s, wenn ich nicht alles selber mache.)